

Referentenentwurf für ein

„Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG“

Stand: 27. November 2006

Geltendes Recht	Gesetzesentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p data-bbox="400 618 635 647">Strafprozessordnung</p> <p data-bbox="204 730 387 759">(keine Regelung)</p>	<p data-bbox="967 618 1366 674">Artikel 1 Änderung der Strafprozessordnung</p> <p data-bbox="954 701 1378 757">§ 53b [Schutz bei Berufsgeheimnisträgern]</p> <p data-bbox="850 784 1484 1193">(1) Soweit durch eine Ermittlungsmaßnahme eine in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 2 oder Nr. 4 genannte Person betroffen wäre und dadurch voraussichtlich Erkenntnisse erlangt würden, über die diese Person das Zeugnis verweigern dürfte, ist die Ermittlungsmaßnahme unzulässig. Dennoch erlangte Erkenntnisse dürfen im Strafverfahren nicht verwertet werden. Aufzeichnungen hierüber sind unverzüglich zu löschen. Die Tatsache ihrer Erlangung und Löschung ist aktenkundig zu machen. Bestehen Zweifel, ob nicht verwertbare Erkenntnisse erlangt wurden, hat die Staatsanwaltschaft unverzüglich eine Entscheidung des Gerichts über die Verwertbarkeit herbeizuführen. Soweit das Gericht eine Verwertbarkeit verneint, ist dies für das weitere Verfahren bindend.</p> <p data-bbox="850 1227 1484 1637">(2) Soweit durch eine Ermittlungsmaßnahme eine in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 bis 3b oder Nr. 5 genannte Person betroffen wäre und dadurch voraussichtlich Erkenntnisse erlangt würden, über die diese Person das Zeugnis verweigern dürfte, ist dies im Rahmen der Prüfung der Verhältnismäßigkeit unter Würdigung des öffentlichen Interesses an den von dieser Person wahrgenommenen Aufgaben und des Interesses an der Geheimhaltung der dieser Person anvertrauten oder bekannt gewordenen Tatsachen besonders zu berücksichtigen. Soweit hiernach geboten, ist die Maßnahme zu unterlassen oder, soweit dies nach der Art der Maßnahme möglich ist, zu beschränken. Für die Verwertung von Erkenntnissen zu Beweis Zwecken gilt Satz 1 entsprechend.</p> <p data-bbox="850 1671 1484 1749">(3) Die Absätze 1 und 2 sind entsprechend anzuwenden, soweit die in § 53a Genannten das Zeugnis verweigern dürften.</p> <p data-bbox="850 1783 1484 2024">(4) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, soweit gegen die zeugnisverweigerungsberechtigte Person ein Strafverfahren wegen des Verdachts der Beteiligung an der Tat oder der Begünstigung, Strafvereitelung oder Hehlerei eingeleitet ist. Ist die Tat nur auf Antrag oder nur mit Ermächtigung verfolgbar, ist Satz 1 in den Fällen des § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 anzuwenden, sobald und soweit der Strafantrag gestellt oder die Ermächtigung erteilt ist.</p> <p data-bbox="850 2058 1406 2087">(5) Die §§ 97 und 100c Abs. 6 bleiben unberührt.</p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p style="text-align: center;">§ 58a [Bild-Ton-Träger]</p> <p>(1) Die Vernehmung eines Zeugen kann auf Bild-Ton-Träger aufgezeichnet werden. Sie soll aufgezeichnet werden</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. bei Personen unter sechzehn Jahren, die durch die Straftat verletzt worden sind, oder</li> <li>2. wenn zu besorgen ist, daß der Zeuge in der Hauptverhandlung nicht vernommen werden kann und die Aufzeichnung zur Erforschung der Wahrheit erforderlich ist.</li> </ol> <p>(2) Die Verwendung der Bild-Ton-Aufzeichnung ist nur für Zwecke der Strafverfolgung und nur insoweit zulässig, als dies zur Erforschung der Wahrheit erforderlich ist. § 100b Abs. 6 gilt entsprechend. Die §§ 147, 406e sind entsprechend anzuwenden, mit der Maßgabe, dass den zur Akteneinsicht Berechtigten Kopien der Aufzeichnung überlassen werden können. Die Kopien dürfen weder vervielfältigt noch weitergegeben werden. Sie sind an die Staatsanwaltschaft herauszugeben, sobald kein berechtigtes Interesse an der weiteren Verwendung besteht. Die Überlassung der Aufzeichnung oder die Herausgabe von Kopien an andere als die vorbezeichneten Stellen bedarf der Einwilligung des Zeugen.</p> <p>(3) Widerspricht der Zeuge der Überlassung einer Kopie der Aufzeichnung seiner Vernehmung nach Absatz 2 Satz 3, so tritt an deren Stelle die Überlassung einer Übertragung der Aufzeichnung in ein schriftliches Protokoll an die zur Akteneinsicht Berechtigten nach Maßgabe der §§ 147, 406e. Wer die Übertragung hergestellt hat, versieht die eigene Unterschrift mit dem Zusatz, dass die Richtigkeit der Übertragung bestätigt wird. Das Recht zur Besichtigung der Aufzeichnung nach Maßgabe der §§ 147, 406e bleibt unberührt. Der Zeuge ist auf sein Widerspruchsrecht nach Satz 1 hinzuweisen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 58a [Bild-Ton-Träger]</p> <p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(2) Die Verwendung der Bild-Ton-Aufzeichnung ist nur für Zwecke der Strafverfolgung und nur insoweit zulässig, als dies zur Erforschung der Wahrheit erforderlich ist. <b>§ 101 Abs. 10</b> gilt entsprechend. Die §§ 147, 406e sind entsprechend anzuwenden, mit der Maßgabe, dass den zur Akteneinsicht Berechtigten Kopien der Aufzeichnung überlassen werden können. Die Kopien dürfen weder vervielfältigt noch weitergegeben werden. Sie sind an die Staatsanwaltschaft herauszugeben, sobald kein berechtigtes Interesse an der weiteren Verwendung besteht. Die Überlassung der Aufzeichnung oder die Herausgabe von Kopien an andere als die vorbezeichneten Stellen bedarf der Einwilligung des Zeugen.</p> <p>(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p style="text-align: center;">§ 97 [Beschlagnahmefreie Gegenstände]</p> <p>(1) Der Beschlagnahme unterliegen nicht</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. schriftliche Mitteilungen zwischen dem Beschuldigten und den Personen, die nach § 52 oder § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3b das Zeugnis verweigern dürfen;</li> <li>2. Aufzeichnungen, welche die in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3b Genannten über die ihnen vom Beschuldigten anvertrauten Mitteilungen oder über andere Umstände gemacht haben, auf die sich das Zeugnisverweigerungsrecht erstreckt;</li> <li>3. andere Gegenstände einschließlich der ärztlichen Untersuchungsbefunde, auf die sich das Zeugnisverweigerungsrecht der in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3b Genannten erstreckt.</li> </ol> <p>(2) Diese Beschränkungen gelten nur, wenn die Gegenstände im Gewahrsam der zur Verweigerung des Zeugnisses Berechtigten sind, es sei denn, es handelt sich um eine Gesundheitskarte im Sinne des § 291a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch. Der Beschlagnahme unterliegen auch nicht Gegenstände, auf die sich das Zeugnisverweigerungsrecht der Ärzte, Zahnärzte, Psychologischen Psychotherapeuten, Kinder- und Jugendlichenpsy-</p>	<p style="text-align: center;">§ 97 [Beschlagnahmefreie Gegenstände]</p> <p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(2) Diese Beschränkungen gelten nur, wenn die Gegenstände im Gewahrsam der zur Verweigerung des Zeugnisses Berechtigten sind, es sei denn, es handelt sich um eine <b>elektronische</b> Gesundheitskarte im Sinne des § 291a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch. Der Beschlagnahme unterliegen auch nicht Gegenstände, auf die sich das Zeugnisverweigerungsrecht der Ärzte, Zahnärzte, Psychologischen Psychotherapeuten, Kinder- und Jugend-</p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p>chotherapeuten, Apotheker und Hebammen erstreckt, wenn sie im Gewahrsam einer Krankenanstalt oder eines Dienstleisters, der für die Genannten personenbezogene Daten erhebt, verarbeitet oder nutzt, sind, sowie Gegenstände, auf die sich das Zeugnisverweigerungsrecht der in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3a und 3b genannten Personen erstreckt, wenn sie im Gewahrsam der in dieser Vorschrift bezeichneten Beratungsstelle sind. <i>Die Beschränkungen der Beschlagnahme gelten nicht, wenn die zur Verweigerung des Zeugnisses Berechtigten einer Teilnahme oder einer Begünstigung, Strafvereitelung oder Hehlerei verdächtig sind</i> oder wenn es sich um Gegenstände handelt, die durch eine Straftat hervorgebracht oder zur Begehung einer Straftat gebraucht oder bestimmt sind oder die aus einer Straftat herrühren.</p> <p>(3) Soweit das Zeugnisverweigerungsrecht der Mitglieder des Bundestages, eines Landtages oder einer zweiten Kammer reicht (§ 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4), ist die Beschlagnahme von Schriftstücken unzulässig.</p> <p>(4) Die Absätze 1 bis 3 sind entsprechend anzuwenden, soweit die in § 53a Genannten das Zeugnis verweigern dürfen.</p> <p>(5) Soweit das Zeugnisverweigerungsrecht der in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 genannten Personen reicht, ist die Beschlagnahme von Schriftstücken, Ton-, Bild- und Datenträgern, Abbildungen und anderen Darstellungen, die sich im Gewahrsam dieser Personen oder der Redaktion, des Verlages, der Druckerei oder der Rundfunkanstalt befinden, unzulässig. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend; die Beschlagnahme ist jedoch auch in diesen Fällen nur zulässig, wenn sie unter Berücksichtigung der Grundrechte aus Artikel 5 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes nicht außer Verhältnis zur Bedeutung der Sache steht und die Erforschung des Sachverhaltes oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Täters auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.</p>	<p>lichenpsychotherapeuten, Apotheker und Hebammen erstreckt, wenn sie im Gewahrsam einer Krankenanstalt oder eines Dienstleisters, der für die Genannten personenbezogene Daten erhebt, verarbeitet oder nutzt, sind, sowie Gegenstände, auf die sich das Zeugnisverweigerungsrecht der in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3a und 3b genannten Personen erstreckt, wenn sie im Gewahrsam der in dieser Vorschrift bezeichneten Beratungsstelle sind. <b>Die Beschränkungen der Beschlagnahme gelten nicht, wenn gegen die zur Verweigerung des Zeugnisses Berechtigten ein Strafverfahren wegen des Verdachts der Beteiligung an der Tat oder der Begünstigung, Strafvereitelung oder Hehlerei eingeleitet ist</b> oder wenn es sich um Gegenstände handelt, die durch eine Straftat hervorgebracht oder zur Begehung einer Straftat gebraucht oder bestimmt sind oder die aus einer Straftat herrühren.</p> <p>(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(5) Soweit das Zeugnisverweigerungsrecht der in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 genannten Personen reicht, ist die Beschlagnahme von Schriftstücken, Ton-, Bild- und Datenträgern, Abbildungen und anderen Darstellungen, die sich im Gewahrsam dieser Personen oder der Redaktion, des Verlages, der Druckerei oder der Rundfunkanstalt befinden, unzulässig. Absatz 2 Satz 3 <b>und § 53b Abs. 4 Satz 2 gelten</b> entsprechend; die Beschlagnahme ist jedoch auch in diesen Fällen nur zulässig, wenn sie unter Berücksichtigung der Grundrechte aus Artikel 5 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes nicht außer Verhältnis zur Bedeutung der Sache steht und die Erforschung des Sachverhaltes oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Täters auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.</p>
<p style="text-align: center;">§ 98 [Anordnung der Beschlagnahme]</p> <p>(1) Beschlagnahmen dürfen nur durch <i>den Richter</i>, bei Gefahr im Verzug auch durch die Staatsanwaltschaft und ihre Ermittlungspersonen (§ 152 des Gerichtsverfassungsgesetzes) angeordnet werden. Die Beschlagnahme nach § 97 Abs. 5 Satz 2 in den Räumen einer Redaktion, eines Verlages, einer Druckerei oder einer Rundfunkanstalt darf nur durch <i>den Richter</i> angeordnet werden.</p> <p>(2) Der Beamte, der einen Gegenstand ohne <i>richterliche</i> Anordnung beschlagnahmt hat, soll binnen drei Tagen die <i>richterliche</i> Bestätigung beantragen, wenn bei der Beschlagnahme weder der davon Betroffene noch ein erwachsener Angehöriger anwesend war oder wenn der Betroffene und im Falle seiner Abwesenheit ein erwachsener Angehöriger des Betroffenen gegen die Beschlagnahme ausdrücklichen Widerspruch erhoben hat. Der Betroffene kann jederzeit die <i>richterliche</i> Entscheidung beantragen. Solange die öffentliche Klage noch nicht erhoben ist, entscheidet <i>das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Beschlagnahme stattgefunden hat. Hat bereits eine Beschlagnahme, Postbeschlagnahme oder Durchsuchung in einem anderen Bezirk stattgefunden, so entscheidet das</i></p>	<p style="text-align: center;">§ 98 [Anordnung der Beschlagnahme]</p> <p>(1) Beschlagnahmen dürfen nur durch <b>das Gericht</b>, bei Gefahr im Verzug auch durch die Staatsanwaltschaft und ihre Ermittlungspersonen (§ 152 des Gerichtsverfassungsgesetzes) angeordnet werden. Die Beschlagnahme nach § 97 Abs. 5 Satz 2 in den Räumen einer Redaktion, eines Verlages, einer Druckerei oder einer Rundfunkanstalt darf nur durch <b>das Gericht</b> angeordnet werden.</p> <p>(2) Der Beamte, der einen Gegenstand ohne <b>gerichtliche</b> Anordnung beschlagnahmt hat, soll binnen drei Tagen die <b>gerichtliche</b> Bestätigung beantragen, wenn bei der Beschlagnahme weder der davon Betroffene noch ein erwachsener Angehöriger anwesend war oder wenn der Betroffene und im Falle seiner Abwesenheit ein erwachsener Angehöriger des Betroffenen gegen die Beschlagnahme ausdrücklichen Widerspruch erhoben hat. Der Betroffene kann jederzeit die <b>gerichtliche</b> Entscheidung beantragen. Solange die öffentliche Klage noch nicht erhoben ist, entscheidet <b>das nach § 162 Abs. 1 zuständige Gericht. Ist die öffentliche Klage erhoben, entscheidet das damit befassende Gericht.</b></p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p><i>Amtsgericht, in dessen Bezirk die Staatsanwaltschaft ihren Sitz hat, die das Ermittlungsverfahren führt. Der Betroffene kann den Antrag auch in diesem Fall bei dem Amtsgericht einreichen, in dessen Bezirk die Beschlagnahme stattgefunden hat. Ist dieses Amtsgericht nach Satz 4 unzuständig, so leitet der Richter den Antrag dem zuständigen Amtsgericht zu. Der Betroffene ist über seine Rechte zu belehren.</i></p> <p>(3) Ist nach erhobener öffentlicher Klage die Beschlagnahme durch die Staatsanwaltschaft oder eine ihrer Ermittlungspersonen erfolgt, so ist binnen drei Tagen dem Richter von der Beschlagnahme Anzeige zu machen; die beschlagnahmten Gegenstände sind ihm zur Verfügung zu stellen.</p> <p>(4) Wird eine Beschlagnahme in einem Dienstgebäude oder einer nicht allgemein zugänglichen Einrichtung oder Anlage der Bundeswehr erforderlich, so wird die vorgesetzte Dienststelle der Bundeswehr um ihre Durchführung ersucht. Die ersuchende Stelle ist zur Mitwirkung berechtigt. Des Ersuchens bedarf es nicht, wenn die Beschlagnahme in Räumen vorzunehmen ist, die ausschließlich von anderen Personen als Soldaten bewohnt werden.</p>	<p>Der Betroffene kann den Antrag <b>auch</b> bei dem Amtsgericht einreichen, in dessen Bezirk die Beschlagnahme stattgefunden hat. Ist dieses unzuständig, so leitet <b>es</b> den Antrag dem zuständigen <b>Gericht</b> zu. Der Betroffene ist über seine Rechte zu belehren.</p> <p>(3) Ist nach erhobener öffentlicher Klage die Beschlagnahme durch die Staatsanwaltschaft oder eine ihrer Ermittlungspersonen erfolgt, so ist binnen drei Tagen dem <b>Gericht</b> von der Beschlagnahme Anzeige zu machen; die beschlagnahmten Gegenstände sind ihm zur Verfügung zu stellen.</p> <p>(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p style="text-align: center;">§ 98b [Zuständigkeit; Rückgabe und Löschung von Daten]</p> <p>(1) Der Abgleich und die Übermittlung der Daten dürfen nur durch <i>den Richter</i>, bei Gefahr im Verzug auch durch die Staatsanwaltschaft angeordnet werden. Hat die Staatsanwaltschaft die Anordnung getroffen, so beantragt sie unverzüglich die <i>richterliche</i> Bestätigung. Die Anordnung tritt außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen von dem <i>Richter</i> bestätigt wird. Die Anordnung ergeht schriftlich. Sie muß den zur Übermittlung Verpflichteten bezeichnen und ist auf die Daten und Prüfungsmerkmale zu beschränken, die für den Einzelfall benötigt werden. Die Übermittlung von Daten, deren Verwendung besondere bundesgesetzliche oder entsprechende landesgesetzliche Verwendungsregelungen entgegenstehen, darf nicht angeordnet werden. Die §§ 96, 97, 98 Abs. 1 Satz 2 gelten entsprechend.</p> <p>(2) Ordnungs- und Zwangsmittel (§ 95 Abs. 2) dürfen nur durch <i>den Richter</i>, bei Gefahr im Verzug auch durch die Staatsanwaltschaft angeordnet werden; die Festsetzung von Haft bleibt dem <i>Richter</i> vorbehalten.</p> <p>(3) Sind die Daten auf Datenträgern übermittelt worden, so sind diese nach Beendigung des Abgleichs unverzüglich zurückzugeben. Personenbezogene Daten, die auf andere Datenträger übertragen wurden, sind unverzüglich zu löschen, sobald sie für das Strafverfahren nicht mehr benötigt werden. <i>Die durch den Abgleich erlangten personenbezogenen Daten dürfen in anderen Strafverfahren zu Beweis Zwecken nur verwendet werden, soweit sich bei Gelegenheit der Auswertung Erkenntnisse ergeben, die zur Aufklärung einer in § 98a Abs. 1 bezeichneten Straftat benötigt werden.</i></p> <p>(4) § 163d Abs. 5 gilt entsprechend. Nach Beendigung einer Maßnahme gemäß § 98a ist die Stelle zu unterrichten, die für die Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz bei öffentlichen Stellen zuständig ist.</p>	<p style="text-align: center;">§ 98b [Zuständigkeit; Rückgabe und Löschung von Daten]</p> <p>(1) Der Abgleich und die Übermittlung der Daten dürfen nur durch <b>das Gericht</b>, bei Gefahr im Verzug auch durch die Staatsanwaltschaft angeordnet werden. Hat die Staatsanwaltschaft die Anordnung getroffen, so beantragt sie unverzüglich die <b>gerichtliche</b> Bestätigung. Die Anordnung tritt außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen von dem <b>Gericht</b> bestätigt wird. Die Anordnung ergeht schriftlich. Sie muss den zur Übermittlung Verpflichteten bezeichnen und ist auf die Daten und Prüfungsmerkmale zu beschränken, die für den Einzelfall benötigt werden. Die Übermittlung von Daten, deren Verwendung besondere bundesgesetzliche oder entsprechende landesgesetzliche Verwendungsregelungen entgegenstehen, darf nicht angeordnet werden. Die §§ 96, 97, 98 Abs. 1 Satz 2 gelten entsprechend.</p> <p>(2) Ordnungs- und Zwangsmittel (§ 95 Abs. 2) dürfen nur durch <b>das Gericht</b>, bei Gefahr im Verzug auch durch die Staatsanwaltschaft angeordnet werden; die Festsetzung von Haft bleibt dem <b>Gericht</b> vorbehalten.</p> <p>(3) Sind die Daten auf Datenträgern übermittelt worden, so sind diese nach Beendigung des Abgleichs unverzüglich zurückzugeben. Personenbezogene Daten, die auf andere Datenträger übertragen wurden, sind unverzüglich zu löschen, sobald sie für das Strafverfahren nicht mehr benötigt werden.</p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
	(4) Nach Beendigung einer Maßnahme <b>nach</b> § 98a ist die Stelle zu unterrichten, die für die Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz bei öffentlichen Stellen zuständig ist.
<p style="text-align: center;">§ 100 [Verfahren bei Postbeschlagnahme]</p> <p>(1) Zu der Beschlagnahme (§ 99) ist nur <i>der Richter</i>, bei Gefahr im Verzug auch die Staatsanwaltschaft befugt.</p> <p>(2) Die von der Staatsanwaltschaft verfügte Beschlagnahme tritt, auch wenn sie eine Auslieferung noch nicht zur Folge gehabt hat, außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen <i>von dem Richter</i> bestätigt wird.</p> <p>(3) Die Öffnung der ausgelieferten <i>Gegenstände</i> steht dem <i>Richter</i> zu. Er kann diese Befugnis der Staatsanwaltschaft übertragen, soweit dies erforderlich ist, um den Untersuchungserfolg nicht durch Verzögerung zu gefährden. Die Übertragung ist nicht anfechtbar; sie kann jederzeit widerrufen werden. Solange eine Anordnung nach Satz 2 nicht ergangen ist, legt die Staatsanwaltschaft die ihr ausgelieferten <i>Gegenstände</i> sofort, und zwar verschlossene Postsendungen ungeöffnet, dem <i>Richter</i> vor.</p> <p>(4) Über eine von der Staatsanwaltschaft verfügte Beschlagnahme entscheidet <i>der</i> nach § 98 zuständige <i>Richter</i>. Über die Öffnung <i>eines ausgelieferten Gegenstandes</i> entscheidet <i>der Richter</i>, <i>der</i> die Beschlagnahme angeordnet oder bestätigt hat.</p>	<p style="text-align: center;">§ 100 [Verfahren bei Postbeschlagnahme]</p> <p>(1) Zu der Beschlagnahme (§ 99) ist nur <b>das Gericht</b>, bei Gefahr im Verzug auch die Staatsanwaltschaft befugt.</p> <p>(2) Die von der Staatsanwaltschaft verfügte Beschlagnahme tritt, auch wenn sie eine Auslieferung noch nicht zur Folge gehabt hat, außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen <b>gerichtlich</b> bestätigt wird.</p> <p>(3) Die Öffnung der ausgelieferten <b>Postsendungen</b> steht dem <b>Gericht</b> zu. Es kann diese Befugnis der Staatsanwaltschaft übertragen, soweit dies erforderlich ist, um den Untersuchungserfolg nicht durch Verzögerung zu gefährden. Die Übertragung ist nicht anfechtbar; sie kann jederzeit widerrufen werden. Solange eine Anordnung nach Satz 2 nicht ergangen ist, legt die Staatsanwaltschaft die ihr ausgelieferten <b>Postsendungen</b> sofort, und zwar verschlossene Postsendungen ungeöffnet, dem <b>Gericht</b> vor.</p> <p>(4) Über eine von der Staatsanwaltschaft verfügte Beschlagnahme entscheidet <b>das</b> nach § 98 zuständige <b>Gericht</b>. Über die Öffnung <b>einer ausgelieferten Postsendung</b> entscheidet <b>das Gericht</b>, <b>das</b> die Beschlagnahme angeordnet oder bestätigt hat.</p> <p>(5) <b>Postsendungen</b>, deren Öffnung nicht angeordnet worden ist, sind <b>unverzüglich an den vorgesehenen Empfänger weiter zu leiten</b>. Dasselbe gilt, soweit nach der Öffnung die Zurückbehaltung nicht erforderlich ist.</p> <p>(6) Der Teil einer zurückbehaltenen <b>Postsendung</b>, dessen Vorenthaltung mit Rücksicht auf die Untersuchung geboten erscheint, ist dem <b>vorgesehenen Empfänger</b> abschriftlich mitzuteilen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 100a [Voraussetzungen der Überwachung des Fernmeldeverkehrs]</p> <p>Die Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation darf angeordnet werden, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand als Täter oder Teilnehmer</p>	<p style="text-align: center;">§ 100a [Telekommunikationsüberwachung]</p> <p><b>(1) Ohne Wissen der Betroffenen darf die Telekommunikation überwacht und aufgezeichnet werden, wenn</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine in Absatz 2 bezeichnete <b>schwere Straftat</b> begangen, in Fällen, in denen der Versuch strafbar ist, zu begehen versucht, oder durch eine Straftat vorbereitet hat,</li> <li>2. <b>die Tat auch im Einzelfall schwer wiegt und</b></li> <li>3. die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Beschuldigten auf andere Weise wesentlich erschwert oder aussichtslos wäre.</li> </ol> <p>(2) Schwere Straftaten im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. aus dem Strafgesetzbuch:</li> </ol>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p>1. a) Straftaten des Friedensverrats, des Hochverrats und der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates oder des Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit (§§ 80 bis 82, 84 bis 86, 87 bis 89, 94 bis 100a des Strafgesetzbuches, § 20 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 des Vereinsgesetzes),</p> <p>b) Straftaten gegen die Landesverteidigung (§§ 109d bis 109h des Strafgesetzbuches),</p> <p>c) Straftaten gegen die öffentliche Ordnung (§§ 129 bis 130 des Strafgesetzbuches, § 95 Abs. 1 Nr. 8 des Aufenthaltsgesetzes),</p> <p>d) <i>ohne Soldat zu sein, Anstiftung oder Beihilfe zur Fahnenflucht oder Anstiftung zum Ungehorsam (§§ 16, 19 in Verbindung mit § 1 Abs. 3 des Wehrstrafgesetzes),</i></p> <p>e) <i>Straftaten gegen die Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages oder der im Land Berlin anwesenden Truppen einer der Drei Mächte (§§ 89, 94 bis 97, 98 bis 100, 109d bis 109g des Strafgesetzbuches, §§ 16, 19 des Wehrstrafgesetzes in Verbindung mit Artikel 7 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes),</i></p> <p>2. eine Geld- oder Wertpapierfälschung (§§ 146, 151, 152 des Strafgesetzbuches),</p> <p>einen schweren sexuellen Missbrauch von Kindern nach § 176a Abs. 1 bis 3 oder 5 des Strafgesetzbuches oder einen sexuellen Missbrauch von Kindern mit Todesfolge nach § 176b des Strafgesetzbuches,</p> <p>eine Verbreitung pornografischer Schriften nach § 184b Abs. 3 des Strafgesetzbuches,</p> <p>einen Mord, einen Totschlag (§§ 211, 212 des Strafgesetzbuches) <i>oder einen Völkermord (§ 6 des Völkerstrafgesetzbuches),</i></p> <p>eine Straftat gegen die persönliche Freiheit (§ 232 Abs. 3, 4 <i>oder</i> Abs. 5, § 233 Abs. 3, jeweils soweit es sich um Verbrechen handelt, §§ 234, 234a, 239a, 239b des Strafgesetzbuches),</p> <p>einen Bandendiebstahl (§ 244 Abs. 1 Nr. 2 des Strafgesetzbuches) oder einen schweren Bandendiebstahl (§ 244a des Strafgesetzbuches),</p> <p>einen Raub oder eine räuberische Erpressung (§§ 249 bis 251, 255 des Strafgesetzbuches),</p> <p>eine Erpressung (§ 253 des Strafgesetzbuches),</p> <p>eine gewerbsmäßige Hehlerei, eine Bandenhehlerei (§ 260 des Strafgesetzbuches) oder eine gewerbsmäßige Bandenhehlerei (§ 260a des Strafgesetzbuches),</p> <p>eine Geldwäsche, eine Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte nach § 261 Abs. 1, 2 oder 4 des Strafgesetzbuches,</p>	<p>a) Straftaten des Friedensverrats, des Hochverrats und der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates <b>sowie</b> des Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit nach den §§ 80 bis 82, 84 und 85, 87 bis 89, 94 bis 100a,</p> <p><b>b) Abgeordnetenbestechung nach § 108e</b></p> <p>c) Straftaten gegen die Landesverteidigung nach den §§ 109d bis 109h,</p> <p>d) Straftaten gegen die öffentliche Ordnung nach den §§ 129 bis 130,</p> <p>e) Geld- und Wert<b>zeichen</b>fälschung nach den §§ 146 und 151, jeweils auch in Verbindung mit § 152 sowie nach <b>§ 152a Abs. 3 und § 152b Abs. 1 bis 4,</b></p> <p>f) Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in den Fällen der § 176a, § 176b, § 177 Abs. 2 Nr. 2 und des § 179 Abs. 5 Nr. 2,</p> <p>g) Verbreitung kinderpornografischer Schriften nach <b>§ 184b Abs. 1 bis 3,</b></p> <p>h) Mord und Totschlag nach den §§ 211 und 212,</p> <p>i) Straftaten gegen die persönliche Freiheit nach den <b>§§ 232 bis 233a,</b> 234, 234a, 239a und 239b,</p> <p>j) Bandendiebstahl nach § 244 Abs. 1 Nr. 2 <b>und</b> schwerer Bandendiebstahl nach § 244a,</p> <p>k) Straftaten des Raubes und der Erpressung nach den <b>§§ 249 bis 255,</b></p> <p>l) gewerbsmäßige Hehlerei, Bandenhehlerei nach § 260 <b>und</b> gewerbsmäßige Bandenhehlerei nach § 260a,</p> <p>m) Geldwäsche <b>und</b> Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte nach § 261 Abs. 1, 2 oder Abs. 4,</p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p>eine gemeingefährliche Straftat in den Fällen der §§ 306 bis 306c oder 307 Abs. 1 bis 3, des § 308 Abs. 1 bis 3, des § 309 Abs. 1 bis 4, des § 310 Abs. 1, der §§ 313, 314 oder 315 Abs. 3, des § 315b Abs. 3 oder der §§ 316a oder 316c des Strafgesetzbuches,</p> <p>5. eine Straftat nach § 96 Abs. 2 oder § 97 des Aufenthaltsgesetzes oder nach § 84 Abs. 3 oder § 84a des Asylverfahrensgesetzes</p> <p>4. eine Straftat nach einer in § 29 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 des Betäubungsmittelgesetzes in Bezug genommenen Vorschrift unter den dort genannten Voraussetzungen oder eine Straftat nach §§ 29a, 30 Abs. 1 Nr. 1, 2, 4, § 30a oder § 30b des Betäubungsmittelgesetzes oder</p>	<p>n) <b>Betrug und Computerbetrug</b> unter den in § 263 Abs. 3 Satz 2 genannten Voraussetzungen und im Falle des § 263 Abs. 5, jeweils auch in Verbindung mit § 263a Abs. 2,</p> <p>o) <b>Subventionsbetrug</b> unter den in § 264 Abs. 2 Satz 2 genannten Voraussetzungen und im Falle des § 264 Abs. 3 in Verbindung mit § 263 Abs. 5,</p> <p>p) <b>Straftaten der Urkundenfälschung</b> unter den in § 267 Abs. 3 Satz 2 genannten Voraussetzungen und im Fall des § 267 Abs. 4, jeweils auch in Verbindung mit § 268 Abs. 5 oder § 269 Abs. 3, sowie nach § 275 Abs. 2 und § 276 Abs. 2,</p> <p>q) <b>Bankrott</b> unter den in § 283a Satz 2 genannten Voraussetzungen,</p> <p>r) <b>Straftaten gegen den Wettbewerb</b> nach § 298 und, unter den in § 300 Satz 2 genannten Voraussetzungen, nach § 299,</p> <p>s) gemeingefährliche Straftaten in den Fällen der §§ 306 bis 306c, 307 Abs. 1 bis 3, des § 308 Abs. 1 bis 3, des § 309 Abs. 1 bis 4, des § 310 Abs. 1, der §§ 313, 314, 315 Abs. 3, des § 315b Abs. 3 <b>sowie</b> der §§ 316a <b>und</b> 316c,</p> <p>t) <b>Bestechlichkeit und Bestechung</b> nach den §§ 332 und 334;</p> <p>2. <b>aus der Abgabenordnung:</b></p> <p><i>[a) gewerbsmäßige oder bandenmäßige Steuerhinterziehung nach § 370a,]</i></p> <p>b) <b>gewerbsmäßiger, gewaltsamer und bandenmäßiger Schmuggel</b> nach § 373,</p> <p>c) <b>gewerbsmäßige Steuerhehlerei</b> nach § 374,</p> <p>3. <b>aus dem Asylverfahrensgesetz:</b></p> <p>a) <b>Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung</b> nach § 84 Abs. 3,</p> <p>b) <b>gewerbs- und bandenmäßige Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung</b> nach § 84a,</p> <p>4. <b>aus dem Aufenthaltsgesetz:</b></p> <p>a) <b>Einschleusen von Ausländern</b> nach § 96 Abs. 2,</p> <p>b) <b>Einschleusen mit Todesfolge und gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen</b> nach § 97,</p> <p>5. <b>aus dem Außenwirtschaftsgesetz:</b></p> <p>eine Straftat nach § 34 Abs. 1 bis 6,</p> <p>6. <b>aus dem Betäubungsmittelgesetz:</b></p> <p>a) <b>Straftaten nach einer in § 29 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 in Bezug genommenen Vorschrift</b> unter den dort genannten Voraussetzungen,</p> <p>b) <b>Straftaten nach den §§ 29a, 30 Abs. 1 Nr. 1, 2, 4, den §§ 30a <b>und</b> 30b,</b></p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p>3. eine Straftat nach §§ 51, 52 Abs. 1 Nr. 1, 2 Buchstabe c und d, Abs. 5, 6 des Waffengesetzes,</p> <p>§ 34 Abs. 1 bis 6 des Außenwirtschaftsgesetzes oder</p> <p>nach § 19 Abs. 1 bis 3 § 20 Abs. 1 <i>oder</i> 2, jeweils auch in Verbindung mit § 21, oder § 22a Abs. 1 bis 3 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen,</p> <p>begangen oder in Fällen, in denen der Versuch strafbar ist, zu begehen versucht oder durch eine Straftat vorbereitet hat, und wenn die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Beschuldigten auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.</p> <p>Die Anordnung darf sich nur gegen den Beschuldigten oder gegen Personen richten, von denen auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, daß sie für den Beschuldigten bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder daß der Beschuldigte ihren Anschluß benutzt.</p>	<p>7. aus dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen:</p> <p>a) Straftaten nach § 19 Abs. 1 bis 3 und § 20 Abs. 1, 2, jeweils auch in Verbindung mit § 21,</p> <p>b) Straftaten nach § 22a Abs. 1 bis 3,</p> <p><b>8. aus dem Völkerstrafgesetzbuch:</b></p> <p>a) Völkermord nach § 6,</p> <p><b>b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach § 7,</b></p> <p><b>c) Kriegsverbrechen nach den §§ 8 bis 12,</b></p> <p>9. aus dem Waffengesetz:</p> <p>a) Straftaten nach § 51 <b>Abs. 1 bis 3,</b></p> <p>b) Straftaten nach § 52 Abs. 1 Nr. 1, 2 Buchstabe c und d sowie Abs. 5 und 6.</p> <p><b>10. aus dem Arzneimittelgesetz:</b></p> <p><b><i>besonders schwerer Fall einer Straftat nach § 95 Abs. 1 Nr. 2a unter den in § 95 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 Buchstabe b genannten Voraussetzungen.</i></b></p> <p>(3) Die Anordnung darf sich nur gegen den Beschuldigten oder gegen <b>eine Person</b> richten, von <b>der</b> auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie für den Beschuldigten bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen <b>entgegennimmt</b> oder <b>weitergibt</b> oder dass der Beschuldigte ihren Anschluss benutzt.</p> <p><b>(4) Liegen tatsächliche Anhaltspunkte für die Annahme vor, dass durch eine Maßnahme nach Absatz 1 allein Erkenntnisse aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erlangt würden, ist die Maßnahme unzulässig. Erkenntnisse aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung, die durch eine Maßnahme nach Absatz 1 erlangt wurden, dürfen im Strafverfahren nicht verwertet werden. Aufzeichnungen hierüber sind unverzüglich zu löschen. Die Tatsache ihrer Erlangung und Löschung ist aktenkundig zu machen. Bestehen Zweifel, ob Erkenntnisse aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erlangt wurden, hat die Staatsanwaltschaft unverzüglich eine Entscheidung des Gerichts über die Verwertbarkeit der erlangten Erkenntnisse herbeizuführen. Soweit das Gericht eine Verwertbarkeit verneint, ist dies für das weitere Verfahren bindend.</b></p>



Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p style="text-align: center;">§ 100b [Zuständigkeit für Anordnung der Überwachung des Fernmeldeverkehrs]</p> <p>(1) <i>Die Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation (§ 100a) darf nur durch den Richter angeordnet werden. Bei Gefahr im Verzug kann die Anordnung auch von der Staatsanwaltschaft getroffen werden. Die Anordnung der Staatsanwaltschaft tritt außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen von dem Richter bestätigt wird.</i></p> <p>(2) <i>Die Anordnung ergeht schriftlich. Sie muß Namen und Anschrift des Betroffenen, gegen den sie sich richtet, und die Rufnummer oder eine andere Kennung seines Telekommunikationsanschlusses enthalten. In ihr sind Art, Umfang und Dauer der Maßnahmen zu bestimmen. Die Anordnung ist auf höchstens drei Monate zu befristen. Eine Verlängerung um jeweils nicht mehr als drei weitere Monate ist zulässig, soweit die in § 100a bezeichneten Voraussetzungen fortbestehen.</i></p> <p>(3) <i>Auf Grund der Anordnung hat jeder, der geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringt oder daran mitwirkt, dem Richter, der Staatsanwaltschaft und ihren im Polizeidienst tätigen Hilfsbeamten (§ 152 des Gerichtsverfassungsgesetzes) die Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation zu ermöglichen. Ob und in welchem Umfang hierfür Vorkehrungen zu treffen sind, ergibt sich aus § 110 des Telekommunikationsgesetzes und der auf seiner Grundlage erlassenen Rechtsverordnung zur technischen und organisatorischen Umsetzung von Überwachungsmaßnahmen. § 95 Abs. 2 gilt entsprechend.</i></p> <p>(4) <i>Liegen die Voraussetzungen des § 100a nicht mehr vor, so sind die sich aus der Anordnung ergebenden Maßnahmen unverzüglich zu beenden. Die Beendigung ist dem Richter und dem nach Absatz 3 Verpflichteten mitzuteilen.</i></p> <p>(5) <i>Die durch die Maßnahmen erlangten personenbezogenen Informationen dürfen in anderen Strafverfahren zu Beweis Zwecken nur verwendet werden, soweit sich bei Gelegenheit der Auswertung Erkenntnisse ergeben, die zur Aufklärung einer der in § 100a bezeichneten Straftaten benötigt werden.</i></p> <p>(6) <i>Sind die durch die Maßnahmen erlangten Unterlagen zur Strafverfolgung nicht mehr erforderlich, so sind sie unverzüglich unter Aufsicht der Staatsanwaltschaft zu vernichten. Über die Vernichtung ist eine Niederschrift anzufertigen.</i></p>	<p style="text-align: center;">§ 100b [Verfahren bei Telekommunikationsüberwachungen]</p> <p>(1) <b>Maßnahmen nach § 100a</b> dürfen nur <b>auf Antrag der Staatsanwaltschaft durch das Gericht</b> angeordnet werden. Bei Gefahr im Verzug kann die Anordnung auch durch die Staatsanwaltschaft getroffen werden. <b>Soweit die Anordnung der Staatsanwaltschaft nicht binnen drei Werktagen von dem Gericht bestätigt wird, tritt sie außer Kraft und die auf Grund der Anordnung erlangten personenbezogenen Daten dürfen nicht zu Beweis Zwecken verwertet werden.</b> Die Anordnung ist auf höchstens <b>zwei</b> Monate zu befristen. Eine Verlängerung um <b>jeweils nicht mehr als einen Monat</b> ist zulässig, soweit die Voraussetzungen <b>der Anordnung unter Berücksichtigung der gewonnenen Ermittlungsergebnisse</b> fortbestehen. <b>Ist die Dauer der Anordnung auf insgesamt sechs Monate verlängert worden, so entscheidet über weitere Verlängerungen vorbehaltlich des § 169 das im Rechtszug übergeordnete Gericht.</b></p> <p>(2) Die Anordnung ergeht schriftlich. In <b>ihrer Entscheidungsformel</b> sind anzugeben:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <b>soweit möglich</b>, der Name und die Anschrift <b>des Betroffenen</b>, gegen <b>den</b> sich die Maßnahme richtet,</li> <li>2. die Rufnummer oder eine andere <b>Kennung des zu überwachenden Anschlusses oder die Kennung des Endgerätes, wenn diese allein dem zu überwachenden Endgerät zuzuordnen ist</b>,</li> <li>3. Art, Umfang und Dauer der Maßnahme.</li> </ol> <p>(3) Auf Grund der Anordnung hat jeder, der Telekommunikationsdienste erbringt oder daran mitwirkt, <b>dem Gericht</b>, der Staatsanwaltschaft und ihren im Polizeidienst tätigen <b>Ermittlungspersonen</b> (§ 152 des Gerichtsverfassungsgesetzes) die <b>Maßnahmen nach § 100a</b> zu ermöglichen <b>und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen</b>. Ob und in welchem Umfang hierfür Vorkehrungen zu treffen sind, bestimmt sich <b>nach dem Telekommunikationsgesetz und der Telekommunikations-Überwachungsverordnung</b>. § 95 Abs. 2 gilt entsprechend.</p> <p>(4) Liegen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vor, so sind die <b>auf Grund</b> der Anordnung <b>ergriffenen</b> Maßnahmen unverzüglich zu beenden. <b>Nach Beendigung der Maßnahme ist das anordnende Gericht über deren Verlauf und Ergebnisse zu unterrichten.</b></p> <p><b>(5) Die Länder und der Generalbundesanwalt berichten dem Bundesamt für Justiz kalenderjährlich jeweils bis</b></p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
	<p>zum 30. Juni des dem Berichtsjahr folgenden Jahres über in ihrem Zuständigkeitsbereich angeordnete Maßnahmen nach § 100a. Das Bundesamt für Justiz erstellt eine Übersicht zu den im Berichtsjahr bundesweit angeordneten Maßnahmen und veröffentlicht diese im Internet.</p> <p>(6) In den Berichten nach Absatz 5 sind anzugeben:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Anzahl der Verfahren, in denen Maßnahmen nach § 100a Abs. 1 angeordnet worden sind;</li> <li>2. die Anzahl der Überwachungsanordnungen nach § 100a Abs. 1, unterschieden nach             <ol style="list-style-type: none"> <li>a) Erst- und Verlängerungsanordnungen sowie</li> <li>b) Festnetz-, Mobilfunk- und Internettelekommunikation;</li> </ol> </li> <li>3. die jeweils zugrunde liegende Anlassstraftat nach Maßgabe der Unterteilung in § 100a Abs. 2;</li> <li>4. die Anzahl der Beteiligten der überwachten Telekommunikation[;];</li> <li>5. <i>ob die Überwachung Ergebnisse erbracht hat, die für das Verfahren relevant sind oder voraussichtlich relevant sein werden;</i></li> <li>6. <i>ob die Überwachung Ergebnisse erbracht hat, die für andere Strafverfahren relevant sind oder voraussichtlich relevant sein werden.</i></li> </ol>
<p style="text-align: center;">§ 100c [Akustische Wohnraumüberwachung]</p> <p>(1) Ohne Wissen der Betroffenen darf das in einer Wohnung nichtöffentlich gesprochene Wort mit technischen Mitteln abgehört und aufgezeichnet werden, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine in Absatz 2 bezeichnete besonders schwere Straftat begangen oder in Fällen, in denen der Versuch strafbar ist, zu begehen versucht hat,</li> <li>2. die Tat auch im Einzelfall besonders schwer wiegt,</li> <li>3. auf Grund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass durch die Überwachung Äußerungen des Beschuldigten erfasst werden, die für die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes eines Mitbeschuldigten von Bedeutung sind, und</li> <li>4. die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes eines Mitbeschuldigten auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre.</li> </ol> <p>(2) Besonders schwere Straftaten im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. aus dem Strafgesetzbuch:             <ol style="list-style-type: none"> <li>a) Straftaten des Friedensverrats, des Hochverrats und der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates <i>oder</i> des Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit nach den §§ 80, 81, 82, nach den §§ 94, 95 Abs. 3 und § 96 Abs. 1, jeweils auch in Verbindung mit § 97b, sowie nach</li> </ol> </li> </ol>	<p style="text-align: center;">§ 100c [Akustische Wohnraumüberwachung]</p> <p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(2) Besonders schwere Straftaten im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. aus dem Strafgesetzbuch:             <ol style="list-style-type: none"> <li>a) Straftaten des Friedensverrats, des Hochverrats und der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates <b>sowie</b> des Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit nach den §§ 80, 81, 82, nach den §§ 94, 95 Abs. 3 und § 96 Abs. 1, jeweils auch in Verbindung mit § 97b, sowie nach</li> </ol> </li> </ol>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
den §§ 97a, 98 Abs. 1 Satz 2, § 99 Abs. 2 und den §§ 100, 100a Abs. 4,	den §§ 97a, 98 Abs. 1 Satz 2, § 99 Abs. 2 und den §§ 100, 100a Abs. 4,
b) Bildung krimineller Vereinigungen nach § 129 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 4 Halbsatz 2 und Bildung terroristischer Vereinigungen nach § 129a Abs. 1, 2, 4, 5 Satz 1 Alternative 1, jeweils auch in Verbindung mit § 129b Abs. 1,	b) un verändert
c) Geldfälschung und Wertpapierfälschung in den Fällen der §§ 146, 151, jeweils auch in Verbindung mit § 152, gewerbs- oder bandenmäßige Fälschung von Zahlungskarten, Schecks und Wechseln nach § 152a Abs. 3 und Fälschung von Zahlungskarten mit Garantiefunktion und Vordrucken für Eurochecks nach § 152b Abs. 1 bis 4,	c) <b>Geld- und Wertzeichenfälschung nach den §§ 146 und 151, jeweils auch in Verbindung mit § 152 sowie nach § 152a Abs. 3 und § 152 Abs. 1 bis 4,</b>
d) Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in den Fällen des § 176a Abs. 2 Nr. 2 oder Abs. 3, § 177 Abs. 2 Nr. 2 oder § 179 Abs. 5 Nr. 2,	d) un verändert
e) Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornografischer Schriften in den Fällen des § 184b Abs. 3,	e) un verändert
f) Mord und Totschlag nach den §§ 211, 212,	f) un verändert
g) Straftaten gegen die persönliche Freiheit in den Fällen der §§ 234, 234a Abs. 1, 2, §§ 239a, 239b und Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft nach § 232 Abs. 3, Abs. 4 oder Abs. 5, § 233 Abs. 3, jeweils soweit es sich um Verbrechen handelt,	g) un verändert
h) Bandendiebstahl nach § 244 Abs. 1 Nr. 2 und schwerer Bandendiebstahl nach § 244a,	h) un verändert
i) schwerer Raub und Raub mit Todesfolge nach § 250 Abs. 1 oder Abs. 2, § 251,	i) un verändert
j) räuberische Erpressung nach § 255 und besonders schwerer Fall einer Erpressung nach § 253 unter den in § 253 Abs. 4 Satz 2 genannten Voraussetzungen,	j) un verändert
k) gewerbsmäßige Hehlerei, Bandenhehlerei und gewerbsmäßige Bandenhehlerei nach den §§ 260, 260a,	k) un verändert
l) besonders schwerer Fall der Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte nach § 261 unter den in § 261 Abs. 4 Satz 2 genannten Voraussetzungen,	l) un verändert
m) besonders schwerer Fall der Bestechlichkeit und Bestechung nach § 335 Abs. 1 unter den in § 335 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 genannten Voraussetzungen,	m) un verändert
2. aus dem Asylverfahrensgesetz:	2. un verändert
a) Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung nach § 84 Abs. 3,	
b) gewerbs- und bandenmäßige Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung nach § 84a Abs. 1,	
3. aus dem Aufenthaltsgesetz:	3. un verändert
a) Einschleusen von Ausländern nach § 96 Abs. 2,	

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p>b) Einschleusen mit Todesfolge oder gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen nach § 97,</p> <p>4. aus dem Betäubungsmittelgesetz:</p> <p>a) besonders schwerer Fall einer Straftat nach § 29 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 5, 6, 10, 11 oder 13, Abs. 3 unter der in § 29 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 genannten Voraussetzung,</p> <p>b) eine Straftat nach den §§ 29a, 30 Abs. 1 Nr. 1, 2, 4, § 30a,</p> <p>5. aus dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen:</p> <p>a) eine Straftat nach § 19 Abs. 2 oder § 20 Abs. 1, jeweils auch in Verbindung mit § 21,</p> <p>b) besonders schwerer Fall einer Straftat nach § 22a Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 2,</p> <p>6. aus dem Völkerstrafgesetzbuch:</p> <p>a) Völkermord nach § 6,</p> <p>b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach § 7,</p> <p>c) Kriegsverbrechen nach den §§ 8 bis 12,</p> <p>7. aus dem Waffengesetz:</p> <p>a) besonders schwerer Fall einer Straftat nach § 51 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 2,</p> <p>b) besonders schwerer Fall einer Straftat nach § 52 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit Abs. 5.</p> <p>(3) Die Maßnahme darf sich nur gegen den Beschuldigten richten und nur in Wohnungen des Beschuldigten durchgeführt werden. In Wohnungen anderer Personen ist die Maßnahme nur zulässig, wenn auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass</p> <p>1. der in der Anordnung nach § 100d Abs. 2 bezeichnete Beschuldigte sich dort aufhält und</p> <p>2. die Maßnahme in Wohnungen des Beschuldigten allein nicht zur Erforschung des Sachverhalts oder zur Ermittlung des Aufenthaltsortes eines Mitbeschuldigten führen wird.</p> <p>Die Maßnahme darf auch durchgeführt werden, wenn andere Personen unvermeidbar betroffen werden.</p> <p>(4) Die Maßnahme darf nur angeordnet werden, soweit auf Grund tatsächlicher Anhaltspunkte, insbesondere zu der Art der zu überwachenden Räumlichkeiten und dem Verhältnis der zu überwachenden Personen zueinander, anzunehmen ist, dass durch die Überwachung Äußerungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, nicht erfasst werden. Gespräche in Betriebs- oder Geschäftsräumen sind in der Regel nicht dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen. Das Gleiche gilt für Gespräche über begangene Straftaten und Äußerungen, mittels derer Straftaten begangen werden.</p> <p>(5) Das Abhören und Aufzeichnen ist unverzüglich zu unterbrechen, soweit sich während der Überwachung</p>	<p>4. u n v e r ä n d e r t</p> <p>5. u n v e r ä n d e r t</p> <p>6. u n v e r ä n d e r t</p> <p>7. u n v e r ä n d e r t</p> <p>(3) u n v e r ä n d e r t</p> <p>(4) u n v e r ä n d e r t</p> <p>(5) u n v e r ä n d e r t</p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p>Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Äußerungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erfasst werden. Aufzeichnungen über solche Äußerungen sind unverzüglich zu löschen. Erkenntnisse über solche Äußerungen dürfen nicht verwertet werden. Die Tatsache der Erfassung der Daten und ihrer Löschung ist zu dokumentieren. Ist eine Maßnahme nach Satz 1 unterbrochen worden, so darf sie unter den in Absatz 4 genannten Voraussetzungen fortgeführt werden. Im Zweifel ist über die Unterbrechung oder Fortführung der Maßnahme unverzüglich eine Entscheidung des Gerichts herbeizuführen; § 100d Abs. 4 gilt entsprechend.</p> <p>(6) In den Fällen des § 53 ist eine Maßnahme nach Absatz 1 unzulässig; ergibt sich während oder nach Durchführung der Maßnahme, dass ein Fall des § 53 vorliegt, gilt Absatz 5 Satz 2 bis 4 entsprechend. In den Fällen der §§ 52 und 53a dürfen aus einer Maßnahme nach Absatz 1 gewonnene Erkenntnisse nur verwertet werden, wenn dies unter Berücksichtigung der Bedeutung des zugrunde liegenden Vertrauensverhältnisses nicht außer Verhältnis zum Interesse an der Erforschung des Sachverhalts oder der Ermittlung des Aufenthaltsortes eines Beschuldigten steht. <i>Sind die zur Verweigerung des Zeugnisses Berechtigten einer Beteiligung oder einer Begünstigung, Strafvereitelung oder Hehlerei verdächtig, so sind die Sätze 1 und 2 nicht anzuwenden.</i></p> <p>(7) Soweit ein Verwertungsverbot nach Absatz 5 in Betracht kommt, hat die Staatsanwaltschaft unverzüglich eine Entscheidung des anordnenden Gerichts über die Verwertbarkeit der erlangten Erkenntnisse herbeizuführen. Soweit das Gericht eine Verwertbarkeit verneint, ist dies für das weitere Verfahren bindend.</p>	<p>(6) In den Fällen des § 53 ist eine Maßnahme nach Absatz 1 unzulässig; ergibt sich während oder nach Durchführung der Maßnahme, dass ein Fall des § 53 vorliegt, gilt Absatz 5 Satz 2 bis 4 entsprechend. In den Fällen der §§ 52 und 53a dürfen aus einer Maßnahme nach Absatz 1 gewonnene Erkenntnisse nur verwertet werden, wenn dies unter Berücksichtigung der Bedeutung des zugrunde liegenden Vertrauensverhältnisses nicht außer Verhältnis zum Interesse an der Erforschung des Sachverhalts oder der Ermittlung des Aufenthaltsortes eines Beschuldigten steht. <b>§ 53b Abs. 4 gilt entsprechend.</b></p> <p>(7) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p style="text-align: center;">§ 100d [Verfahren bei akustischer Wohnraumüberwachung]</p> <p>(1) Maßnahmen nach § 100c dürfen nur auf Antrag der Staatsanwaltschaft durch die in § 74a Abs. 4 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannte Kammer des Landgerichts angeordnet werden, in dessen Bezirk die Staatsanwaltschaft ihren Sitz hat. Bei Gefahr im Verzug kann diese Anordnung auch durch den Vorsitzenden getroffen werden. Dessen Anordnung tritt außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen von der Strafkammer bestätigt wird. Die Anordnung ist auf höchstens einen Monat zu befristen. Eine Verlängerung um jeweils nicht mehr als einen Monat ist zulässig, soweit die Voraussetzungen unter Berücksichtigung der gewonnenen Ermittlungsergebnisse fortbestehen. Ist die Dauer der Anordnung auf insgesamt sechs Monate verlängert worden, so entscheidet über weitere Verlängerungen das Oberlandesgericht.</p> <p>(2) Die Anordnung ergeht schriftlich. In der Anordnung sind anzugeben:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. soweit <i>bekannt</i> der Name und die Anschrift des Beschuldigten, gegen den sich die Maßnahme richtet,</li> <li>2. der Tatvorwurf, auf Grund dessen die Maßnahme angeordnet wird,</li> <li>3. die zu überwachende Wohnung oder die zu überwachenden Wohnräume,</li> <li>4. Art, Umfang und Dauer der Maßnahme,</li> </ol>	<p style="text-align: center;">§ 100d [Verfahren bei akustischer Wohnraumüberwachung]</p> <p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(2) Die Anordnung ergeht schriftlich. In der Anordnung sind anzugeben:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. soweit <b>möglich</b>, der Name und die Anschrift des Beschuldigten, gegen den sich die Maßnahme richtet,</li> <li>2. <b>u n v e r ä n d e r t</b></li> <li>3. <b>u n v e r ä n d e r t</b></li> <li>4. <b>u n v e r ä n d e r t</b></li> </ol>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p>5. die Art der durch die Maßnahme zu erhebenden Informationen und ihre Bedeutung für das Verfahren.</p> <p>(3) In der Begründung der Anordnung oder Verlängerung sind deren Voraussetzungen und die wesentlichen Abwägungsgesichtspunkte darzulegen. Insbesondere sind einzelfallbezogen anzugeben:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die bestimmten Tatsachen, die den Verdacht begründen,</li> <li>2. die wesentlichen Erwägungen zur Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Maßnahme,</li> <li>3. die tatsächlichen Anhaltspunkte im Sinne des § 100c Abs. 4 Satz 1.</li> </ol> <p>(4) Das anordnende Gericht ist über den Verlauf und die Ergebnisse der Maßnahme zu unterrichten. Liegen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vor, so hat das Gericht den Abbruch der Maßnahme anzuordnen, sofern der Abbruch nicht bereits durch die Staatsanwaltschaft veranlasst wurde. Die Anordnung des Abbruchs der Maßnahme kann auch durch den Vorsitzenden erfolgen.</p> <p>(5) <i>Sind die durch die Maßnahmen erlangten Daten zur Strafverfolgung und für eine etwaige gerichtliche Überprüfung nach Absatz 10 nicht mehr erforderlich, so sind sie unverzüglich zu vernichten. Die Vernichtung ist zu dokumentieren. Soweit die Vernichtung lediglich für eine etwaige Überprüfung nach Absatz 10 zurückgestellt ist, sind die Daten zu sperren; sie dürfen nur zu diesem Zweck verwendet werden.</i></p> <p>(6) Personenbezogene <i>Informationen</i> aus einer akustischen Wohnraumüberwachung dürfen für andere Zwecke nach folgenden Maßgaben verwendet werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die durch eine Maßnahme nach § 100c erlangten verwertbaren personenbezogenen <i>Informationen</i> dürfen in anderen Strafverfahren ohne Einwilligung der insoweit überwachten Personen nur zur Aufklärung einer Straftat, auf Grund derer die Maßnahme nach § 100c angeordnet werden könnte, oder zur Ermittlung des Aufenthalts der einer solchen Straftat beschuldigten Person verwendet werden.</li> <li>2. Die Verwendung der durch eine Maßnahme nach § 100c erlangten personenbezogenen <i>Informationen</i>, auch solcher nach § 100c Abs. 6 Satz 1 Halbsatz 2, zu Zwecken der Gefahrenabwehr ist nur zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden Lebensgefahr oder einer dringenden Gefahr für Leib oder Freiheit einer Person oder Gegenstände von bedeutendem Wert, die der Versorgung der Bevölkerung dienen, von kulturell herausragendem Wert oder in § 305 des Strafgesetzbuches genannt sind, zulässig. Die durch eine Maßnahme nach § 100c erlangten und verwertbaren personenbezogenen <i>Informationen</i> dürfen auch zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden dringenden Gefahr für sonstige bedeutende Vermögenswerte verwendet werden. Sind die <i>Informationen</i> zur Abwehr der Gefahr oder für eine vorgerichtliche oder gerichtliche Überprüfung der zur Gefahrenabwehr getroffenen Maßnahmen nicht mehr erforderlich, so sind Aufzeichnungen über diese <i>Informationen</i> von der für die Gefahrenabwehr zuständigen Stelle unverzüglich zu vernichten. Die Vernichtung ist zu dokumentieren. Soweit die Vernich-</li> </ol>	<p>5. unverändert</p> <p>(3) unverändert</p> <p>(4) unverändert</p> <p>(5) <b>entfällt</b></p> <p>(5) Personenbezogene <b>Daten</b> aus einer akustischen Wohnraumüberwachung dürfen für andere Zwecke nach folgenden Maßgaben verwendet werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die durch eine Maßnahme nach § 100c erlangten verwertbaren personenbezogenen <b>Daten</b> dürfen in anderen Strafverfahren ohne Einwilligung der insoweit überwachten Personen nur zur Aufklärung einer Straftat, auf Grund derer die Maßnahme nach § 100c angeordnet werden könnte, oder zur Ermittlung des Aufenthalts der einer solchen Straftat beschuldigten Person verwendet werden.</li> <li>2. Die Verwendung der durch eine Maßnahme nach § 100c erlangten personenbezogenen <b>Daten</b>, auch solcher nach § 100c Abs. 6 Satz 1 Halbsatz 2, zu Zwecken der Gefahrenabwehr ist nur zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden Lebensgefahr oder einer dringenden Gefahr für Leib oder Freiheit einer Person oder Gegenstände von bedeutendem Wert, die der Versorgung der Bevölkerung dienen, von kulturell herausragendem Wert oder in § 305 des Strafgesetzbuches genannt sind, zulässig. Die durch eine Maßnahme nach § 100c erlangten und verwertbaren personenbezogenen <b>Daten</b> dürfen auch zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden dringenden Gefahr für sonstige bedeutende Vermögenswerte verwendet werden. Sind die <b>Daten</b> zur Abwehr der Gefahr oder für eine vorgerichtliche oder gerichtliche Überprüfung der zur Gefahrenabwehr getroffenen Maßnahmen nicht mehr erforderlich, so sind Aufzeichnungen über diese <b>Daten</b> von der für die Gefahrenabwehr zuständigen Stelle unverzüglich zu löschen. Die <b>Löschung</b> ist <b>aktenkundig zu machen</b>. Soweit die <b>Löschung</b> lediglich für eine et-</li> </ol>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p><i>tung lediglich für eine etwaige vorgerichtliche oder gerichtliche Überprüfung zurückgestellt ist, sind die Daten zu sperren; sie dürfen nur zu diesem Zweck verwendet werden.</i></p> <p>3. Sind verwertbare <i>personenbezogene Informationen</i> durch eine entsprechende polizeirechtliche Maßnahme erlangt worden, dürfen <i>diese Informationen</i> in einem Strafverfahren ohne Einwilligung der insoweit überwachten Personen nur zur Aufklärung einer Straftat, auf Grund derer die Maßnahme nach § 100c angeordnet werden könnte, oder zur Ermittlung des Aufenthalts der einer solchen Straftat beschuldigten Person verwendet werden.</p> <p><i>(7) Die durch die Maßnahme erhobenen Daten sind als solche zu kennzeichnen. Nach einer Übermittlung ist die Kennzeichnung durch die Empfänger aufrechtzuerhalten.</i></p> <p><i>(8) Von den nach § 100c durchgeführten Maßnahmen sind die Betroffenen von der Staatsanwaltschaft zu benachrichtigen. Dabei ist auf die Möglichkeit nachträglichen Rechtsschutzes nach Absatz 10 und die dafür vorgesehene Frist hinzuweisen. Betroffene im Sinne von Satz 1 sind:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <i>Beschuldigte, gegen die sich die Maßnahme richtet,</i></li> <li>2. <i>sonstige überwachte Personen,</i></li> <li>3. <i>Inhaber und Inhaberinnen, Bewohnerinnen und Bewohner der überwachten Wohnung.</i></li> </ol> <p><i>Bei Betroffenen im Sinne von Satz 3 Nr. 2 und 3 unterbleibt die Benachrichtigung, wenn sie nur mit unverhältnismäßigen Ermittlungen möglich wäre oder ihr überwiegende schutzwürdige Belange anderer Betroffener entgegenstehen. Im Übrigen erfolgt die Benachrichtigung, sobald dies ohne Gefährdung des Untersuchungszwecks oder von Leben, Leib oder Freiheit einer Person oder von bedeutenden Vermögenswerten geschehen kann.</i></p> <p><i>(9) Erfolgt die Benachrichtigung nach Absatz 8 Satz 5 nicht binnen sechs Monaten nach Beendigung der Maßnahme, bedarf die weitere Zurückstellung der Benachrichtigung der richterlichen Zustimmung. Entsprechendes gilt nach Ablauf von jeweils sechs weiteren Monaten. Über die Zustimmung entscheidet das Gericht, das für die Anordnung der Maßnahme zuständig gewesen ist. Ist die Benachrichtigung um insgesamt 18 Monate zurückgestellt worden, entscheidet über die richterliche Zustimmung zu weiteren Zurückstellungen das Oberlandesgericht. § 101 Abs. 4 gilt sinngemäß.</i></p> <p><i>(10) Auch nach Erledigung einer in § 100c genannten Maßnahme können Betroffene binnen zwei Wochen nach ihrer Benachrichtigung die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Anordnung sowie der Art und Weise des Vollzugs beantragen. Über den Antrag entscheidet das Gericht, das für die Anordnung der Maßnahme zuständig gewesen ist. Gegen die Entscheidung ist die sofortige Beschwerde statthaft. Ist die öffentliche Klage erhoben und der Angeklagte benachrichtigt worden, entscheidet über den Antrag das mit der Sache befasste Gericht in der das Verfahren abschließenden Entscheidung.</i></p>	<p>waige vorgerichtliche oder gerichtliche Überprüfung zurückgestellt ist, <b>dürfen die Daten nur für diesen Zweck verwendet werden; für eine Verwendung zu anderen Zwecken sind sie zu sperren.</b></p> <p>3. Sind verwertbare <b>personenbezogene Daten</b> durch eine entsprechende polizeirechtliche Maßnahme erlangt worden, dürfen <b>sie</b> in einem Strafverfahren ohne Einwilligung der insoweit überwachten Personen nur zur Aufklärung einer Straftat, auf Grund derer die Maßnahme nach § 100c angeordnet werden könnte, oder zur Ermittlung des Aufenthalts der einer solchen Straftat beschuldigten Person verwendet werden.</p> <p><b>(7) entfällt</b></p> <p><b>(8) entfällt</b></p> <p><b>(9) entfällt</b></p> <p><b>(10) entfällt</b></p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p style="text-align: center;">§ 100e [Berichtspflicht]</p> <p>(1) <i>Die Staatsanwaltschaften berichten ihrer obersten Justizbehörde kalenderjährlich über angeordnete Maßnahmen nach § 100c. Die Länder fassen ihre Berichte zusammen und übermitteln die Zusammenstellung jeweils bis zum 30. Juni des Jahres, das auf das der Erhebung zugrunde liegende Kalenderjahr folgt, der Bundesregierung, die dem Deutschen Bundestag jährlich über die im jeweils vorangegangenen Kalenderjahr beantragten Überwachungsmaßnahmen berichtet.</i></p> <p>(2) In den Berichten nach Absatz 1 sind anzugeben:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Anzahl der Verfahren, in denen Maßnahmen nach § 100c Abs. 1 angeordnet worden sind;</li> <li>2. die jeweils zugrunde liegende Anlassstrafat nach Maßgabe der Unterteilung in § 100c Abs. 2;</li> <li>3. ob das Verfahren einen Bezug zur Verfolgung organisierter Kriminalität aufweist;</li> <li>4. die Anzahl der überwachten Objekte je Verfahren nach Privatwohnungen und sonstigen Wohnungen sowie nach Wohnungen des Beschuldigten und Wohnungen dritter Personen;</li> <li>5. die Anzahl der überwachten Personen je Verfahren nach Beschuldigten und nichtbeschuldigten Personen;</li> <li>6. die Dauer der einzelnen Überwachung nach Dauer der Anordnung, Dauer der Verlängerung und Abhördauer;</li> <li>7. wie häufig eine Maßnahme nach § 100c Abs. 5, § 100d Abs. 4 unterbrochen oder abgebrochen worden ist;</li> <li>8. ob eine Benachrichtigung der Betroffenen (§ 100d Abs. 8) erfolgt ist oder aus welchen Gründen von einer Benachrichtigung abgesehen worden ist;</li> <li>9. ob die Überwachung Ergebnisse erbracht hat, die für das Verfahren relevant sind oder voraussichtlich relevant sein werden;</li> <li>10. ob die Überwachung Ergebnisse erbracht hat, die für andere Strafverfahren relevant sind oder voraussichtlich relevant sein werden;</li> <li>11. wenn die Überwachung keine relevanten Ergebnisse erbracht hat: die Gründe hierfür, differenziert nach technischen Gründen und sonstigen Gründen;</li> <li>12. die Kosten der Maßnahme, differenziert nach Kosten für Übersetzungsdienste und sonstigen Kosten.</li> </ol>	<p style="text-align: center;">§ 100e [Berichtspflicht]</p> <p><b>(1) Für die nach § 100c angeordneten Maßnahmen gilt § 100b Abs. 5 entsprechend. Die Bundesregierung berichtet dem Deutschen Bundestag jährlich über die im jeweils vorangegangenen Kalenderjahr nach § 100c angeordneten Maßnahmen.</b></p> <p>(2) In den Berichten nach Absatz 1 sind anzugeben:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. u n v e r ä n d e r t</li> <li>2. u n v e r ä n d e r t</li> <li>3. u n v e r ä n d e r t</li> <li>4. u n v e r ä n d e r t</li> <li>5. u n v e r ä n d e r t</li> <li>6. u n v e r ä n d e r t</li> <li>7. u n v e r ä n d e r t</li> <li>8. ob eine Benachrichtigung der Betroffenen (<b>§ 101 Abs. 4 bis 7</b>) erfolgt ist oder aus welchen Gründen von einer Benachrichtigung abgesehen worden ist;</li> <li>9. u n v e r ä n d e r t</li> <li>10. u n v e r ä n d e r t</li> <li>11. u n v e r ä n d e r t</li> <li>12. u n v e r ä n d e r t</li> </ol>
<p style="text-align: center;">§ 100f [Besondere technische Maßnahmen]</p> <p>(1) <i>Ohne Wissen der Betroffenen dürfen außerhalb von Wohnungen</i></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <i>Bildaufnahmen hergestellt werden,</i></li> <li>2. <i>sonstige besondere für Observationszwecke bestimm-</i></li> </ol>	<p style="text-align: center;">§ 100f [Akustische Überwachung außerhalb von Wohnungen]</p>



Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p><i>te technische Mittel zur Erforschung des Sachverhalts oder zur Ermittlung des Aufenthaltsortes eines Beschuldigten verwendet werden, wenn Gegenstand der Untersuchung eine Straftat von erheblicher Bedeutung ist, und</i></p> <p><i>wenn die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes eines Beschuldigten auf andere Weise weniger erfolgversprechend oder erschwert wäre.</i></p> <p>(2) Ohne Wissen der Betroffenen darf außerhalb von Wohnungen das nichtöffentlich gesprochene Wort mit technischen Mitteln abgehört und aufgezeichnet werden, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine in § 100a bezeichnete Straftat begangen hat, und die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes eines Beschuldigten auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. <i>Die Maßnahme darf nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzug auch durch die Staatsanwaltschaft und ihre Ermittlungspersonen (§ 152 des Gerichtsverfassungsgesetzes) angeordnet werden. § 98b Abs. 1 Satz 2 und § 100b Abs. 1 Satz 3, Abs. 2, 4 und 6 gelten sinngemäß.</i></p> <p>(3) Die Maßnahmen dürfen sich nur gegen einen Beschuldigten richten. Gegen andere Personen sind Maßnahmen nach Absatz 1 Nr. 1 zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Beschuldigten auf andere Weise erheblich weniger erfolgversprechend oder wesentlich erschwert wäre. Maßnahmen nach Absatz 1 Nr. 2 und Absatz 2 dürfen gegen andere Personen nur angeordnet werden, wenn auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie mit einem Beschuldigten in Verbindung stehen oder eine solche Verbindung hergestellt wird, dass die Maßnahme zur Erforschung des Sachverhalts oder zur Ermittlung des Aufenthaltsortes eines Beschuldigten führen wird und dies auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.</p> <p>(4) Die Maßnahmen dürfen auch durchgeführt werden, wenn andere Personen unvermeidbar betroffen werden.</p> <p><i>(5) Personenbezogene Informationen, die unter Einsatz technischer Mittel nach Absatz 2 Satz 1 erhoben worden sind, dürfen in anderen Strafverfahren nur verwendet werden, soweit sich bei Gelegenheit der Auswertung Erkenntnisse ergeben, die zur Aufklärung einer in § 100a bezeichneten Straftat benötigt werden.</i></p>	<p>(1) Ohne Wissen <b>des Betroffenen</b> darf außerhalb von Wohnungen das nichtöffentlich gesprochene Wort mit technischen Mitteln abgehört und aufgezeichnet werden, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine in § 100a bezeichnete Straftat begangen hat, und die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes eines Beschuldigten auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.</p> <p>(2) Die <b>Maßnahme darf</b> sich nur gegen einen Beschuldigten richten. <b>Gegen andere Personen darf die Maßnahme nur</b> angeordnet werden, wenn auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. sie mit dem Beschuldigten in Verbindung stehen oder eine solche Verbindung hergestellt wird,</li> <li>2. die Maßnahme zur Erforschung des Sachverhalts oder zur Ermittlung des Aufenthaltsortes eines Beschuldigten führen wird und</li> <li>3. dies auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.</li> </ol> <p>(3) Die Maßnahme darf auch durchgeführt werden, wenn andere Personen unvermeidbar betroffen werden.</p> <p><b>(4) § 100b Abs. 1, 4 Satz 1 und § 100d Abs. 2 gelten entsprechend.</b></p> <p><b>(5) e n t f ä l l t</b></p>
<p style="text-align: center;">§ 100g Auskunft über Telekommunikationsverbindungen</p> <p>(1) <i>Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, dass jemand als Täter oder Teilnehmer eine Straftat von erheblicher Bedeutung, insbesondere eine der in § 100a Satz 1 genannten Straftaten, oder mittels einer Endeinrichtung (§ 3 Nr. 3 des Telekommunikationsgesetzes) begangen, in Fällen, in denen der Versuch strafbar ist, zu begehen versucht oder durch eine Straftat vorbereitet hat, darf angeordnet werden, dass diejenigen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringen oder daran mitwirken, unverzüglich Auskunft über die in Absatz 3 bezeichneten Telekommunikationsverbindungsdaten zu erteilen</i></p>	<p style="text-align: center;">§ 100g [Erhebung von Verkehrsdaten]</p> <p>(1) <b>Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, dass jemand</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <b>eine Straftat von auch im Einzelfall erheblicher Bedeutung, insbesondere eine in § 100a Abs. 2 bezeichnete Straftat, begangen hat, in Fällen, in denen der Versuch strafbar ist, zu begehen versucht hat oder durch eine Straftat vorbereitet hat oder</b></li> <li>2. <b>eine Straftat mittels Telekommunikation begangen hat,</b></li> </ol>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p><i>haben, soweit die Auskunft für die Untersuchung erforderlich ist. Dies gilt nur, soweit diese Verbindungsdaten den Beschuldigten oder die sonstigen in § 100a Satz 2 bezeichneten Personen betreffen. Die Auskunft darf auch über zukünftige Telekommunikationsverbindungen angeordnet werden.</i></p> <p><i>(2) Die Erteilung einer Auskunft darüber, ob von einem Telekommunikationsanschluss Telekommunikationsverbindungen zu den in Absatz 1 Satz 2 genannten Personen hergestellt worden sind, darf nur angeordnet werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Beschuldigten auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.</i></p> <p><i>(3) Telekommunikationsverbindungsdaten sind:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> <li><i>1. Im Falle einer Verbindung Berechtigungskennungen, Kartennummern, Standortkennung sowie Rufnummer oder Kennung des anrufenden und angerufenen Anschlusses oder der Endeinrichtung,</i></li> <li><i>2. Beginn und Ende der Verbindung nach Datum und Uhrzeit,</i></li> <li><i>3. vom Kunden in Anspruch genommene Telekommunikationsdienstleistung,</i></li> <li><i>4. Endpunkte festgeschalteter Verbindungen, ihr Beginn und ihr Ende nach Datum und Uhrzeit.</i></li> </ol> <p style="text-align: center;"><b>§ 100h</b> [Anordnung zur Auskunftserteilung von Telekommunikationsverbindungen]</p> <p><i>(1) Die Anordnung muss den Namen und die Anschrift des Betroffenen, gegen den sie sich richtet, sowie die Rufnummer oder eine andere Kennung seines Telekommunikationsanschlusses enthalten. Im Falle einer Straftat von erheblicher Bedeutung genügt eine räumlich und zeitlich hinreichend bestimmte Bezeichnung der Telekommunikation, über die Auskunft erteilt werden soll, wenn andernfalls die Erforschung des Sachverhalts aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. § 100b Abs. 1, 2 Satz 1 und 3, Abs. 6 und § 95 Abs. 2 gelten entsprechend; im Falle der Anordnung der Auskunft über zukünftige Telekommunikationsverbindungen gilt auch § 100b Abs. 2 Satz 4 und 5, Abs. 4 entsprechend.</i></p> <p><i>(2) Soweit das Zeugnisverweigerungsrecht in den Fällen des § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 2 und 4 reicht, ist das Verlangen einer Auskunft über Telekommunikationsverbindungen, die von dem oder zu dem zur Verweigerung des Zeugnisses Berechtigten hergestellt wurden, unzulässig; eine dennoch erlangte Auskunft darf nicht verwertet werden. Dies gilt nicht, wenn die zur Verweigerung des Zeugnisses Berechtigten einer Teilnahme oder einer Begünstigung, Strafvereitelung oder Hehlerei verdächtig sind.</i></p> <p><i>(3) Die durch die Auskunft erlangten personenbezogenen Informationen dürfen in anderen Strafverfahren zu Beweis Zwecken nur verwendet werden, soweit sich bei Gelegenheit der Auswertung Erkenntnisse ergeben, die zur Aufklärung einer der in § 100g Abs. 1 Satz 1 bezeichneten</i></p>	<p><b>so dürfen auch ohne Wissen des Betroffenen Verkehrsdaten (§ 96 Abs. 1 des Telekommunikationsgesetzes) erhoben werden, soweit dies für die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Beschuldigten erforderlich ist. Im Falle des Satzes 1 Nr. 2 ist die Maßnahme nur zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Beschuldigten auf andere Weise aussichtslos wäre und die Erhebung der Daten in einem angemessenen Verhältnis zur Bedeutung der Sache steht. Die Erhebung von Standortdaten in Echtzeit ist nur im Falle einer in § 100a Abs. 2 bezeichneten Straftat zulässig.</b></p> <p><b>(2) § 100a Abs. 3 und § 100b Abs. 1 bis 4 Satz 1 gelten entsprechend. Abweichend von § 100b Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 genügt im Falle einer Straftat von erheblicher Bedeutung eine räumlich und zeitlich hinreichend bestimmte Bezeichnung der Telekommunikation, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.</b></p> <p><b>(3) Die Erhebung von Verkehrsdaten, die sich nicht im Gewahrsam eines Telekommunikationsdiensteanbieters befinden, bestimmt sich nach Abschluss des Kommunikationsvorgangs nach den allgemeinen Vorschriften; die Absätze 1 und 2 finden insoweit keine Anwendung.</b></p> <p><b>(4) Über Maßnahmen nach Absatz 1 ist entsprechend § 100b Abs. 5 jährlich eine Übersicht zu erstellen, in der anzugeben sind:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li><b>1. die Anzahl der Verfahren, in denen Maßnahmen nach Absatz 1 durchgeführt worden sind;</b></li> <li><b>2. die Anzahl der Anordnungen von Maßnahmen nach Absatz 1, unterschieden nach Erst- und Verlängerungsanordnungen;</b></li> <li><b>3. die jeweils zugrunde liegende Anlassstrafat, unterschieden nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 und 2;</b></li> <li><b>4. die Anzahl der zurückliegenden Monate, für die Verkehrsdaten nach Absatz 1 abgefragt wurden, bemessen ab dem Zeitpunkt der Anordnung;</b></li> <li><b>5. die Anzahl der Maßnahmen, die ergebnislos geblieben sind, weil die abgefragten Daten ganz oder teilweise nicht verfügbar waren.</b></li> </ol>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p><i>Straftaten benötigt werden, oder wenn der Beschuldigte zustimmt.</i></p>	
<p style="text-align: center;">§ 100f [Besondere technische Maßnahmen]</p> <p>(1) Ohne Wissen der Betroffenen dürfen außerhalb von Wohnungen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Bildaufnahmen hergestellt werden,</li> <li>2. sonstige besondere für Observationszwecke bestimmte technische Mittel zur <i>Erforschung des Sachverhalts oder zur Ermittlung des Aufenthaltsortes eines Beschuldigten verwendet werden, wenn Gegenstand der Untersuchung eine Straftat von erheblicher Bedeutung ist, und</i></li> </ol> <p><i>wenn die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes eines Beschuldigten auf andere Weise weniger erfolgversprechend oder erschwert wäre.</i></p> <p>(2) ... [betr. „kleinen Lauschangriff“ außerhalb von Wohnungen nach § 100f Abs. 2]</p> <p>(3) Die Maßnahmen dürfen sich nur gegen <i>einen</i> Beschuldigten richten. Gegen andere Personen sind Maßnahmen nach Absatz 1 Nr. 1 zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Beschuldigten auf andere Weise erheblich weniger erfolgversprechend oder wesentlich erschwert wäre. Maßnahmen nach Absatz 1 Nr. 2 und Absatz 2 dürfen gegen andere Personen nur angeordnet werden, wenn auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie mit einem Beschuldigten in Verbindung <i>stehen</i> oder eine solche Verbindung hergestellt wird, dass die Maßnahme zur Erforschung des Sachverhalts oder zur Ermittlung des Aufenthaltsortes <i>eines</i> Beschuldigten führen wird und dies auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.</p> <p>(4) Die Maßnahmen dürfen auch durchgeführt werden, wenn <i>andere Personen</i> unvermeidbar betroffen werden.</p> <p>(5) ... [betr. „kleinen Lauschangriff“ außerhalb von Wohnungen nach § 100f Abs. 2]</p>	<p style="text-align: center;">§ 100h [Besondere technische Maßnahmen]</p> <p>(1) Ohne Wissen des Betroffenen dürfen außerhalb von Wohnungen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Bildaufnahmen hergestellt werden,</li> <li>2. sonstige besondere für Observationszwecke bestimmte technische Mittel verwendet werden.</li> </ol> <p>(2) Die Maßnahmen sind nur zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes eines Beschuldigten auf andere Weise weniger erfolgversprechend oder erschwert wäre. Eine Maßnahme nach Absatz 1 Nr. 2 setzt zudem voraus, dass Gegenstand der Untersuchung eine Straftat von erheblicher Bedeutung ist.</p> <p>(3) Die Maßnahmen dürfen sich nur gegen <b>den</b> Beschuldigten richten. Gegen <b>eine</b> andere <b>Person</b> sind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Maßnahmen nach Absatz 1 Nr. 1 nur zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Beschuldigten auf andere Weise erheblich weniger erfolgversprechend oder wesentlich erschwert wäre,</li> <li>2. Maßnahmen nach Absatz 1 Nr. 2 nur zulässig, wenn auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass <ol style="list-style-type: none"> <li>a) die andere Person mit einem Beschuldigten in Verbindung <b>steht</b> oder eine solche Verbindung hergestellt wird,</li> <li>b) die Maßnahme zur Erforschung des Sachverhalts oder zur Ermittlung des Aufenthaltsortes <b>des</b> Beschuldigten führen wird und</li> <li>c) die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Beschuldigten auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.</li> </ol> </li> </ol> <p>(4) Die Maßnahmen dürfen auch durchgeführt werden, wenn <b>Dritte</b> unvermeidbar betroffen werden.</p>
<p style="text-align: center;">§ 100i [Maßnahmen bei Mobilfunkendgeräten]</p> <p>(1) Durch technische Mittel dürfen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. zur Vorbereitung einer Maßnahme nach § 100a die <i>Geräte- und Kartenummer</i> sowie</li> <li>2. zur vorläufigen Festnahme nach § 127 Abs. 2 oder <i>Ergreifung des Täters</i> auf Grund eines Haftbefehls o</li> </ol>	<p style="text-align: center;">§ 100i [IMSI-Catcher]</p> <p>(1) Durch technische Mittel dürfen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. zur Vorbereitung einer Maßnahme nach § 100a die <b>Gerätenummer eines Mobilfunkendgerätes</b> und <b>die Kartenummer der darin verwendeten Karte</b> und</li> <li>2. zur vorläufigen Festnahme nach § 127 Abs. 2 oder <b>zur Festnahme</b> auf Grund eines Haft- oder Unterbrin</li> </ol>

Geltendes Recht	Gesetzesentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p>der Unterbringungsbefehls der Standort <i>eines aktiv geschalteten Mobilfunkendgerätes</i> ermittelt werden.</p> <p>(2) Die Maßnahme nach Absatz 1 Nr. 1 ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des § 100a vorliegen und die Durchführung der Überwachungsmaßnahme ohne die Ermittlung der Geräte- oder Kartennummer nicht möglich oder wesentlich erschwert wäre.</p> <p>Die Maßnahme nach Absatz 1 Nr. 2 ist nur im Falle einer Straftat von erheblicher Bedeutung und nur dann zulässig, wenn die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Täters auf andere Weise weniger erfolgversprechend oder erschwert wäre; § 100f Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.</p> <p>Die Maßnahme nach Absatz 1 Nr. 2 ist im Falle einer Straftat von erheblicher Bedeutung auch zulässig, wenn die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Täters zur Eigen Sicherung der zur vorläufigen Festnahme oder Ergreifung eingesetzten Beamten des Polizeidienstes erforderlich ist.</p> <p>(3) Personenbezogene Daten Dritter dürfen anlässlich solcher Maßnahmen nur erhoben werden, wenn dies aus technischen Gründen zur Erreichung des Zwecks nach Absatz 1 unvermeidbar ist. Über den Datenabgleich zur Ermittlung der gesuchten Geräte- und Kartennummer hinaus dürfen sie nicht verwendet werden und sind nach Beendigung der Maßnahme unverzüglich zu löschen.</p> <p>(4) § 100b Abs. 1 gilt entsprechend; im Falle der Anordnung zur Vorbereitung einer Maßnahme nach § 100a gilt auch § 100b Abs. 2 Satz 1 entsprechend. Die Anordnung ist auf höchstens sechs Monate zu befristen. Eine Verlängerung um jeweils nicht mehr als sechs weitere Monate ist zulässig, soweit die in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Voraussetzungen fortbestehen.</p> <p>Auf Grund der Anordnung nach Absatz 1 Nr. 2 hat jeder, der geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringt oder daran mitwirkt, dem Richter, der Staatsanwaltschaft und ihren im Polizeidienst tätigen Ermittlungspersonen (§ 152 des Gerichtsverfassungsgesetzes) die für die Ermittlung des Standortes des Mobilfunkendgerätes erforderliche Geräte- und Kartennummer mitzuteilen.</p>	<p>gungsbefehls der Standort <b>eines Mobilfunkendgeräts</b> ermittelt werden.</p> <p>(2) <b>Eine</b> Maßnahme nach Absatz 1 Nr. 1 ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des § 100a vorliegen und die Durchführung der Überwachungsmaßnahme ohne die Ermittlung der Geräte- oder Kartennummer nicht möglich oder wesentlich erschwert wäre.</p> <p>(3) <b>Eine</b> Maßnahme nach Absatz 1 Nr. 2 ist nur im Falle einer Straftat von erheblicher Bedeutung und nur dann zulässig, wenn die Ermittlung des Aufenthaltsortes des <b>Beschuldigten</b> auf andere Weise weniger erfolgversprechend oder erschwert wäre. <b>Gegen eine andere Person als den Beschuldigten ist die Maßnahme nur zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Beschuldigten auf andere Weise erheblich weniger erfolgversprechend oder wesentlich erschwert wäre.</b></p> <p>(4) Personenbezogene Daten Dritter dürfen anlässlich solcher Maßnahmen nur erhoben werden, wenn dies aus technischen Gründen zur Erreichung des Zwecks nach Absatz 1 unvermeidbar ist. Über den Datenabgleich zur Ermittlung der gesuchten Geräte- und Kartennummer hinaus dürfen sie nicht verwendet werden und sind nach Beendigung der Maßnahme unverzüglich zu löschen.</p> <p>(5) § 100b <b>Abs. 1 Satz 1 bis 3</b> gilt entsprechend; im Falle <b>des Absatzes 1 Nr.1</b> gilt auch § 100b Abs. 2 Satz 1 entsprechend. Die Anordnung ist auf höchstens sechs Monate zu befristen. Eine Verlängerung um jeweils nicht mehr als sechs weitere Monate ist zulässig, soweit die in den Absätzen 1 bis 3 bezeichneten Voraussetzungen fortbestehen.</p> <p>(6) Auf Grund der Anordnung <b>einer Maßnahme</b> nach Absatz 1 Nr. 2 hat jeder, der Telekommunikationsdienste erbringt oder daran mitwirkt, <b>dem Gericht</b>, der Staatsanwaltschaft und ihren im Polizeidienst tätigen Ermittlungspersonen (§ 152 des Gerichtsverfassungsgesetzes) die für die Ermittlung des Standortes des Mobilfunkendgerätes erforderliche Geräte- und Kartennummer mitzuteilen. <b>§ 95 Abs. 2 gilt entsprechend.</b></p>
<p style="text-align: center;">§ 101 Benachrichtigung</p> <p>(1) Von den getroffenen Maßnahmen (§§ 81e, 99, 100a, 100b, 100f Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2, §§ 100g und 100h) sind die Beteiligten zu benachrichtigen, sobald dies ohne Gefährdung des Untersuchungszwecks, der öffentlichen Sicherheit, von Leib oder Leben einer Person sowie der Möglichkeit der weiteren Verwendung eines eingesetzten nicht offen ermittelnden Beamten geschehen kann. Erfolgt in den Fällen des § 100c Abs. 1 Nr. 3 die Benachrichtigung nicht binnen sechs Monaten nach Beendigung der Maßnahme, bedarf die weitere Zurückstellung der Benachrichtigung der richterlichen Zustimmung. Vor Erhebung der öffentlichen Klage entscheidet das in § 100d Abs. 2 Satz 1 genannte, danach das mit der Sache befaßte Gericht.</p> <p>(2) Sendungen, deren Öffnung nicht angeordnet worden</p>	<p style="text-align: center;">§ 101 [Allgemeine Verfahrensregelungen bei verdeckten Ermittlungsmaßnahmen]</p> <p>(1) Für Maßnahmen nach den §§ 98a, 99, 100a, 100c, 100f bis 100i, 110a, 163d bis 163f gelten, soweit nichts anderes bestimmt ist, die nachstehenden Regelungen.</p> <p>(2) Entscheidungen und sonstige Unterlagen über</p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p><i>ist, sind dem Beteiligten sofort auszuhändigen. Dasselbe gilt, soweit nach der Öffnung die Zurückbehaltung nicht erforderlich ist.</i></p> <p><i>(3) Der Teil eines zurückbehaltenen Briefes, dessen Vorenthaltung nicht durch die Rücksicht auf die Untersuchung geboten erscheint, ist dem Empfangsberechtigten abschriftlich mitzuteilen.</i></p> <p><i>(4) Entscheidungen und sonstige Unterlagen über Maßnahmen nach § 100f Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 werden bei der Staatsanwaltschaft verwahrt. Zu den Akten sind sie erst zu nehmen, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt sind.</i></p>	<p><b>Maßnahmen nach den §§ 100c, 100f, 100h Abs. 1 Nr. 2 und § 110a werden bei der Staatsanwaltschaft verwahrt. Zu den Akten sind sie erst zu nehmen, wenn die Voraussetzungen für eine Benachrichtigung nach Absatz 5 erfüllt sind.</b></p> <p><b>(3) Personenbezogene Daten, die durch Maßnahmen nach Absatz 1 erhobenen wurden, sind entsprechend zu kennzeichnen. Nach einer Übermittlung an eine andere Stelle ist die Kennzeichnung durch diese aufrechtzuerhalten.</b></p> <p><b>(4) Von den in Absatz 1 genannten Maßnahmen sind die nachfolgend bezeichneten Personen zu benachrichtigen, soweit diese bekannt sind oder ihre Identifizierung ohne unverhältnismäßige weitere Ermittlungen möglich ist und nicht überwiegende schutzwürdige Belange anderer Betroffener entgegenstehen. Dabei ist auf die Möglichkeit nachträglichen Rechtsschutzes nach Absatz 9 und die dafür vorgesehene Frist hinzuweisen. Zu benachrichtigen sind im Falle</b></p> <ol style="list-style-type: none"><li><b>1. des § 98a [Rasterfahndung] die betroffenen Personen, gegen die nach Auswertung der Daten weitere Ermittlungen geführt wurden,</b></li><li><b>2. des § 99 [Postbeschlagnahme] der Absender und der Adressat der Postsendung,</b></li><li><b>3. des § 100a [Telekommunikationsüberwachung] die Beteiligten der überwachten Telekommunikation,</b></li><li><b>4. des § 100c [akustische Wohnraumüberwachung]</b><ol style="list-style-type: none"><li><b>a) der Beschuldigte, gegen den sich die Maßnahme richtete,</b></li><li><b>b) sonstige überwachte Personen,</b></li><li><b>c) Personen, die die überwachte Wohnung innehaben oder bewohnen,</b></li></ol></li><li><b>5. des § 100f [akustische Überwachung außerhalb von Wohnungen] die Zielperson sowie die erheblich mit betroffenen Personen,</b></li><li><b>6. des § 100g [Verkehrsdatenerhebung] die Beteiligten der betroffenen Telekommunikation,</b></li><li><b>7. des § 100h [Bildaufnahmen; technische Observationsmittel] die Zielperson sowie die erheblich mit betroffenen Personen,</b></li><li><b>8. des § 100i [IMSI-Catcher] die Zielperson,</b></li><li><b>9. des § 110a [Verdeckter Ermittler]</b><ol style="list-style-type: none"><li><b>a) die Zielperson,</b></li><li><b>b) die erheblich mitbetroffenen Personen,</b></li><li><b>c) die Personen, deren nicht allgemein zugängliche Wohnung der Verdeckte Ermittler betreten hat,</b></li></ol></li><li><b>10. des § 163d [Schleppnetzverfahren] die betroffenen Personen, gegen die nach Auswertung der Daten weitere Ermittlungen geführt wurden,</b></li><li><b>11. des § 163e [Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung] die Zielperson und die Personen, deren personenbezogene Daten gemeldet worden sind,</b></li><li><b>12. des § 163f [längerfristige Observation] die Zielperson sowie die erheblich mit betroffenen Personen.</b></li></ol> <p><b>(5) Die Benachrichtigung erfolgt, sobald dies ohne Gefährdung des Untersuchungszwecks, des Lebens, der körperlichen Unversehrtheit und der persönlichen Freiheit einer Person und von bedeutenden Vermögenswerten, im Fall des § 110a auch der Möglichkeit der weiteren Verwendung eines Verdeckten Ermittlers möglich ist. Wird die Benachrichtigung nach Satz 1 zurückgestellt, sind die Gründe aktenkundig zu machen.</b></p> <p><b>(6) Erfolgt die nach Absatz 5 zurückgestellte Benach-</b></p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
	<p>richtung nicht binnen zwölf Monaten nach Beendigung der Maßnahme, bedarf die weitere Zurückstellung der gerichtlichen Zustimmung. Das Gericht bestimmt die Dauer der weiteren Zurückstellung; Verlängerungen der Zurückstellungsdauer sind zulässig. Sind mehrere Maßnahmen in einem engen zeitlichen Zusammenhang durchgeführt worden, so beginnt die in Satz 1 genannte Frist mit der Beendigung der letzten Maßnahme. Im Fall des § 100c beträgt die in Satz 1 genannte Frist sechs Monate, und die Dauer etwaiger Zurückstellungen nach Satz 2 ist auf jeweils höchstens sechs Monate zu bestimmen.</p> <p>(7) Ist die Benachrichtigung für insgesamt fünf Jahre zurückgestellt worden und ergibt sich, dass die Voraussetzungen für eine Benachrichtigung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft nicht eintreten werden, kann mit Zustimmung des Gerichts von einer Benachrichtigung endgültig abgesehen werden.</p> <p>(8) Gerichtliche Entscheidungen nach den Absätzen 6 und 7 trifft das für die Anordnung der Maßnahme zuständige Gericht.</p> <p>(9) Die in Absatz 4 Satz 3 genannten Personen können auch nach Beendigung der Maßnahme bis zu zwei Wochen nach ihrer Benachrichtigung die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Maßnahme sowie der Art und Weise ihres Vollzugs beantragen. Über den Antrag entscheidet das für die Anordnung der Maßnahme zuständige Gericht. Ist die öffentliche Klage erhoben und der Angeklagte benachrichtigt worden, entscheidet über den Antrag das mit der Sache befasste Gericht. Gegen die Entscheidung ist die sofortige Beschwerde statthaft. Im Falle des Satzes 3 kann über der Antrag des Angeklagten auch in der das Verfahren abschließenden Entscheidung entschieden werden.</p> <p>(10) Sind die durch die Maßnahme erlangten personenbezogenen Daten zur Strafverfolgung und für eine etwaige gerichtliche Überprüfung der Maßnahme nicht mehr erforderlich, so sind sie unverzüglich zu löschen. Die Löschung ist aktenkundig zu machen. Soweit die Löschung lediglich für eine etwaige gerichtliche Überprüfung der Maßnahme zurückgestellt ist, dürfen die Daten ohne Einwilligung der Betroffenen nur zu diesem Zweck verwendet werden; sie sind entsprechend zu sperren.</p>
<p style="text-align: center;">§ 110 [Durchsicht von Papieren]</p> <p>(1) Die Durchsicht der Papiere des von der Durchsuchung Betroffenen steht der Staatsanwaltschaft und auf deren Anordnung ihren Ermittlungspersonen (§ 152 des Gerichtsverfassungsgesetzes) zu.</p> <p>(2) Im Übrigen sind Beamte zur Durchsicht der aufgefundenen Papiere nur dann befugt, wenn der Inhaber die Durchsicht genehmigt. Andernfalls haben sie die Papiere, deren Durchsicht sie für geboten erachten, in einem Umschlag, der in Gegenwart des Inhabers mit dem Amtssiegel zu verschließen ist, an die Staatsanwaltschaft abzuliefern.</p>	<p style="text-align: center;">§ 110 [Durchsicht von Papieren]</p> <p>(1) un verändert</p> <p>(2) un verändert</p> <p>(3) Die Durchsicht elektronischer Speichermedien darf</p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
	<p>auf räumlich getrennte Speichermedien, zu denen der Betroffene zugangsberechtigt ist, erstreckt werden. Daten, die für die Untersuchung von Bedeutung sein können, dürfen gespeichert werden, wenn bis zur Sicherstellung der Datenträger ihr Verlust zu besorgen ist; sie sind zu löschen, sobald sie für die Strafverfolgung nicht mehr erforderlich sind.</p>
<p style="text-align: center;">§ 110d [Benachrichtigung des Berechtigten]</p> <p>(1) Personen, deren nicht allgemein zugängliche Wohnung der Verdeckte Ermittler betreten hat, sind vom Einsatz zu benachrichtigen, sobald dies ohne Gefährdung des Untersuchungszwecks, der öffentlichen Sicherheit, von Leib oder Leben einer Person sowie der Möglichkeit der weiteren Verwendung des Verdeckten Ermittlers geschehen kann.</p> <p>(2) Entscheidungen und sonstige Unterlagen über den Einsatz eines Verdeckten Ermittlers werden bei der Staatsanwaltschaft verwahrt. Zu den Akten sind sie erst zu nehmen, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt sind.</p>	<p style="text-align: center;">§ 110d [Benachrichtigung des Berechtigten]</p> <p style="text-align: center;"><b>e n t f ä l l t</b></p>
<p style="text-align: center;">§ 110e [Verwendung erlangter Informationen]</p> <p>Die durch den Einsatz des Verdeckten Ermittlers erlangten personenbezogenen Informationen dürfen in anderen Strafverfahren zu Beweis Zwecken nur verwendet werden, soweit sich bei Gelegenheit der Auswertung Erkenntnisse ergeben, die zur Aufklärung einer in § 110a Abs. 1 bezeichneten Straftat benötigt werden; § 100d Abs. 6 bleibt unberührt.</p>	<p style="text-align: center;">§ 110e [Verwendung erlangter Informationen]</p> <p style="text-align: center;"><b>e n t f ä l l t</b></p>
<p style="text-align: center;">§ 161 [Ermittlungen; Verwendung von Informationen aus verdeckten Ermittlungen]</p> <p>(1) Zu dem in § 160 Abs. 1 bis 3 bezeichneten Zweck ist die Staatsanwaltschaft befugt, von allen Behörden Auskunft zu verlangen und Ermittlungen jeder Art entweder selbst vorzunehmen oder durch die Behörden und Beamten des Polizeidienstes vornehmen zu lassen, soweit nicht andere gesetzliche Vorschriften ihre Befugnisse besonders regeln. Die Behörden und Beamten des Polizeidienstes sind verpflichtet, dem Ersuchen oder Auftrag der Staatsanwaltschaft zu genügen, und in diesem Falle befugt, von allen Behörden Auskunft zu verlangen.</p> <p>(2) In oder aus einer Wohnung erlangte personenbezogene Informationen aus einem Einsatz technischer Mittel zur Eigensicherung im Zuge nicht offener Ermittlungen auf</p>	<p style="text-align: center;">§ 161 [Ermittlungen; Verwendung von <b>Daten aus polizeilichen und anderen Maßnahmen</b>]</p> <p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(2) <b>Ist eine Maßnahme nach diesem Gesetz nur bei Verdacht bestimmter Straftaten zulässig, so dürfen die aufgrund einer entsprechenden Maßnahme nach anderen Gesetzen erlangten personenbezogene Daten ohne Einwilligung der von der Maßnahme betroffenen Personen zu Beweis Zwecken im Strafverfahren nur zur Aufklärung solcher Straftaten verwendet werden, zu deren Aufklärung eine solche Maßnahme nach diesem Gesetz hätte angeordnet werden dürfen. § 100d Abs. 5 Nr. 3 bleibt unberührt.</b></p> <p>(3) In oder aus einer Wohnung erlangte personenbezogene <b>Daten</b> aus einem Einsatz technischer Mittel zur Eigensicherung im Zuge nicht offener Ermittlungen auf polizei-</p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p>polizeirechtlicher Grundlage dürfen unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zu Beweis Zwecken nur verwendet werden (Artikel 13 Abs. 5 des Grundgesetzes), wenn das Amtsgericht (§ 162 Abs. 1), in dessen Bezirk die anordnende Stelle ihren Sitz hat, die Rechtmäßigkeit der Maßnahme festgestellt hat; bei Gefahr im Verzug ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.</p>	<p>rechtlicher Grundlage dürfen unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zu Beweis Zwecken nur verwendet werden (Artikel 13 Abs. 5 des Grundgesetzes), wenn das Amtsgericht (§ 162 Abs. 1), in dessen Bezirk die anordnende Stelle ihren Sitz hat, die Rechtmäßigkeit der Maßnahme festgestellt hat; bei Gefahr im Verzug ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 162 [Richterliche Untersuchungshandlungen]</p> <p>(1) Erachtet die Staatsanwaltschaft die Vornahme einer richterlichen Untersuchungshandlung für erforderlich, so stellt sie ihre Anträge bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk <i>diese Handlung vorzunehmen ist. Hält sie richterliche Anordnungen für die Vornahme von Untersuchungshandlungen in mehr als einem Bezirk für erforderlich, so stellt sie ihre Anträge bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk sie ihren Sitz hat. Satz 2 gilt nicht für richterliche Vernehmungen sowie dann, wenn die Staatsanwaltschaft den Untersuchungserfolg durch eine Verzögerung für gefährdet erachtet, die durch einen Antrag bei dem nach Satz 2 zuständigen Amtsgericht eintreten würde.</i></p> <p>(2) Die Zuständigkeit des Amtsgerichts wird durch eine nach der Antragstellung eintretende Veränderung der sie begründenden Umstände nicht berührt.</p> <p>(3) Der Richter hat zu prüfen, ob die beantragte Handlung nach den Umständen des Falles gesetzlich zulässig ist.</p>	<p style="text-align: center;">§ 162 [Gerichtliche Untersuchungshandlungen]</p> <p>(1) Erachtet die Staatsanwaltschaft die Vornahme einer gerichtlichen Untersuchungshandlung für erforderlich, so stellt sie ihre Anträge bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk <b>sie ihren Sitz hat. Für gerichtliche Vernehmungen und Augenscheinnahmen ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk diese Untersuchungshandlungen vorzunehmen sind, wenn die Staatsanwaltschaft dies zur Beschleunigung des Verfahrens oder zur Vermeidung von Belastungen Betroffener dort beantragt.</b></p> <p>(2) e n t f ä l l t</p> <p>(2) <b>Das Gericht</b> hat zu prüfen, ob die beantragte Handlung nach den Umständen des Falles gesetzlich zulässig ist.</p>
<p style="text-align: center;">§ 163d [Schleppnetzfahndung]</p> <p>(1) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. eine der in § 111 bezeichneten Straftaten oder</li> <li>2. eine der in § 100a Satz 1 Nr. 3 und 4 bezeichneten Straftaten</li> </ol> <p>begangen worden ist, so dürfen die anlässlich einer grenzpolizeilichen Kontrolle, im Falle der Nummer 1 auch die bei einer Personenkontrolle nach § 111 anfallenden Daten über die Identität von Personen sowie Umstände, die für die Aufklärung der Straftat oder für die Ergreifung des Täters von Bedeutung sein können, in einer Datei gespeichert werden, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Auswertung der Daten zur Ergreifung des Täters oder zur Aufklärung der Straftat führen kann und die Maßnahme nicht außer Verhältnis zur Bedeutung der Sache steht. Dies gilt auch, wenn im Falle des Satzes 1 Pässe und Personalausweise automatisch gelesen werden. Die Übermittlung der Daten ist nur an Strafverfolgungsbehörden zulässig.</p> <p>(2) Maßnahmen der in Absatz 1 bezeichneten Art dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzug auch durch die Staatsanwaltschaft und ihre Ermittlungspersonen (§ 152 des Gerichtsverfassungsgesetzes) angeordnet werden. Hat die Staatsanwaltschaft oder eine ihrer Ermittlungspersonen die Anordnung getroffen, so beantragt die Staatsanwaltschaft unverzüglich die richterliche Bestätigung der Anordnung. Die Anordnung tritt außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen von dem Richter bestätigt wird.</p>	<p style="text-align: center;">§ 163d [Schleppnetzfahndung]</p> <p>(1) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. eine der in § 111 bezeichneten Straftaten oder</li> <li>2. eine der in § 100a <b>Abs. 2 Nr. 5, 6, 7 und 9</b> bezeichneten Straftaten</li> </ol> <p>begangen worden ist, so dürfen die anlässlich einer grenzpolizeilichen Kontrolle, im Falle der Nummer 1 auch die bei einer Personenkontrolle nach § 111 anfallenden Daten über die Identität von Personen sowie Umstände, die für die Aufklärung der Straftat oder für die Ergreifung des Täters von Bedeutung sein können, in einer Datei gespeichert werden, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Auswertung der Daten zur Ergreifung des Täters oder zur Aufklärung der Straftat führen kann und die Maßnahme nicht außer Verhältnis zur Bedeutung der Sache steht. Dies gilt auch, wenn im Falle des Satzes 1 Pässe und Personalausweise automatisch gelesen werden. Die Übermittlung der Daten ist nur an Strafverfolgungsbehörden zulässig.</p> <p>(2) u n v e r ä n d e r t</p>



Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p>(3) Die Anordnung ergeht schriftlich. Sie muss die Personen, deren Daten gespeichert werden sollen, nach bestimmten Merkmalen oder Eigenschaften so genau bezeichnen, wie dies nach der zur Zeit der Anordnung vorhandenen Kenntnis von dem oder den Tatverdächtigen möglich ist. Art und Dauer der Maßnahmen sind festzulegen. Die Anordnung ist räumlich zu begrenzen und auf höchstens drei Monate zu befristen. Eine einmalige Verlängerung um nicht mehr als drei weitere Monate ist zulässig, soweit die in Absatz 1 bezeichneten Voraussetzungen fortbestehen.</p> <p>(4) Liegen die Voraussetzungen für den Erlass der Anordnung nicht mehr vor oder ist der Zweck der sich aus der Anordnung ergebenden Maßnahmen erreicht, so sind diese unverzüglich zu beenden. Die durch die Maßnahmen erlangten personenbezogenen Daten sind unverzüglich zu löschen, sobald sie für das Strafverfahren nicht oder nicht mehr benötigt werden; eine Speicherung, die die Laufzeit der Maßnahmen (Absatz 3) um mehr als drei Monate überschreitet, ist unzulässig. Über die Löschung ist die Staatsanwaltschaft zu unterrichten. <i>Die gespeicherten personenbezogenen Daten dürfen nur für das Strafverfahren genutzt werden. Ihre Verwendung zu anderen Zwecken ist nur zulässig, soweit sich bei Gelegenheit der Auswertung durch die speichernde Stelle Erkenntnisse ergeben, die zur Aufklärung einer anderen Straftat oder zur Ermittlung einer Person benötigt werden, die zur Fahndung oder Aufenthaltsfeststellung aus Gründen der Strafverfolgung oder Strafvollstreckung ausgeschrieben ist.</i></p> <p>(5) <i>Von den in Absatz 1 bezeichneten Maßnahmen sind die Personen, gegen die nach Auswertung der Daten weitere Ermittlungen geführt worden sind, zu benachrichtigen, es sei denn, dass eine Gefährdung des Untersuchungszwecks oder der öffentlichen Sicherheit zu besorgen ist.</i></p>	<p>(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(4) Liegen die Voraussetzungen für den Erlass der Anordnung nicht mehr vor oder ist der Zweck der sich aus der Anordnung ergebenden Maßnahmen erreicht, so sind diese unverzüglich zu beenden. Die durch die Maßnahmen erlangten personenbezogenen Daten sind unverzüglich zu löschen, sobald sie für das Strafverfahren nicht oder nicht mehr benötigt werden; eine Speicherung, die die Laufzeit der Maßnahmen (Absatz 3) um mehr als drei Monate überschreitet, ist unzulässig. Über die Löschung ist die Staatsanwaltschaft zu unterrichten.</p> <p>(5) <b>e n t f ä l l t</b></p>
<p style="text-align: center;">§ 163e [Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung]</p> <p>(1) Die Ausschreibung zur Beobachtung anlässlich von polizeilichen Kontrollen, die die Feststellung der Personalien zulassen, kann angeordnet werden, wenn zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß eine Straftat von erheblicher Bedeutung begangen wurde. Die Anordnung darf sich nur gegen den Beschuldigten richten und nur dann getroffen werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Täters auf andere Weise erheblich weniger erfolgversprechend oder wesentlich erschwert wäre. Gegen andere Personen ist die Maßnahme zulässig, wenn auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, daß sie mit dem Täter in Verbindung stehen oder eine solche Verbindung hergestellt wird, daß die Maßnahme zur Erforschung des Sachverhalts oder zur Ermittlung des Aufenthaltsortes des Täters führen wird und dies auf andere Weise erheblich weniger erfolgversprechend oder wesentlich erschwert wäre.</p> <p>(2) Das Kennzeichen eines Kraftfahrzeugs kann ausgeschrieben werden, wenn das Fahrzeug für eine nach Absatz 1 ausgeschriebene Person zugelassen ist oder von ihr oder einer bisher namentlich nicht bekannten Person benutzt wird, die einer Straftat mit erheblicher Bedeutung verdächtig ist.</p>	<p style="text-align: center;">§ 163e [Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung]</p> <p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p>(3) Im Falle eines Antreffens können auch personenbezogene <i>Informationen</i> eines Begleiters der ausgeschriebenen Person oder des Führers eines ausgeschriebenen Kraftfahrzeugs gemeldet werden.</p> <p>(4) Die Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung darf nur durch <i>den Richter</i> angeordnet werden. Bei Gefahr im Verzug kann die Anordnung auch durch die Staatsanwaltschaft getroffen werden. Hat die Staatsanwaltschaft die Anordnung getroffen, so beantragt sie unverzüglich die <i>richterliche</i> Bestätigung der Anordnung. Die Anordnung tritt außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen von dem <i>Richter</i> bestätigt wird. Die Anordnung ist auf höchstens ein Jahr zu befristen. § 100b Abs. 2 Satz 5 gilt entsprechend.</p>	<p>(3) Im Falle eines Antreffens können auch personenbezogene <b>Daten</b> eines Begleiters der ausgeschriebenen Person oder des Führers eines ausgeschriebenen Kraftfahrzeugs gemeldet werden.</p> <p>(4) Die Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung darf nur durch <b>das Gericht</b> angeordnet werden. Bei Gefahr im Verzug kann die Anordnung auch durch die Staatsanwaltschaft getroffen werden. Hat die Staatsanwaltschaft die Anordnung getroffen, so beantragt sie unverzüglich die <b>gerichtliche</b> Bestätigung der Anordnung. Die Anordnung tritt außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen von dem <b>Gericht</b> bestätigt wird. Die Anordnung ist auf höchstens ein Jahr zu befristen. <b>Eine Verlängerung um jeweils nicht mehr als drei Monate ist zulässig, soweit die Voraussetzungen fortbestehen.</b></p>
<p style="text-align: center;">§ 163f [Langfristige Observation]</p> <p>(1) Liegen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass eine Straftat von erheblicher Bedeutung begangen worden ist, so darf eine planmäßig angelegte Beobachtung des Beschuldigten angeordnet werden, die</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. durchgehend länger als 24 Stunden dauern oder</li> <li>2. an mehr als zwei Tagen stattfinden soll (längerfristige Observation).</li> </ol> <p>Die Maßnahme darf nur angeordnet werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Täters auf andere Weise erheblich weniger Erfolg versprechend oder wesentlich erschwert wäre. Gegen andere Personen ist die Maßnahme zulässig, wenn auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie mit dem Täter in Verbindung stehen oder eine solche Verbindung hergestellt wird, dass die Maßnahme zur Erforschung des Sachverhalts oder zur Ermittlung des Aufenthaltsortes des Täters führen wird und dies auf andere Weise erheblich weniger Erfolg versprechend oder wesentlich erschwert wäre.</p> <p>(2) Die Maßnahme darf auch durchgeführt werden, wenn Dritte unvermeidbar betroffen werden.</p> <p>(3) <i>Die Maßnahme bedarf der Anordnung durch die Staatsanwaltschaft, bei Gefahr im Verzug darf sie auch durch ihre Ermittlungspersonen (§ 152 des Gerichtsverfassungsgesetzes) angeordnet werden. Hat einer der Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft die Anordnung getroffen, so ist unverzüglich die staatsanwaltschaftliche Bestätigung der Anordnung zu beantragen.</i> Die Anordnung tritt außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen von <i>der Staatsanwaltschaft</i> bestätigt wird.</p> <p>(4) Die Anordnung ist <i>unter Angabe der maßgeblichen Gründe aktenkundig zu machen und</i> auf höchstens einen Monat zu befristen. Die Verlängerung der Maßnahme bedarf einer neuen Anordnung, die nur durch <i>den Richter</i> getroffen werden darf.</p>	<p style="text-align: center;">§ 163f [Langfristige Observation]</p> <p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(3) <b>Die Maßnahme darf nur durch das Gericht, bei Gefahr im Verzug auch durch die Staatsanwaltschaft und ihre Ermittlungspersonen (§ 152 des Gerichtsverfassungsgesetzes) angeordnet werden. Die Anordnung der Staatsanwaltschaft oder ihrer Ermittlungspersonen tritt außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen von dem Gericht bestätigt wird.</b></p> <p>(4) Die Anordnung ist auf höchstens einen Monat zu befristen. Eine Verlängerung um jeweils nicht mehr als einen Monat ist zulässig, soweit die Voraussetzungen der Anordnung unter Berücksichtigung der gewonnenen Untersuchungsergebnisse fortbestehen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 304 [Zulässigkeit der Beschwerde]</p> <p>(1) Die Beschwerde ist gegen alle von den Gerichten im</p>	<p style="text-align: center;">§ 304 [Zulässigkeit der Beschwerde]</p> <p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p>ersten Rechtszug oder im Berufungsverfahren erlassenen Beschlüsse und gegen die Verfügungen des Vorsitzenden, des Richters im Vorverfahren und eines beauftragten oder ersuchten Richters zulässig, soweit das Gesetz sie nicht ausdrücklich einer Anfechtung entzieht.</p> <p>(2) Auch Zeugen, Sachverständige und andere Personen können gegen Beschlüsse und Verfügungen, durch die sie betroffen werden, Beschwerde erheben.</p> <p>(3) Gegen Entscheidungen über Kosten oder notwendige Auslagen ist die Beschwerde nur zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 200 Euro übersteigt.</p> <p>(4) Gegen Beschlüsse und Verfügungen des Bundesgerichtshofes ist keine Beschwerde zulässig. Dasselbe gilt für Beschlüsse und Verfügungen der Oberlandesgerichte; in Sachen, in denen die Oberlandesgerichte im ersten Rechtszug zuständig sind, ist jedoch die Beschwerde zulässig gegen Beschlüsse und Verfügungen, welche</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Verhaftung, einstweilige Unterbringung, Unterbringung zur Beobachtung, Beschlagnahme oder Durchsuchung betreffen,</li> <li>2. die Eröffnung des Hauptverfahrens ablehnen oder das Verfahren wegen eines Verfahrenshindernisses einstellen,</li> <li>3. die Hauptverhandlung in Abwesenheit des Angeklagten (§ 231a) anordnen oder die Verweisung an ein Gericht niederer Ordnung aussprechen,</li> <li>4. die Akteneinsicht betreffen oder</li> <li>5. den Widerruf der Strafaussetzung, den Widerruf des Straferlasses und die Verurteilung zu der vorbehaltenen Strafe (§ 453 Abs. 2 Satz 3), die Anordnung vorläufiger Maßnahmen zur Sicherung des Widerrufs (§ 453c), die Aussetzung des Strafrestes und deren Widerruf (§ 454 Abs. 3 und 4), die Wiederaufnahme des Verfahrens (§ 372 Satz 1) oder den Verfall, die Einziehung oder die Unbrauchbarmachung nach den §§ 440, 441 Abs. 2 und § 442 betreffen;</li> </ol> <p>§ 138d Abs. 6 bleibt unberührt.</p> <p>(5) Gegen Verfügungen des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofes und des Oberlandesgerichts (§ 169 Abs. 1) ist die Beschwerde nur zulässig, wenn sie die Verhaftung, einstweilige Unterbringung, Beschlagnahme oder Durchsuchung betreffen.</p>	<p>(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(5) Gegen Verfügungen des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofes und des Oberlandesgerichts (§ 169 Abs. 1) ist die Beschwerde nur zulässig, wenn sie die Verhaftung, einstweilige Unterbringung, Beschlagnahme oder Durchsuchung betreffen. <b>§ 101 Abs. 9 Satz 3 bleibt unberührt.</b></p>
<p style="text-align: center;">§ 477 Zulässigkeit der Informationsübermittlung</p> <p>(1) Auskünfte können auch durch Überlassung von Abschriften aus den Akten erteilt werden.</p> <p>(2) Auskünfte aus Akten und Akteneinsicht sind zu versagen, wenn der Übermittlung Zwecke des Strafverfahrens oder besondere bundesgesetzliche oder entsprechende landesgesetzliche Verwendungsregelungen entgegenstehen. <i>Informationen, die erkennbar durch eine Maßnahme nach den §§ 98a, 100a, 110a und 163f ermittelt worden sind, dürfen nur für Zwecke eines Strafverfahrens, zur</i></p>	<p style="text-align: center;">§ 477 [Zulässigkeit der Informationsübermittlung]</p> <p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(2) Auskünfte aus Akten und Akteneinsicht sind zu versagen, wenn der Übermittlung Zwecke des Strafverfahrens oder besondere bundesgesetzliche oder entsprechende landesgesetzliche Verwendungsregelungen entgegenstehen. <b>Ist eine Maßnahme nach diesem Gesetz nur bei Verdacht bestimmter Straftaten zulässig, so dürfen die aufgrund einer solchen Maßnahme erlangten perso-</b></p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p><i>Abwehr von erheblichen Gefahren und für die Zwecke, für die eine Übermittlung nach § 18 des Bundesverfassungsschutzgesetzes zulässig ist, übermittelt werden. Eine Verwendung nach § 476 ist zulässig, wenn Gegenstand der Forschung eine der in Satz 2 genannten Vorschriften ist. § 481 bleibt unberührt.</i></p> <p>(3) In Verfahren, in denen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Angeklagte freigesprochen, die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt oder das Verfahren eingestellt wurde oder</li> <li>2. die Verurteilung nicht in ein Führungszeugnis für Behörden aufgenommen wird und seit der Rechtskraft der Entscheidung mehr als zwei Jahre verstrichen sind,</li> </ol> <p>dürfen Auskünfte aus den Akten und Akteneinsicht an nichtöffentliche Stellen nur gewährt werden, wenn ein rechtliches Interesse an der Kenntnis der Information glaubhaft gemacht ist und der frühere Beschuldigte kein schutzwürdiges Interesse an der Versagung hat.</p> <p>(4) Die Verantwortung für die Zulässigkeit der Übermittlung trägt der Empfänger, soweit dieser eine öffentliche Stelle oder ein Rechtsanwalt ist. Die übermittelnde Stelle prüft in diesem Falle nur, ob das Übermittlungsersuchen im Rahmen der Aufgaben des Empfängers liegt, es sei denn, dass besonderer Anlass zu einer weitergehenden Prüfung der Zulässigkeit der Übermittlung besteht.</p> <p>(5) Die nach den §§ 474, 475 erlangten personenbezogenen <i>Informationen</i> dürfen nur zu dem Zweck verwendet werden, für den die Auskunft oder Akteneinsicht gewährt wurde. Eine Verwendung für andere Zwecke ist zulässig, wenn dafür Auskunft oder Akteneinsicht gewährt werden dürfte und im Falle des § 475 die Stelle, die Auskunft oder Akteneinsicht gewährt hat, zustimmt. Wird eine Auskunft ohne Einschaltung eines Rechtsanwalts erteilt, so ist auf die Zweckbindung hinzuweisen.</p>	<p><b>nenbezogenen Daten ohne Einwilligung der von der Maßnahme betroffenen Personen zu Beweis Zwecken in anderen Strafverfahren nur zur Aufklärung solcher Straftaten übermittelt werden, zu deren Aufklärung eine solche Maßnahme nach diesem Gesetz hätte angeordnet werden dürfen. Darüber hinaus dürfen personenbezogene Daten, die durch eine Maßnahme der in Satz 2 bezeichneten Art erlangt worden sind, nur zur Abwehr einer erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder für die Zwecke, für die eine Übermittlung nach § 18 des Bundesverfassungsschutzgesetzes zulässig ist, übermittelt werden; eine Verwendung nach § 476 ist zulässig. § 100d Abs. 5 sowie die §§ 406e und 481 bleiben unberührt.</b></p> <p>(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(5) Die nach den §§ 474, 475 erlangten personenbezogenen <b>Daten</b> dürfen nur zu dem Zweck verwendet werden, für den die Auskunft oder Akteneinsicht gewährt wurde. Eine Verwendung für andere Zwecke ist zulässig, wenn dafür Auskunft oder Akteneinsicht gewährt werden dürfte und im Falle des § 475 die Stelle, die Auskunft oder Akteneinsicht gewährt hat, zustimmt. Wird eine Auskunft ohne Einschaltung eines Rechtsanwalts erteilt, so ist auf die Zweckbindung hinzuweisen.</p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p style="text-align: center;"><b>Telekommunikationsgesetz</b></p> <p style="text-align: center;"><b>§ 96 TKG</b> <b>Verkehrsdaten</b></p> <p>(1) Der Diensteanbieter darf folgende Verkehrsdaten erheben und verwenden, soweit dies für die in diesem Abschnitt genannten Zwecke erforderlich ist:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Nummer oder Kennung der beteiligten Anschlüsse oder der Endeinrichtung, personenbezogene Berechtigungskennungen, bei Verwendung von Kundenkarten auch die Kartenummer, bei mobilen Anschlüssen auch die Standortdaten,</li> <li>2. den Beginn und das Ende der jeweiligen Verbindung nach Datum und Uhrzeit und, soweit die Entgelte davon abhängen, die übermittelten Datenmengen,</li> <li>3. den vom Nutzer in Anspruch genommenen Telekommunikationsdienst,</li> <li>4. die Endpunkte von festgeschalteten Verbindungen, ihren Beginn und ihr Ende nach Datum und Uhrzeit und, soweit die Entgelte davon abhängen, die übermittelten Datenmengen,</li> <li>5. sonstige zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung der Telekommunikation sowie zur Entgeltabrechnung notwendige Verkehrsdaten.</li> </ol> <p>(2) Die gespeicherten Verkehrsdaten dürfen über das Ende der Verbindung hinaus nur verwendet werden, soweit sie zum Aufbau weiterer Verbindungen oder für die in den §§ 97, 99, 100 und 101 genannten Zwecke erforderlich sind. Im Übrigen sind Verkehrsdaten vom Diensteanbieter nach Beendigung der Verbindung unverzüglich zu löschen.</p> <p>(3) Der Diensteanbieter darf teilnehmerbezogene Verkehrsdaten, die vom Anbieter eines Telekommunikationsdienstes für die Öffentlichkeit verwendet werden, zum Zwecke der Vermarktung von Telekommunikationsdiensten, zur bedarfsgerechten Gestaltung von Telekommunikationsdiensten oder zur Bereitstellung von Diensten mit Zusatznutzen im dazu erforderlichen Zeitraum nur verwenden, sofern der Betroffene in diese Verwendung eingewilligt hat. Die Daten der Angerufenen sind unverzüglich zu anonymisieren. Eine zielnummernbezogene Verwendung der Verkehrsdaten durch den Diensteanbieter zu dem in Satz 1 genannten Zweck ist nur mit Einwilligung der Angerufenen zulässig. Hierbei sind die Daten der Angerufenen unverzüglich zu anonymisieren.</p> <p>(4) Bei der Einholung der Einwilligung ist dem Teilnehmer mitzuteilen, welche Datenarten für die in Absatz 3 Satz 1 genannten Zwecke verarbeitet werden sollen und wie lange sie gespeichert werden sollen. Außerdem ist der Teilnehmer darauf hinzuweisen, dass er die Einwilligung jederzeit widerrufen kann.</p>	<p style="text-align: center;"><b>Artikel 2</b> <b>Änderung des Telekommunikationsgesetzes</b></p> <p style="text-align: center;"><b>§ 96 TKG</b> <b>Verkehrsdaten</b></p> <p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(2) Die gespeicherten Verkehrsdaten dürfen über das Ende der Verbindung hinaus nur verwendet werden, soweit sie zum Aufbau weiterer Verbindungen oder für die in den §§ 97, 99 <b>bis</b> 101, <b>110a und 110b</b> genannten Zwecke erforderlich sind. Im Übrigen sind Verkehrsdaten vom Diensteanbieter nach Beendigung der Verbindung unverzüglich zu löschen.</p> <p>(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 97 TKG</b> <b>Entgeltermittlung und Entgeltabrechnung</b></p> <p>(1) Diensteanbieter dürfen die in § 96 Abs. 1 aufgeführten</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 97 TKG</b> <b>Entgeltermittlung und Entgeltabrechnung</b></p> <p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p>Verkehrsdaten verwenden, soweit die Daten zur Ermittlung des Entgelts und zur Abrechnung mit ihren Teilnehmern benötigt werden. Erbringt ein Diensteanbieter seine Dienste über ein öffentliches Telefonnetz eines fremden Betreibers, darf der Betreiber des öffentlichen Telefonnetzes dem Diensteanbieter die für die Erbringung von dessen Diensten erhobenen Verkehrsdaten übermitteln. Hat der Diensteanbieter mit einem Dritten einen Vertrag über den Einzug des Entgelts geschlossen, so darf er dem Dritten die in Absatz 2 genannten Daten übermitteln, soweit es zum Einzug des Entgelts und der Erstellung einer detaillierten Rechnung erforderlich ist. Der Dritte ist vertraglich zur Wahrung des Fernmeldegeheimnisses nach § 88 und des Datenschutzes nach den §§ 93 und 95 bis 97, 99 und 100 zu verpflichten. § 11 des Bundesdatenschutzgesetzes bleibt unberührt.</p> <p>(2) Der Diensteanbieter darf zur ordnungsgemäßen Ermittlung und Abrechnung der Entgelte für Telekommunikationsdienste und zum Nachweis der Richtigkeit derselben folgende personenbezogene Daten nach Maßgabe der Absätze 3 bis 6 erheben und verwenden:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Verkehrsdaten nach § 96 Abs. 1,</li> <li>2. die Anschrift des Teilnehmers oder Rechnungsempfängers, die Art des Anschlusses, die Zahl der im Abrechnungszeitraum einer planmäßigen Entgeltabrechnung insgesamt auf gekommenen Entgelteinheiten, die übermittelten Datenmengen, das insgesamt zu entrichtende Entgelt,</li> <li>3. sonstige für die Entgeltabrechnung erhebliche Umstände wie Vorschusszahlungen, Zahlungen mit Buchungsdatum, Zahlungsrückstände, Mahnungen, durchgeführte und aufgehobene Anschlusssperren, eingereichte und bearbeitete Reklamationen, beantragte und genehmigte Stundungen, Ratenzahlungen und Sicherheitsleistungen.</li> </ol> <p>(3) Der Diensteanbieter hat nach Beendigung der Verbindung aus den Verkehrsdaten nach § 96 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 und 5 unverzüglich die für die Berechnung des Entgelts erforderlichen Daten zu ermitteln. <i>Nicht erforderliche Daten</i> sind unverzüglich zu löschen. <i>Die Verkehrsdaten</i> dürfen – <i>vorbehaltlich des Absatzes 4 Satz 1 Nr. 2</i> – höchstens sechs Monate nach Versendung der Rechnung gespeichert werden. Hat der Teilnehmer gegen die Höhe der in Rechnung gestellten Verbindungsentgelte vor Ablauf der Frist nach Satz 3 Einwendungen erhoben, dürfen die Verkehrsdaten gespeichert werden, bis die Einwendungen abschließend geklärt sind.</p> <p>(4) <i>Nach Wahl des Teilnehmers hat der rechnungsstellende Diensteanbieter die Zielnummer</i></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <i>vollständig oder unter Kürzung um die letzten drei Ziffern zu speichern oder</i></li> <li>2. <i>mit Versendung der Rechnung an den Teilnehmer vollständig zu löschen.</i></li> </ol> <p><i>Der Teilnehmer ist auf sein Wahlrecht hinzuweisen; macht er von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch, ist die Zielnummer ungekürzt zu speichern. Soweit ein Teilnehmer zur vollständigen oder teilweisen Übernahme der Entgelte für bei seinem Anschluss ankommende Verbindungen verpflichtet ist, dürfen ihm die Rufnummern der Anschlüs-</i></p>	<p>(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(3) Der Diensteanbieter hat nach Beendigung der Verbindung aus den Verkehrsdaten nach § 96 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 und 5 unverzüglich die für die Berechnung des Entgelts erforderlichen Daten zu ermitteln. <b>Daten, die nicht der Speicherungsfrist nach § 110a Abs. 1 unterfallen</b>, sind unverzüglich zu löschen; <b>für die Abrechnung benötigte Daten dürfen jedoch für</b> höchstens sechs Monate nach Versendung der Rechnung gespeichert werden. Hat der Teilnehmer gegen die Höhe der in Rechnung gestellten Verbindungsentgelte vor Ablauf der Frist nach Satz 2 <b>Halbsatz 2</b> Einwendungen erhoben, dürfen die Verkehrsdaten gespeichert werden, bis die Einwendungen abschließend geklärt sind.</p> <p>(4) <b>e n t f ä l l t</b></p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p><i>se, von denen die Anrufe ausgegangen sind, nur gekürzt übermittelt werden. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht für Diensteanbieter, die ihre Dienste nur den Teilnehmern geschlossener Benutzergruppen anbieten.</i></p> <p>(5) Soweit es für die Abrechnung des Diensteanbieters mit anderen Diensteanbietern oder mit deren Teilnehmern sowie anderer Diensteanbieter mit ihren Teilnehmern erforderlich ist, darf der Diensteanbieter Verkehrsdaten verwenden.</p> <p>(6) Zieht der Diensteanbieter mit der Rechnung Entgelte für Leistungen eines Dritten ein, die dieser im Zusammenhang mit der Erbringung von Telekommunikationsdiensten erbracht hat, so darf er dem Dritten Bestands- und Verkehrsdaten übermitteln, soweit diese im Einzelfall für die Durchsetzung der Forderungen des Dritten gegenüber seinem Teilnehmer erforderlich sind.</p>	<p>(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(5) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 99 TKG Einzelverbindungs nachweis</b></p> <p>(1) Dem Teilnehmer sind die <i>nach § 97 Abs. 3 Satz 3 und 4 und Abs. 4 bis zur Versendung der Rechnung</i> gespeicherten Daten derjenigen Verbindungen, für die er entgeltpflichtig ist, nur dann mitzuteilen, wenn er vor dem maßgeblichen Abrechnungszeitraum in Textform einen Einzelverbindungs nachweis verlangt hat. Bei Anschlüssen im Haushalt ist die Mitteilung nur zulässig, wenn der Teilnehmer in Textform erklärt hat, dass er alle zum Haushalt gehörenden Mitbenutzer des Anschlusses darüber informiert hat und künftige Mitbenutzer unverzüglich darüber informieren wird, dass ihm die Verkehrsdaten zur Erteilung des Nachweises bekannt gegeben werden. Bei Anschlüssen in Betrieben und Behörden ist die Mitteilung nur zulässig, wenn der Teilnehmer in Textform erklärt hat, dass die Mitarbeiter informiert worden sind und künftige Mitarbeiter unverzüglich informiert werden und dass der Betriebsrat oder die Personalvertretung entsprechend den gesetzlichen Vorschriften beteiligt worden ist oder eine solche Beteiligung nicht erforderlich ist. Soweit die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften für ihren Bereich eigene Mitarbeitervertreterregelungen erlassen haben, findet Satz 3 mit der Maßgabe Anwendung, dass an die Stelle des Betriebsrates oder der Personalvertretung die jeweilige Mitarbeitervertretung tritt. Dem Teilnehmer dürfen darüber hinaus die <i>nach § 97 Abs. 3 Satz 3 und 4 und Abs. 4 nach dem Versand der Rechnung</i> gespeicherten Daten mitgeteilt werden, wenn er Einwendungen gegen die Höhe der Verbindungsentgelte erhoben hat. Soweit ein Teilnehmer zur vollständigen oder teilweisen Übernahme der Entgelte für Verbindungen verpflichtet ist, die bei seinem Anschluss ankommen, dürfen ihm in dem für ihn bestimmten Einzelverbindungs nachweis die Nummern der Anschlüsse, von denen die Anrufe ausgehen, nur unter Kürzung um die letzten drei Ziffern mitgeteilt werden. Satz 6 gilt nicht für Diensteanbieter, die als Anbieter für geschlossene Benutzergruppen ihre Dienste nur ihren Teilnehmern anbieten.</p> <p>(2) Der Einzelverbindungs nachweis nach Absatz 1 Satz 1 darf nicht Verbindungen zu Anschlüssen von Personen, Behörden und Organisationen in sozialen oder kirchlichen Bereichen erkennen lassen, die grundsätzlich anonym bleibenden Anrufern ganz oder überwiegend telefonische Beratung in seelischen oder sozialen Notlagen anbieten</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 99 TKG Einzelverbindungs nachweis</b></p> <p>(1) Dem Teilnehmer sind die gespeicherten Daten derjenigen Verbindungen, für die er entgeltpflichtig ist, nur dann mitzuteilen, wenn er vor dem maßgeblichen Abrechnungszeitraum in Textform einen Einzelverbindungs nachweis verlangt hat. <b>Dabei kann der Teilnehmer entscheiden, ob ihm die von ihm gewählten Rufnummern ungekürzt oder unter Kürzung um die letzten drei Ziffern mitgeteilt werden; trifft er keine Entscheidung, sind die Rufnummern ungekürzt mitzuteilen.</b> Bei Anschlüssen im Haushalt ist die Mitteilung nur zulässig, wenn der Teilnehmer in Textform erklärt hat, dass er alle zum Haushalt gehörenden Mitbenutzer des Anschlusses darüber informiert hat und künftige Mitbenutzer unverzüglich darüber informieren wird, dass ihm die Verkehrsdaten zur Erteilung des Nachweises bekannt gegeben werden. Bei Anschlüssen in Betrieben und Behörden ist die Mitteilung nur zulässig, wenn der Teilnehmer in Textform erklärt hat, dass die Mitarbeiter informiert worden sind und künftige Mitarbeiter unverzüglich informiert werden und dass der Betriebsrat oder die Personalvertretung entsprechend den gesetzlichen Vorschriften beteiligt worden ist oder eine solche Beteiligung nicht erforderlich ist. Soweit die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften für ihren Bereich eigene Mitarbeitervertreterregelungen erlassen haben, findet Satz 4 mit der Maßgabe Anwendung, dass an die Stelle des Betriebsrates oder der Personalvertretung die jeweilige Mitarbeitervertretung tritt. Dem Teilnehmer dürfen darüber hinaus die gespeicherten Daten mitgeteilt werden, wenn er Einwendungen gegen die Höhe der Verbindungsentgelte erhoben hat. Soweit ein Teilnehmer zur vollständigen oder teilweisen Übernahme der Entgelte für Verbindungen verpflichtet ist, die bei seinem Anschluss ankommen, dürfen ihm in dem für ihn bestimmten Einzelverbindungs nachweis die Nummern der Anschlüsse, von denen die Anrufe ausgehen, nur unter Kürzung um die letzten drei Ziffern mitgeteilt werden. Satz 7 gilt nicht für Diensteanbieter, die als Anbieter für geschlossene Benutzergruppen ihre Dienste nur ihren Teilnehmern anbieten.</p> <p>(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p>und die selbst oder deren Mitarbeiter insoweit besonderen Verschwiegenheitsverpflichtungen unterliegen. Dies gilt nur, soweit die Regulierungsbehörde die angerufenen Anschlüsse in eine Liste aufgenommen hat. Der Beratung im Sinne des Satzes 1 dienen neben den in § 203 Abs. 1 Nr. 4 und 4a des Strafgesetzbuches genannten Personengruppen insbesondere die Telefonseelsorge und die Gesundheitsberatung. Die Regulierungsbehörde nimmt die Inhaber der Anschlüsse auf Antrag in die Liste auf, wenn sie ihre Aufgabenbestimmung nach Satz 1 durch Bescheinigung einer Behörde oder Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts nachgewiesen haben. Die Liste wird zum Abruf im automatisierten Verfahren bereitgestellt. Der Diensteanbieter hat die Liste quartalsweise abzufragen und Änderungen unverzüglich in seinen Abrechnungsverfahren anzuwenden. Die Sätze 1 bis 6 gelten nicht für Diensteanbieter, die als Anbieter für geschlossene Benutzergruppen ihre Dienste nur ihren Teilnehmern anbieten.</p> <p>(3) Bei Verwendung einer Kundenkarte muss auch auf der Karte ein deutlicher Hinweis auf die mögliche Mitteilung der gespeicherten Verkehrsdaten ersichtlich sein. Sofern ein solcher Hinweis auf der Karte aus technischen Gründen nicht möglich oder für den Kartenemittenten unzumutbar ist, muss der Teilnehmer eine Erklärung nach Absatz 1 Satz 2 oder 3 abgegeben haben.</p>	<p>(3) Bei Verwendung einer Kundenkarte muss auch auf der Karte ein deutlicher Hinweis auf die mögliche Mitteilung der gespeicherten Verkehrsdaten ersichtlich sein. Sofern ein solcher Hinweis auf der Karte aus technischen Gründen nicht möglich oder für den Kartenemittenten unzumutbar ist, muss der Teilnehmer eine Erklärung nach Absatz 1 Satz 3 oder <b>Satz 4</b> abgegeben haben.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 110 TKG</b> <b>Technische Umsetzung von Überwachungsmaßnahmen</b></p> <p>(1) bis (7) ...</p> <p><i>(8) Die nach den §§ 100a und 100b der Strafprozessordnung verpflichteten Betreiber von Telekommunikationsanlagen haben eine Jahresstatistik über nach diesen Vorschriften durchgeführte Überwachungsmaßnahmen zu erstellen und der Regulierungsbehörde unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Die Ausgestaltung der Statistik im Einzelnen kann in der Rechtsverordnung nach Absatz 2 geregelt werden. Die Betreiber dürfen die Statistik Dritten nicht zur Kenntnis geben. Die Regulierungsbehörde fasst die von den Unternehmen gelieferten Angaben zusammen und veröffentlicht das Ergebnis jährlich in ihrem Amtsblatt.</i></p> <p>(9) ...</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 110 TKG</b> <b>Technische Umsetzung von Überwachungsmaßnahmen</b></p> <p>(1) bis (7) <b>unverändert</b></p> <p>(8) <b>entfällt</b></p> <p>(9) <b>unverändert</b></p>
<p style="text-align: center;"><b>(keine Regelung)</b></p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 110a TKG</b> <b>Speicherungspflichten für Verkehrsdaten</b></p> <p><b>(1) Wer Telekommunikationsdienste für die Öffentlichkeit erbringt oder daran mitwirkt, ist verpflichtet, von ihm bei der Nutzung seines Dienstes erzeugte oder verarbeitete Verkehrsdaten für die Zwecke der Strafverfolgung nach Maßgabe der folgenden Absätze sechs Monate im Inland zu speichern. Wer Telekommunikationsdienste für die Öffentlichkeit erbringt oder daran mitwirkt, ohne hierfür eine Telekommunikationsanlage zu betreiben, hat sicherzustellen, dass die Daten gespeichert werden, und dies der Bundesnetzagentur gegenüber nachzuweisen.</b></p> <p><b>(2) Die Anbieter von Telefondiensten einschließlich Mobilfunk- und Internet-Telefondiensten speichern:</b></p>



<b>Geltendes Recht</b>	<b>Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -</b>
	<ol style="list-style-type: none"><li>1. die Rufnummer des anrufenden und des angerufenen Anschlusses sowie die Rufnummern, an die der Anruf im Falle von Um- oder Weiterschaltungen geleitet wird,</li><li>2. den Beginn und das Ende der Verbindung nach Datum und Uhrzeit unter Angabe der zugrunde liegenden Zeitzone,</li><li>3. in Fällen, in denen im Rahmen des Telefondienstes unterschiedliche Übermittlungsdienste genutzt werden können, Angaben zu dem jeweils genutzten Dienst,</li><li>4. im Fall mobiler Telefondienste ferner:<ol style="list-style-type: none"><li>a) die Kennung der Mobilfunkkarte des anrufenden und des angerufenen Anschlusses,</li><li>b) die Kennung des anrufenden und des angerufenen Endgerätes,</li><li>c) die Bezeichnung der durch den anrufenden und den angerufenen Anschluss bei Beginn der Verbindung genutzten Funkzellen,</li><li>d) im Falle im Voraus bezahlter Dienste auch die erste Aktivierung des Dienstes nach Datum, Uhrzeit und Bezeichnung der Funkzelle,</li></ol></li><li>5. im Falle von Internet-Telefondiensten auch die Internetprotokoll-Adresse des anrufenden und des angerufenen Anschlusses.</li></ol> <p>(3) Die Anbieter von Diensten der elektronischen Post (E-Mail) speichern:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. die E-Mail-Adresse und die Benutzerkennung des Absenders sowie die E-Mail-Adresse des Empfängers der übermittelten Nachricht,</li><li>2. die Internetprotokoll-Adresse des Absenders der übermittelten Nachricht,</li><li>3. den Beginn und das Ende der Nutzung des Dienstes unter der zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse nach Datum und Uhrzeit unter Angabe der zugrunde liegenden Zeitzone.</li></ol> <p>(4) Die Anbieter von Internetzugangsdiensten speichern:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. die dem Teilnehmer für eine Internetnutzung zugewiesene Internetprotokoll-Adresse,</li><li>2. eine eindeutige Kennung des Anschlusses, über die die Internetnutzung erfolgt,</li><li>3. den Beginn und das Ende der Internetnutzung unter der zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse nach Datum und Uhrzeit unter Angabe der zugrunde liegenden Zeitzone.</li></ol> <p>(5) Soweit Anbieter von Telefondiensten die in dieser Vorschrift genannten Verkehrsdaten für die in § 96 Abs. 2 genannten Zwecke auch dann speichern oder protokollieren, wenn der Anruf unbeantwortet bleibt oder wegen eines Eingriffs des Netzwerkmanagements erfolglos ist, sind die Verkehrsdaten auch nach Maßgabe dieser Vorschrift zu speichern.</p> <p>(6) Wer ein Mobilfunknetz für die Öffentlichkeit betreibt, ist verpflichtet, zu den nach Maßgabe dieser</p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
	<p>Vorschrift gespeicherten Bezeichnungen der Funkzellen auch Daten vorzuhalten, aus denen sich die geografische Lage der jeweiligen Funkzelle sowie die Hauptstrahlrichtung der Funkantennen ergibt.</p> <p>(7) Daten, die Aufschluss über den Inhalt der Kommunikation geben, dürfen auf Grund der Absätze 1 bis 6 nicht gespeichert werden.</p> <p>(8) Die Speicherung der Daten nach den Absätzen 1 bis 6 hat so zu erfolgen, dass Auskunftersuchen der berechtigten Stellen unverzüglich beantwortet werden können.</p>
(keine Regelung)	<p style="text-align: center;"><b>§ 110b TKG</b> Verwendung der nach § 110a gespeicherten Daten</p> <p>(1) Für die Verfolgung von Straftaten hat der nach § 110a Verpflichtete die gespeicherten Daten den zuständigen Stellen auf deren Anordnung unverzüglich zu übermitteln. § 113 Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend. An andere Stellen dürfen die allein aufgrund der Speicherverpflichtung nach § 110a gespeicherten Daten nicht übermittelt werden. Im Übrigen darf der nach § 110a Verpflichtete die allein aufgrund der Speicherverpflichtung nach § 110a gespeicherten Daten nur für Zwecke der Datenschutzkontrolle, der Datensicherung oder zur Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Betriebes der Datenverarbeitungsanlage verwenden.</p> <p>(2) Der nach § 110a Verpflichtete hat die gespeicherten Daten innerhalb eines Monats nach Ablauf der in § 110a Abs. 1 genannten Frist zu löschen.</p> <p>(3) Der nach § 110a Verpflichtete hat betreffend die Qualität und den Schutz der gespeicherten Verkehrsdaten die im Bereich der Telekommunikation erforderliche Sorgfalt zu beachten. Er hat durch technische und organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass der Zugang zu den gespeicherten Daten ausschließlich hierzu besonders ermächtigten Personen möglich ist.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 111</b> <b>Daten für Auskunftersuchen der Sicherheitsbehörden</b></p> <p>(1) Wer geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringt oder daran mitwirkt und dabei Rufnummern vergibt oder Telekommunikationsanschlüsse für von anderen vergebene Rufnummern bereitstellt, hat für die Auskunftsverfahren nach den §§ 112 und 113 die Rufnummern, den Namen und die Anschrift des Rufnummerninhabers, das Datum des Vertragsbeginns, bei natürlichen Personen deren Geburtsdatum, sowie bei Festnetzanschlüssen auch die Anschrift des Anschlusses vor der Freischaltung zu erheben und unverzüglich zu speichern, auch soweit diese Daten für betriebliche Zwecke nicht erforderlich sind; das Datum des Vertragsendes ist bei Bekanntwerden ebenfalls zu speichern. Satz 1 gilt auch, soweit die Daten nicht in Teilnehmerverzeichnisse (§ 104) eingetragen werden. Wird dem Verpflichteten nach Satz 1 eine Änderung bekannt, hat er die Daten unverzüglich zu berichtigen; in diesem Zusammenhang hat er bisher noch nicht erfasste Daten nach Satz 1 nachträglich zu erheben und zu spei-</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 111</b> <b>Daten für Auskunftersuchen der Sicherheitsbehörden</b></p> <p>(1) Wer geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringt oder daran mitwirkt und dabei Rufnummern vergibt oder Telekommunikationsanschlüsse für von anderen vergebene Rufnummern bereitstellt, hat für die Auskunftsverfahren nach den §§ 112 und 113</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Rufnummern,</li> <li>2. den Namen und die Anschrift des Rufnummerninhabers,</li> <li>3. bei natürlichen Personen deren Geburtsdatum,</li> <li>4. bei Festnetzanschlüssen auch die Anschrift des Anschlusses,</li> <li>5. in Fällen, in denen dem Kunden neben einem Mobilfunkanschluss auch ein Mobilfunkendgerät überlassen wird, die Gerätenummer dieses Gerätes sowie</li> <li>6. das Datum des Vertragsbeginns</li> </ol> <p>vor der Freischaltung zu erheben und unverzüglich zu speichern, auch soweit diese Daten für betriebliche Zwe-</p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p>chern, sofern ihm eine Erhebung der Daten ohne besonderen Aufwand möglich ist. <i>Nach Ende des Vertragsverhältnisses sind die Daten mit Ablauf des auf die Beendigung folgenden Kalenderjahres zu löschen. Eine Entschädigung für die Datenerhebung und -speicherung wird nicht gewährt.</i> Für das Auskunftsverfahren nach § 113 ist die Form der Datenspeicherung freigestellt.</p> <p>(2) Bedient sich der Diensteanbieter nach Absatz 1 Satz 1 eines Vertriebspartners, hat der Vertriebspartner die Daten nach Absatz 1 Satz 1 zu erheben und diese sowie die nach § 95 erhobenen Daten unverzüglich dem Diensteanbieter zu übermitteln; Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend. Satz 1 gilt auch für Daten über Änderungen, soweit sie dem Vertriebspartner im Rahmen der üblichen Geschäftsabwicklung zur Kenntnis gelangen.</p> <p>(3) Für Vertragsverhältnisse, die am Tage des Inkrafttretens dieser Vorschrift bereits bestehen, müssen Daten im Sinne von Absatz 1 Satz 1 außer in den Fällen des Absatzes 1 Satz 3 nicht nachträglich erhoben werden.</p>	<p>cke nicht erforderlich sind; das Datum des Vertragsendes ist bei Bekanntwerden ebenfalls zu speichern. Satz 1 gilt auch, soweit die Daten nicht in Teilnehmerverzeichnisse (§ 104) eingetragen werden. <b>Satz 1 gilt entsprechend für diejenigen, der geschäftsmäßig einen öffentlich zugänglichen Dienst der elektronischen Post erbringt, wobei an die Stelle der Rufnummer die Kennung des elektronischen Postfachs tritt.</b> Wird dem Verpflichteten nach Satz 1 <b>oder Satz 3</b> eine Änderung bekannt, hat er die Daten unverzüglich zu berichtigen; in diesem Zusammenhang hat er bisher noch nicht erfasste Daten nach Satz 1 <b>oder Satz 3</b> nachträglich zu erheben und zu speichern, sofern ihm eine Erhebung der Daten ohne besonderen Aufwand möglich ist. Für das Auskunftsverfahren nach § 113 ist die Form der Datenspeicherung freigestellt.</p> <p>(2) Bedient sich der Diensteanbieter nach Absatz 1 Satz 1 <b>oder Satz 3</b> eines Vertriebspartners, hat der Vertriebspartner die Daten nach Absatz 1 Satz 1 <b>und 3</b> zu erheben und diese sowie die nach § 95 erhobenen Daten unverzüglich dem Diensteanbieter zu übermitteln; Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend. Satz 1 gilt auch für Daten über Änderungen, soweit sie dem Vertriebspartner im Rahmen der üblichen Geschäftsabwicklung zur Kenntnis gelangen.</p> <p>(3) Für Vertragsverhältnisse, die am Tage des Inkrafttretens dieser Vorschrift bereits bestehen, müssen Daten im Sinne von Absatz 1 Satz 1 <b>oder Satz 3</b> außer in den Fällen des Absatzes 1 Satz 4 nicht nachträglich erhoben werden.</p> <p><b>(4)</b> Nach Ende des Vertragsverhältnisses sind die Daten mit Ablauf des auf die Beendigung folgenden Kalenderjahres zu löschen.</p> <p><b>(5)</b> Eine Entschädigung für die Datenerhebung und -speicherung wird nicht gewährt.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 112</b> <b>Automatisiertes Auskunftsverfahren</b></p> <p>(1) Wer Telekommunikationsdienste für die Öffentlichkeit erbringt, hat die nach § 111 Abs. 1 Satz 1 <i>und</i> 3 und Abs. 2 erhobenen Daten unverzüglich in Kundendateien zu speichern, in die auch Rufnummern und Rufnummernkontingente, die zur weiteren Vermarktung oder sonstigen Nutzung an andere Anbieter von Telekommunikationsdiensten vergeben werden, sowie bei portierten Rufnummern die aktuelle Portierungskennung aufzunehmen sind. Für die Berichtigung der Kundendateien gilt § 111 Abs. 1 Satz 3 <i>und</i> 4 entsprechend. In Fällen portierter Rufnummern sind die Rufnummer und die zugehörige Portierungskennung erst nach Ablauf des Jahres zu löschen, das dem Zeitpunkt folgt, zu dem die Rufnummer wieder an den Netzbetreiber zurückgegeben wurde, dem sie ursprünglich zugeteilt worden war. Der Verpflichtete hat zu gewährleisten, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Regulierungsbehörde für Auskunftersuchen der in Absatz 2 genannten Stellen jederzeit Daten aus den Kundendateien automatisiert im Inland abrufen kann,</li> <li>2. der Abruf von Daten unter Verwendung unvollständiger Abfragedaten oder die Suche mittels einer <i>ähnlichen Funktion</i> erfolgen kann.</li> </ol> <p>Die ersuchende Stelle hat unverzüglich zu prüfen, inwie-</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 112</b> <b>Automatisiertes Auskunftsverfahren</b></p> <p>(1) Wer Telekommunikationsdienste für die Öffentlichkeit erbringt, hat die nach § 111 Abs. 1 Satz 1, <b>3 und 4</b> und Abs. 2 erhobenen Daten unverzüglich in Kundendateien zu speichern, in die auch Rufnummern und Rufnummernkontingente, die zur weiteren Vermarktung oder sonstigen Nutzung an andere Anbieter von Telekommunikationsdiensten vergeben werden, sowie bei portierten Rufnummern die aktuelle Portierungskennung aufzunehmen sind. Für die Berichtigung der Kundendateien gilt § 111 Abs. 1 Satz 4 und <b>Abs. 4</b> entsprechend. In Fällen portierter Rufnummern sind die Rufnummer und die zugehörige Portierungskennung erst nach Ablauf des Jahres zu löschen, das dem Zeitpunkt folgt, zu dem die Rufnummer wieder an den Netzbetreiber zurückgegeben wurde, dem sie ursprünglich zugeteilt worden war. Der Verpflichtete hat zu gewährleisten, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Regulierungsbehörde für Auskunftersuchen der in Absatz 2 genannten Stellen jederzeit Daten aus den Kundendateien automatisiert im Inland abrufen kann,</li> <li>2. der Abruf von Daten unter Verwendung unvollständiger Abfragedaten oder die Suche mittels einer <b>Ähnlichenfunktion</b> erfolgen kann.</li> </ol> <p>Die ersuchende Stelle hat unverzüglich zu prüfen, inwie-</p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p>weit sie die Daten, die als Antwort geliefert werden, benötigt und nicht benötigte Daten unverzüglich zu löschen. Der Verpflichtete hat durch technische und organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass ihm Abrufe nicht zur Kenntnis gelangen können.</p> <p>(2) bis (5) ...</p>	<p>weit sie die Daten, die als Antwort geliefert werden, benötigt und nicht benötigte Daten unverzüglich zu löschen. Der Verpflichtete hat durch technische und organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass ihm Abrufe nicht zur Kenntnis gelangen können.</p> <p>(2) bis (5) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 115 TKG</b> <b>Kontrolle und Durchsetzung von Verpflichtungen</b></p> <p>(1) ...</p> <p>(2) Die Regulierungsbehörde kann nach Maßgabe des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes Zwangsgelder wie folgt festsetzen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. bis zu 500.000 Euro zur Durchsetzung der Verpflichtungen nach § 108 Abs. 1, § 110 Abs. 1, 5 oder 6, einer Rechtsverordnung nach § 108 Abs. 2, einer Rechtsverordnung nach § 110 Abs. 2, einer Rechtsverordnung nach § 112 Abs. 3 Satz 1, der Technischen Richtlinie nach § 108 Abs. 3, der Technischen Richtlinie nach § 110 Abs. 3 oder der Technischen Richtlinie nach § 112 Abs. 3 Satz 3,</li> <li>2. bis zu 100.000 Euro zur Durchsetzung der Verpflichtungen nach den §§ 109, 112 Abs. 1, 3 Satz 4, Abs. 5 Satz 1 und 2 oder § 114 Abs. 1 und</li> <li>3. bis zu 20.000 Euro zur Durchsetzung der Verpflichtungen nach § 111 Abs. 1 <i>Satz 1 bis 4 und Abs. 2</i> oder § 113 Abs. 1 und 2 Satz 1.</li> </ol> <p>Bei wiederholten Verstößen gegen § 111 Abs. 1 <i>Satz 1 bis 4 und Abs. 2</i>, § 112 Abs. 1, 3 Satz 4, Abs. 5 Satz 1 und 2 oder § 113 Abs. 1 und 2 Satz 1 kann die Tätigkeit des Verpflichteten durch Anordnung der Regulierungsbehörde dahin gehend eingeschränkt werden, dass der Kundenstamm bis zur Erfüllung der sich aus diesen Vorschriften ergebenden Verpflichtungen außer durch Vertragsablauf oder Kündigung nicht verändert werden darf.</p> <p>(3) bis (5) ...</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 115 TKG</b> <b>Kontrolle und Durchsetzung von Verpflichtungen</b></p> <p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(2) Die Regulierungsbehörde kann nach Maßgabe des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes Zwangsgelder wie folgt festsetzen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. bis zu 500.000 Euro zur Durchsetzung der Verpflichtungen nach § 108 Abs. 1, § 110 Abs. 1, 5 oder <b>Abs. 6, §§ 110a, 110b Abs. 2 und 3</b>, einer Rechtsverordnung nach § 108 Abs. 2, einer Rechtsverordnung nach § 110 Abs. 2, einer Rechtsverordnung nach § 112 Abs. 3 Satz 1, der Technischen Richtlinie nach § 108 Abs. 3, der Technischen Richtlinie nach § 110 Abs. 3 oder der Technischen Richtlinie nach § 112 Abs. 3 Satz 3,</li> <li>2. bis zu 100.000 Euro zur Durchsetzung der Verpflichtungen nach den §§ 109, 112 Abs. 1, 3 Satz 4, Abs. 5 Satz 1 und 2 oder § 114 Abs. 1 und</li> <li>3. bis zu 20.000 Euro zur Durchsetzung der Verpflichtungen nach § 111 Abs. 1, <b>2 und 4</b> oder § 113 Abs. 1 und 2 Satz 1.</li> </ol> <p>Bei wiederholten Verstößen gegen § 111 Abs. 1, 2 <b>oder Abs. 4</b>, § 112 Abs. 1, 3 Satz 4, Abs. 5 Satz 1 und 2 oder § 113 Abs. 1 und 2 Satz 1 kann die Tätigkeit des Verpflichteten durch Anordnung der Regulierungsbehörde dahin gehend eingeschränkt werden, dass der Kundenstamm bis zur Erfüllung der sich aus diesen Vorschriften ergebenden Verpflichtungen außer durch Vertragsablauf oder Kündigung nicht verändert werden darf.</p> <p>(3) bis (5) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 149 TKG</b> <b>Bußgeldvorschriften</b></p> <p>(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig</p> <p>1. bis 28. ...</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 149 TKG</b> <b>Bußgeldvorschriften</b></p> <p>(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig</p> <p>1. bis 28. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p><b>28a. entgegen § 110a Abs. 1 Satz 1 Daten nicht, nicht richtig oder nicht für die vorgeschriebene Dauer speichert,</b></p> <p><b>28b. entgegen § 110a Abs. 1 Satz 2 nicht sicherstellt, dass die in Absatz 1 Satz 1 genannten Daten gespeichert werden,</b></p> <p><b>28c. entgegen § 110b Abs. 1 Satz 1 Daten nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt,</b></p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p>29. entgegen § 111 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, oder entgegen § 111 Abs. 1 Satz 3 oder 4, Daten nicht oder nicht rechtzeitig erhebt, <i>nicht</i> oder nicht rechtzeitig speichert, nicht oder nicht rechtzeitig berichtigt <i>oder nicht oder nicht rechtzeitig löscht</i>,</p> <p>30. entgegen § 111 Abs. 2 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, Daten nicht oder nicht rechtzeitig erhebt oder nicht oder nicht rechtzeitig übermittelt,</p> <p>31. bis 34. ...</p> <p>35. entgegen § 113 Abs. 1 Satz 4 Stillschweigen nicht wahr.</p> <p>(2) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 4 Buchstabe a, Nr. 6, 10, 22, 27 und 31 mit einer Geldbuße bis zu fünfhunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 16 bis 18, 26, 29 und 34 mit einer Geldbuße bis zu dreihunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 4 Buchstabe b, Nr. 12, 13, 15, 19, 21 und 30 mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 5, 7, 8, 9, 11, 20, 23 und 24 mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro und in den übrigen Fällen des Absatzes 1 mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reichen die in Satz 1 genannten Beträge hierfür nicht aus, so können sie überschritten werden.</p>	<p>28d. entgegen § 110b Abs. 1 Satz 3 Daten an eine nicht berechnigte Stelle übermittelt,</p> <p>28e. entgegen § 110b Abs. 2 Daten nicht oder nicht rechtzeitig löscht,</p> <p>28f. entgegen § 110b Abs. 3 Satz 2 nicht sicherstellt, dass der Zugriff zu den gespeicherten Daten ausschließlich dazu besonders ermächtigten Personen möglich ist,</p> <p>29. entgegen § 111 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2 oder 3, oder § 111 Abs. 1 Satz 4 dort genannte Daten nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erhebt, nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig speichert oder nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig berichtigt,</p> <p>30. entgegen § 111 Abs. 2 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, Daten nicht oder nicht rechtzeitig erhebt oder nicht, <b>nicht richtig, nicht vollständig</b> oder nicht rechtzeitig übermittelt,</p> <p>30a. entgegen § 111 Abs. 4 Daten nicht oder nicht rechtzeitig löscht,</p> <p>31. bis 34. <i>u n v e r ä n d e r t</i></p> <p>35. entgegen § 113 Abs. 1 Satz 4, <b>auch in Verbindung mit § 110b Abs. 1 Satz 2</b>, Stillschweigen nicht wahr.</p> <p>(2) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 4 Buchstabe a, Nr. 6, 10, 22, 27, <b>28a bis 28d</b> und 31 mit einer Geldbuße bis zu fünfhunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 16 bis 18, 26, <b>28e bis 29, 30a</b> und 34 mit einer Geldbuße bis zu dreihunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 4 Buchstabe b, Nr. 12, 13, 15, 19, 21 und 30 mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 5, 7, 8, 9, 11, 20, 23 und 24 mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro und in den übrigen Fällen des Absatzes 1 mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reichen die in Satz 1 genannten Beträge hierfür nicht aus, so können sie überschritten werden.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 150 TKG Übergangsvorschriften</b></p> <p>(1) bis (11) ...</p> <p>(12) bis (14) ...</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 150 TKG Übergangsvorschriften</b></p> <p>(1) bis (11) <i>u n v e r ä n d e r t</i></p> <p><b>(11a) Die Anbieter von Internet-Zugangsdiensten, Diensten der elektronischen Post und Internet-Telefondiensten haben die sie treffenden Anforderungen aus § 110a spätestens ab dem 15. März 2009 zu erfüllen.</b></p> <p>(12) bis (14) <i>u n v e r ä n d e r t</i></p>

<b>Geltendes Recht</b>	<b>Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -</b>
<p style="text-align: center;"><b>Artikel 10-Gesetz</b></p> <p style="text-align: center;">§ 17 G10 2001 Mitteilungsverbote</p> <p>(1) Wird die Telekommunikation nach diesem Gesetz oder nach den §§ 100a, 100b der Strafprozessordnung überwacht, darf diese Tatsache von Personen, die <i>geschäftsmäßig</i> Telekommunikationsdienste erbringen oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.</p> <p>(2) Wird die Aushändigung von Sendungen nach § 2 Abs. 1 Satz 1 oder 3 angeordnet, darf diese Tatsache von Personen, die zur Aushändigung verpflichtet oder mit der Sendungsübermittlung betraut sind oder hieran mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.</p> <p>(3) Erfolgt ein Auskunftersuchen oder eine Auskunftserteilung nach § 2 Abs. 1, darf diese Tatsache oder der Inhalt des Ersuchens oder der erteilten Auskunft von Personen, die zur Beantwortung verpflichtet oder mit der Beantwortung betraut sind oder hieran mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.</p>	<p style="text-align: center;"><b>Artikel 3</b> <b>Änderung des Artikel 10-Gesetzes</b></p> <p style="text-align: center;">§ 17 G10 2001 Mitteilungsverbote</p> <p>(1) Wird die Telekommunikation nach diesem Gesetz oder nach den §§ 100a, 100b der Strafprozessordnung überwacht, darf diese Tatsache von Personen, die Telekommunikationsdienste erbringen oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.</p> <p>(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p style="text-align: center;"><b>VereinsG</b></p> <p style="text-align: center;">§ 10 VereinsG Vermögensbeschlagnahme</p> <p>(1) Die Beschlagnahme (§ 3 Abs. 1 Satz 2) hat die Wirkung eines Veräußerungsverbots. Rechtsgeschäfte, die gegen das Veräußerungsverbot verstoßen, sind nichtig, es sei denn, daß der andere Teil weder wußte noch wissen mußte, daß der Gegenstand, auf den sich das Rechtsgeschäft bezieht, der Beschlagnahme unterliegt. Die Beschlagnahme erfaßt auch die Gegenstände, die der Verein einem Dritten zu treuen Händen übertragen hat oder die ein Dritter als Treuhänder für den Verein erworben hat. In den Fällen des Satzes 3 sind die Vorschriften zugunsten derjenigen, welche Rechte von einem Nichtberechtigten herleiten, entsprechend anzuwenden.</p> <p>(2) Auf Grund der Beschlagnahme können Sachen im Gewahrsam des Vereins und auf Grund besonderer Anordnung Sachen im Gewahrsam Dritter sichergestellt werden. Soweit es der Zweck der Sicherstellung erfordert, dürfen auch Räume betreten sowie verschlossene Türen und Behältnisse geöffnet werden. Die Anwendung unmittelbaren Zwanges ist ohne vorherige Androhung oder Fristsetzung zulässig, wenn sonst die Sicherstellung gefährdet wäre. Werden von der Beschlagnahme Gegenstände im Sinne des § 99 der Strafprozeßordnung erfaßt, gelten für die Sicherstellung die §§ 99, 100 und 101 der Strafprozeßordnung entsprechend. Maßnahmen nach Satz 4 und die Durchsuchung von Wohnungen ordnet nur das Verwaltungsgericht an, in dessen Bezirk die Handlungen vorzunehmen sind. Anordnungen nach Satz 5 trifft der Vorsitzende oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Gerichts.</p> <p>(3) Die Verbotsbehörde kann für das beschlagnahmte Vermögen Verwalter bestellen und abberufen. Die Verwalter unterliegen den Weisungen der Verbotsbehörde.</p> <p>(4) Die Vorstandsmitglieder sind verpflichtet, Auskunft über den Bestand und Verbleib des Vereinsvermögens zu geben. Auf Verlangen der Verbotsbehörde haben sie ein Verzeichnis des Bestandes vorzulegen und zu beeiden. Der Eid ist mit dem in § 260 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Inhalt auf Ersuchen der Verbotsbehörde vor dem für den Wohnsitz des Eidespflichtigen zuständigen Amtsgericht zu leisten.</p> <p>(5) Die Aufhebung der Beschlagnahme sowie der Aufschub und die Wiederherstellung ihrer Vollziehbarkeit haben keine rückwirkende Kraft.</p>	<p style="text-align: center;"><b>Artikel 4</b> <b>Änderung des Vereinsgesetzes</b></p> <p style="text-align: center;">§ 10 VereinsG Vermögensbeschlagnahme</p> <p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(2) Auf Grund der Beschlagnahme können Sachen im Gewahrsam des Vereins und auf Grund besonderer Anordnung Sachen im Gewahrsam Dritter sichergestellt werden. Soweit es der Zweck der Sicherstellung erfordert, dürfen auch Räume betreten sowie verschlossene Türen und Behältnisse geöffnet werden. Die Anwendung unmittelbaren Zwanges ist ohne vorherige Androhung oder Fristsetzung zulässig, wenn sonst die Sicherstellung gefährdet wäre. Werden von der Beschlagnahme Gegenstände im Sinne des § 99 der Strafprozessordnung erfaßt, gelten für die Sicherstellung die <b>§§ 99, 100 und 101 Abs. 3 bis 10</b> der Strafprozessordnung entsprechend. Maßnahmen nach Satz 4 und die Durchsuchung von Wohnungen ordnet nur das Verwaltungsgericht an, in dessen Bezirk die Handlungen vorzunehmen sind. Anordnungen nach Satz 5 trifft der Vorsitzende oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Gerichts.</p> <p>(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(5) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

<b>Geltendes Recht</b>	<b>Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -</b>
<p style="text-align: center;"><b>BKAG</b></p> <p style="text-align: center;">§ 16 BKAG 1997 Einsatz technischer Mittel zur Eigensicherung</p> <p>(1) Werden vom Bundeskriminalamt beauftragte Personen im Rahmen der Befugnisse des Bundeskriminalamtes aus Gründen der Strafverfolgung tätig, dürfen, soweit dies zur Abwehr von Gefahren für deren Leib, Leben oder Freiheit unerlässlich ist, ohne Wissen der Betroffenen im Beisein oder in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit dem Einsatz der vom Bundeskriminalamt beauftragten Person das innerhalb oder außerhalb einer Wohnung nicht öffentlich gesprochene Wort mit technischen Mitteln abgehört und aufgezeichnet und Lichtbilder und Bildaufzeichnungen hergestellt werden.</p> <p>(2) Maßnahmen nach Absatz 1 werden durch den Präsidenten des Bundeskriminalamtes oder seinen Vertreter angeordnet. Bei Gefahr im Verzug dürfen Maßnahmen nach Absatz 1 auch durch den Leiter einer Abteilung des Bundeskriminalamtes oder dessen Vertreter angeordnet werden.</p> <p>(3) Personenbezogene Informationen, die durch den Einsatz technischer Mittel zur Eigensicherung erlangt werden, dürfen außer für den in Absatz 1 genannten Zweck nur zur Gefahrenabwehr (Artikel 13 Abs. 5 des Grundgesetzes) verwendet werden. Wurden die personenbezogenen Informationen in oder aus einer Wohnung erlangt, so ist die Verwendung für die in Satz 1 genannten Zwecke nur zulässig nach Feststellung der Rechtmäßigkeit der Maßnahme durch das Amtsgericht, in dessen Bezirk das Bundeskriminalamt seinen Sitz hat; bei Gefahr im Verzug ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. Die Zulässigkeit der Verwendung dieser Informationen für Zwecke der Strafverfolgung richtet sich nach § 161 Abs. 2 der Strafprozessordnung.</p> <p>(4) Nach Abschluß der Maßnahmen sind die nach Absatz 1 hergestellten Aufzeichnungen unverzüglich zu löschen, es sei denn, sie werden für die in Absatz 3 genannten Zwecke noch benötigt.</p> <p>(5) Von den getroffenen Maßnahmen nach Absatz 1 sind die Beteiligten zu benachrichtigen, sobald dies ohne Gefährdung des Untersuchungszwecks, der öffentlichen Sicherheit, von Leib oder Leben einer Person sowie der Möglichkeit der weiteren Verwendung einer vom Bundeskriminalamt beauftragten Person geschehen kann.</p>	<p style="text-align: center;"><b>Artikel 5</b> <b>Änderung des BKA-Gesetzes</b></p> <p style="text-align: center;">§ 16 BKAG 1997 Einsatz technischer Mittel zur Eigensicherung</p> <p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(3) Personenbezogene Informationen, die durch den Einsatz technischer Mittel zur Eigensicherung erlangt werden, dürfen außer für den in Absatz 1 genannten Zweck nur zur Gefahrenabwehr (Artikel 13 Abs. 5 des Grundgesetzes) verwendet werden. Wurden die personenbezogenen Informationen in oder aus einer Wohnung erlangt, so ist die Verwendung für die in Satz 1 genannten Zwecke nur zulässig nach Feststellung der Rechtmäßigkeit der Maßnahme durch das Amtsgericht, in dessen Bezirk das Bundeskriminalamt seinen Sitz hat; bei Gefahr im Verzug ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. Die Zulässigkeit der Verwendung dieser Informationen für Zwecke der Strafverfolgung richtet sich nach der Strafprozessordnung.</p> <p>(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(5) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>



<b>Geltendes Recht</b>	<b>Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -</b>
<p style="text-align: center;"><b>Gerichtsverfassungsgesetz</b></p> <p style="text-align: center;">§ 120 GVG Zuständigkeit in Strafsachen in 1. Instanz</p> <p>(1) In Strafsachen sind die Oberlandesgerichte, in deren Bezirk die Landesregierungen ihren Sitz haben, für das Gebiet des Landes zuständig für die Verhandlung und Entscheidung im ersten Rechtszug</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. bei Friedensverrat in den Fällen des § 80 des Strafgesetzbuches,</li><li>2. bei Hochverrat (§§ 81 bis 83 des Strafgesetzbuches),</li><li>3. bei Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit (§§ 94 bis 100a des Strafgesetzbuches) sowie bei Straftaten nach § 52 Abs. 2 des Patentgesetzes, nach § 9 Abs. 2 des Gebrauchsmustergesetzes in Verbindung mit § 52 Abs. 2 des Patentgesetzes oder nach § 4 Abs. 4 des Halbleiterschutzgesetzes in Verbindung mit § 9 Abs. 2 des Gebrauchsmustergesetzes und § 52 Abs. 2 des Patentgesetzes,</li><li>4. bei einem Angriff gegen Organe und Vertreter ausländischer Staaten (§ 102 des Strafgesetzbuches),</li><li>5. bei einer Straftat gegen Verfassungsorgane in den Fällen der §§ 105, 106 des Strafgesetzbuches,</li><li>6. bei einer Zuwiderhandlung gegen das Vereinigungsverbot des § 129a, auch in Verbindung mit § 129b Abs. 1, des Strafgesetzbuches,</li><li>7. bei Nichtanzeige von Straftaten nach § 138 des Strafgesetzbuches, wenn die Nichtanzeige eine Straftat betrifft, die zur Zuständigkeit der Oberlandesgerichte gehört und</li><li>8. bei Straftaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch.</li></ol> <p>(2) Diese Oberlandesgerichte sind ferner für die Verhandlung und Entscheidung im ersten Rechtszug zuständig</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. bei den in § 74a Abs. 1 bezeichneten Straftaten, wenn der Generalbundesanwalt wegen der besonderen Bedeutung des Falles nach § 74a Abs. 2 die Verfolgung übernimmt,</li><li>2. bei Mord (§ 211 des Strafgesetzbuches), Totschlag (§ 212 des Strafgesetzbuches) und den in § 129a Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 des Strafgesetzbuches bezeichneten Straftaten, wenn ein Zusammenhang mit der Tätigkeit einer nicht oder nicht nur im Inland bestehenden Vereinigung besteht, deren Zweck oder Tätigkeit die Begehung von Straftaten dieser Art zum Gegenstand hat, und der Generalbundesanwalt wegen der besonderen Bedeutung des Falles die Verfolgung übernimmt,</li><li>3. bei Mord (§ 211 des Strafgesetzbuches), Totschlag (§ 212 des Strafgesetzbuches), Geiselnahme (§ 239b des Strafgesetzbuches), schwerer und besonders schwerer Brandstiftung (§§ 306a und 306b des Strafgesetzbuches), Brandstiftung mit Todesfolge (§ 306c des Strafgesetzbuches), Herbeiführen einer Explosion durch Kernenergie in den Fällen des § 307 Abs. 1 und 3 Nr. 1 des Strafgesetzbuches, Mißbrauch ionisierender Strahlen in den Fällen des § 309 Abs. 2 und 4 des Strafgesetzbuches, Herbeiführen einer Überschwemmung in den Fällen des § 313 Abs. 2 in Verbindung mit § 308 Abs. 2 und 3 des Strafgesetzbuches, gemeingefährlicher Vergiftung in den Fällen des § 314 Abs. 2 in Verbindung mit § 308 Abs. 2 und 3 des Strafgesetzbuches und Angriff auf den Luft- und Seeverkehr in den Fällen des § 316c Abs. 1 und 3 des Strafgesetzbuches,</li></ol>	<p style="text-align: center;"><b>Artikel 6</b> <b>Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes</b></p> <p style="text-align: center;">§ 120 GVG Zuständigkeit in Strafsachen in 1. Instanz</p> <p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

<b>Geltendes Recht</b>	<b>Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -</b>
<p>wenn die Tat nach den Umständen bestimmt und geeignet ist,</p> <ul style="list-style-type: none"><li>a) den Bestand oder die äußere oder innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen,</li><li>b) Verfassungsgrundsätze zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben oder</li><li>c) die Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen des Nordatlantik-Pakts oder seiner nichtdeutschen Vertragsstaaten zu beeinträchtigen,</li></ul> <p>und der Generalbundesanwalt wegen der besonderen Bedeutung des Falles die Verfolgung übernimmt.</p> <p>Sie verweisen bei der Eröffnung des Hauptverfahrens die Sache in den Fällen der Nummer 1 an das Landgericht, in den Fällen der Nummern 2 und 3 an das Land- oder Amtsgericht, wenn eine besondere Bedeutung des Falles nicht vorliegt.</p> <p>(3) In den Sachen, in denen diese Oberlandesgerichte nach Absatz 1 oder 2 zuständig sind, treffen sie auch die in § 73 Abs. 1 bezeichneten Entscheidungen. Sie entscheiden ferner über die Beschwerde gegen Verfügungen der Ermittlungsrichter der Oberlandesgerichte (§ 169 Abs. 1 Satz 1 der Strafprozeßordnung) in den in § 304 Abs. 5 der Strafprozeßordnung bezeichneten Fällen.</p> <p>(4) Diese Oberlandesgerichte entscheiden auch über die Beschwerde gegen Verfügungen und Entscheidungen des nach § 74a zuständigen Gerichts. Für Entscheidungen über die Beschwerde gegen Verfügungen und Entscheidungen des nach § 74a Abs. 4 zuständigen Gerichts sowie in den Fällen des § 100d Abs. 1 Satz 6 und § 100d Abs. 9 Satz 4 der Strafprozessordnung ist ein nicht mit Hauptverfahren in Strafsachen befasster Senat zuständig.</p> <p>(5) Für den Gerichtsstand gelten die allgemeinen Vorschriften. Die beteiligten Länder können durch Vereinbarung die den Oberlandesgerichten in den Absätzen 1 bis 4 zugewiesenen Aufgaben dem hiernach zuständigen Gericht eines Landes auch für das Gebiet eines anderen Landes übertragen.</p> <p>(6) Soweit nach § 142 a für die Verfolgung der Strafsachen die Zuständigkeit des Bundes begründet ist, üben diese Oberlandesgerichte Gerichtsbarkeit nach Artikel 96 Abs. 5 des Grundgesetzes aus.</p>	<p>(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(4) Diese Oberlandesgerichte entscheiden auch über die Beschwerde gegen Verfügungen und Entscheidungen des nach § 74a zuständigen Gerichts. Für Entscheidungen über die Beschwerde gegen Verfügungen und Entscheidungen des nach § 74a Abs. 4 zuständigen Gerichts sowie in den Fällen des § 100d Abs. 1 Satz 6 der Strafprozessordnung ist ein nicht mit Hauptverfahren in Strafsachen befasster Senat zuständig.</p> <p>(5) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(6) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

<b>Geltendes Recht</b>	<b>Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -</b>
	<p style="text-align: center;"><b>Artikel 7</b> <b>Änderung des</b> <b>Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung</b></p> <p style="text-align: center;"><b>§ 12</b> <b>Abweichungsfeste Regelungen</b> <b>der Strafprozessordnung</b> <b>(Artikel 84 Abs. 1 Satz 5 und 6 des Grundgesetzes)</b></p> <p>Von den Verfahrensregelungen in § 100b Abs. 5 und 6, § 100g Abs. 4 und § 100e der Strafprozessordnung darf durch Landesrecht nicht abgewichen werden.</p>
	<p style="text-align: center;"><b>§ 13</b> <b>Übergangsregelungen zum Gesetz zur Neuregelung</b> <b>der Telekommunikationsüberwachung und anderer</b> <b>verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umset-</b> <b>zung der Richtlinie 2006/24/EG</b></p> <p>(1) Die Regelungen zu statistischen Erhebungen in § 100b Abs. 5 und 6 sowie in § 100g Abs. 4 der Strafprozessordnung sind erstmalig für das Berichtsjahr 2008 anzuwenden.</p> <p>(2) § 110 Abs. 8 des Telekommunikationsgesetzes sowie § 1 Nr. 8, § 25 und die Anlage zu § 25 der Telekommunikations-Überwachungsverordnung sind letztmals für das Berichtsjahr 2007 anzuwenden.</p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p style="text-align: center;"><b>IStGHG</b></p> <p style="text-align: center;">§ 59 IStGHG Telekommunikationsüberwachung und sonstige Maßnahmen ohne Wissen des Betroffenen (Zu Artikel 93 Abs. 1 Buchstabe I des Römischen Statuts)</p> <p>(1) Die Anordnung der Überwachung der Telekommunikation (§ 100a der Strafprozessordnung) und die Übermittlung der durch die Überwachung erlangten Erkenntnisse sind nur zulässig, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. die Entscheidung eines Richters des Gerichtshofes vorgelegt wird, die die Telekommunikationsüberwachung anordnet,</li><li>2. die weiteren Voraussetzungen der Strafprozessordnung für die Anordnung der Maßnahme mit der Maßgabe vorliegen, dass an die Stelle der in § 100a Abs. 1 Satz 1 der Strafprozessordnung genannten Straftaten die in Artikel 5 des Römischen Statuts genannten Straftaten treten, und</li><li>3. gewährleistet ist, dass die Vorschriften der Strafprozessordnung über die Benachrichtigung der von der Maßnahme betroffenen Person (§ 101 Abs. 1 der Strafprozessordnung), über die Verwendung der erlangten Informationen in anderen Strafverfahren vor dem Gerichtshof (§ 100b Abs. 5 der Strafprozessordnung) und über die Vernichtung (§ 100b Abs. 6 der Strafprozessordnung) beachtet werden.</li></ol> <p>(2) Auf Ersuchen des Gerichtshofes werden die in § 100c Abs. 1 der Strafprozessordnung bezeichneten Maßnahmen ohne Wissen des Betroffenen angeordnet. Absatz 1 gilt entsprechend.</p>	<p style="text-align: center;"><b>Artikel 8</b> <b>Änderung des IStGHG</b></p> <p style="text-align: center;">§ 59 IStGHG Telekommunikationsüberwachung und sonstige Maßnahmen ohne Wissen des Betroffenen (Zu Artikel 93 Abs. 1 Buchstabe I des Römischen Statuts)</p> <p>(1) Die Anordnung der Überwachung der Telekommunikation (§ 100a der Strafprozessordnung) und die Übermittlung der durch die Überwachung erlangten Erkenntnisse sind nur zulässig, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. die Entscheidung eines Richters des Gerichtshofes vorgelegt wird, die die Telekommunikationsüberwachung anordnet,</li><li>2. die weiteren Voraussetzungen der Strafprozessordnung für die Anordnung der Maßnahme mit der Maßgabe vorliegen, dass an die Stelle der in § 100a Abs. 2 der Strafprozessordnung genannten Straftaten die in Artikel 5 des Römischen Statuts genannten Straftaten treten, und</li><li>3. gewährleistet ist, dass die Vorschriften der Strafprozessordnung über die Benachrichtigung der von der Maßnahme betroffenen Person (<b>§ 101 Abs. 4 bis 7</b> der Strafprozessordnung), über die <b>Übermittlung</b> der erlangten <b>personenbezogenen Daten zu Beweiszwecken</b> in anderen Strafverfahren vor dem Gerichtshof (<b>§ 477 Abs. 2 Satz 2</b> der Strafprozessordnung) und über die Vernichtung (<b>§ 101 Abs. 10</b> der Strafprozessordnung) beachtet werden.</li></ol> <p>(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p data-bbox="368 280 667 309" style="text-align: center;"><b>Wertpapierhandelsgesetz</b></p> <p data-bbox="316 365 719 421" style="text-align: center;">§ 16b WpHG Aufbewahrung von Verbindungsdaten</p> <p data-bbox="201 450 834 969">(1) Die Bundesanstalt kann von einem Wertpapierdienstleistungsunternehmen sowie von einem Unternehmen mit Sitz im Inland, die an einer inländischen Börse zur Teilnahme am Handel zugelassen sind, und von einem Emittenten von Insiderpapieren sowie mit diesem verbundenen Unternehmen, die ihren Sitz im Inland haben oder deren Wertpapiere an einer inländischen Börse zum Handel zugelassen oder in den geregelten Markt oder Freiverkehr einbezogen sind, für einen bestimmten Personenkreis schriftlich die Aufbewahrung von bereits existierenden Verbindungsdaten über den Fernmeldeverkehr verlangen, sofern bezüglich dieser Personen des konkreten Unternehmens Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen § 14 oder § 20a bestehen. Das Grundrecht des Artikels 10 des Grundgesetzes wird insoweit eingeschränkt. Die Betroffenen sind <i>gemäß § 101</i> der Strafprozessordnung zu benachrichtigen. Die Bundesanstalt kann auf der Grundlage von Satz 1 nicht die Aufbewahrung von erst zukünftig zu erhebenden Verbindungsdaten verlangen.</p> <p data-bbox="201 999 834 1301">(2) Die Frist zur Aufbewahrung der bereits existierenden Daten beträgt vom Tage des Zugangs der Aufforderung an höchstens sechs Monate. Ist die Aufbewahrung der Verbindungsdaten über den Fernmeldeverkehr zur Prüfung des Verdachts eines Verstoßes gegen ein Verbot nach § 14 oder § 20a nicht mehr erforderlich, hat die Bundesanstalt den Aufbewahrungspflichtigen hiervon unverzüglich in Kenntnis zu setzen und die dazu vorhandenen Unterlagen unverzüglich zu vernichten. Die Pflicht zur unverzüglichen Vernichtung der vorhandenen Daten gilt auch für den Aufbewahrungspflichtigen.</p>	<p data-bbox="922 253 1412 309" style="text-align: center;"><b>Artikel 9</b> <b>Änderung des Wertpapierhandelsgesetzes</b></p> <p data-bbox="962 338 1372 394" style="text-align: center;">§ 16b WpHG Aufbewahrung von Verbindungsdaten</p> <p data-bbox="850 423 1484 969">(1) Die Bundesanstalt kann von einem Wertpapierdienstleistungsunternehmen sowie von einem Unternehmen mit Sitz im Inland, die an einer inländischen Börse zur Teilnahme am Handel zugelassen sind, und von einem Emittenten von Insiderpapieren sowie mit diesem verbundenen Unternehmen, die ihren Sitz im Inland haben oder deren Wertpapiere an einer inländischen Börse zum Handel zugelassen oder in den geregelten Markt oder Freiverkehr einbezogen sind, für einen bestimmten Personenkreis schriftlich die Aufbewahrung von bereits existierenden Verbindungsdaten über den Fernmeldeverkehr verlangen, sofern bezüglich dieser Personen des konkreten Unternehmens Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen § 14 oder § 20a bestehen. Das Grundrecht des Artikels 10 des Grundgesetzes wird insoweit eingeschränkt. Die Betroffenen sind <b>entsprechend § 101 Abs. 4 und 5</b> der Strafprozessordnung zu benachrichtigen. Die Bundesanstalt kann auf der Grundlage von Satz 1 nicht die Aufbewahrung von erst zukünftig zu erhebenden Verbindungsdaten verlangen.</p> <p data-bbox="850 999 1085 1028">(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

<b>Geltendes Recht</b>	<b>Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -</b>
<p style="text-align: center;"><b>UZwBwG</b></p> <p style="text-align: center;">§ 7 UZwBwG Durchsuchung und Beschlagnahme bei Personenüberprüfung</p> <p>(1) Wer nach § 4 der Personenüberprüfung unterliegt, kann bei Gefahr im Verzug durchsucht werden, wenn gegen ihn der Verdacht einer Straftat gegen die Bundeswehr besteht und zu vermuten ist, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen werde. Die von einer solchen Person mitgeführten Gegenstände können gleichfalls durchsucht werden.</p> <p>(2) Im Gewahrsam einer durchsuchten Person stehende Gegenstände können sichergestellt oder vorläufig beschlagnahmt werden, wenn sie durch eine vorsätzliche Straftat gegen die Bundeswehr hervorgebracht oder zur Begehung einer solchen Straftat geeignet sind oder als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein können. Die Vorschriften der §§ 96, 97 und 110 der Strafprozeßordnung sind anzuwenden.</p> <p>(3) Sichergestellte oder beschlagnahmte Gegenstände sind unverzüglich, spätestens binnen drei Tagen, der Polizei oder der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Die Pflicht zur Weitergabe dieser Gegenstände entfällt, wenn sie der überprüften Person vor Ablauf der Frist zurückgegeben oder zur Verfügung gestellt werden. Gleiches gilt, wenn über diese Gegenstände der Bund oder die verbündeten Streitkräfte in der Bundesrepublik zu verfügen haben. In diesem Fall ist der Polizei oder der Staatsanwaltschaft ein Verzeichnis dieser Gegenstände zu übersenden.</p>	<p style="text-align: center;"><b>Artikel 10</b> <b>Änderung des UZwGBw</b> § 7 UZwGBw Durchsuchung und Beschlagnahme bei Personenüberprüfung</p> <p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(2) Im Gewahrsam einer durchsuchten Person stehende Gegenstände können sichergestellt oder vorläufig beschlagnahmt werden, wenn sie durch eine vorsätzliche Straftat gegen die Bundeswehr hervorgebracht oder zur Begehung einer solchen Straftat geeignet sind oder als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein können. Die Vorschriften der §§ 96, 97 und 110 <b>Abs. 1 und 2</b> der Strafprozessordnung sind anzuwenden.</p> <p>(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p style="text-align: center;"><b>Gesetz über das Zollkriminalamt und die Zollfahndungsämter (ZFdG)</b></p> <p style="text-align: center;">§ 22 ZFdG Eigensicherung durch Einsatz technischer Mittel</p> <p>(1) Wird das Zollkriminalamt im Rahmen seiner Befugnisse zur Verfolgung von Straftaten tätig, dürfen die dabei von ihm beauftragten Personen technische Mittel zur Anfertigung von Bildaufnahmen und Bildaufzeichnungen sowie zum Abhören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes innerhalb und außerhalb von Wohnungen verwenden, soweit dies zur Abwehr von Gefahren für deren Leib, Leben oder Freiheit unerlässlich ist. Maßnahmen nach Satz 1 werden durch den Behördenleiter oder einen von ihm beauftragten Beamten des höheren Dienstes angeordnet.</p> <p>(2) Personenbezogene Daten, die durch den Einsatz technischer Mittel zur Eigensicherung erlangt werden, dürfen außer für den in Absatz 1 genannten Zweck nur zur Gefahrenabwehr verwendet werden. Wurden die personenbezogenen Daten in oder aus einer Wohnung erlangt, so ist die Verwendung für die in Satz 1 genannten Zwecke nur zulässig nach Feststellung der Rechtmäßigkeit der Maßnahme durch das Amtsgericht, in dessen Bezirk das Zollkriminalamt seinen Sitz hat; bei Gefahr im Verzug ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. Die Zulässigkeit der Verwendung dieser Daten für Zwecke der Strafverfolgung richtet sich nach § 161 Abs. 2 der Strafprozessordnung.</p> <p>(3) Nach Abschluss der Maßnahmen sind die nach Absatz 1 hergestellten Aufnahmen und Aufzeichnungen unverzüglich zu vernichten oder zu löschen, es sei denn, sie werden für die in Absatz 2 genannten Zwecke noch benötigt.</p> <p>(4) Über die getroffenen Maßnahmen nach Absatz 1 sind die Betroffenen zu unterrichten, sobald dies ohne Gefährdung des Untersuchungszweckes, der öffentlichen Sicherheit, von Leib oder Leben einer Person sowie der Möglichkeit der weiteren Verwendung der beauftragten Person geschehen kann. Die Staatsanwaltschaft entscheidet, ob der Untersuchungszweck gefährdet ist.</p>	<p style="text-align: center;"><b>Artikel 11</b> <b>Änderung des Gesetzes über das Zollkriminalamt und die Zollfahndungsämter (ZFdG)</b></p> <p style="text-align: center;">§ 22 ZFdG Eigensicherung durch Einsatz technischer Mittel</p> <p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(2) Personenbezogene Daten, die durch den Einsatz technischer Mittel zur Eigensicherung erlangt werden, dürfen außer für den in Absatz 1 genannten Zweck nur zur Gefahrenabwehr verwendet werden. Wurden die personenbezogenen Daten in oder aus einer Wohnung erlangt, so ist die Verwendung für die in Satz 1 genannten Zwecke nur zulässig nach Feststellung der Rechtmäßigkeit der Maßnahme durch das Amtsgericht, in dessen Bezirk das Zollkriminalamt seinen Sitz hat; bei Gefahr im Verzug ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. Die Zulässigkeit der Verwendung dieser Daten für Zwecke der Strafverfolgung richtet sich nach der Strafprozessordnung.</p> <p>(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p style="text-align: center;">§ 32 ZFdG Eigensicherung durch Einsatz technischer Mittel</p> <p>(1) Werden die Zollfahndungsämter im Rahmen ihrer Befugnisse zur Verfolgung von Straftaten tätig, dürfen die dabei von ihnen beauftragten Personen technische Mittel zur Anfertigung von Bildaufnahmen und Bildaufzeichnungen sowie zum Abhören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes innerhalb und außerhalb von Wohnungen verwenden, soweit dies zur Abwehr von Gefahren für deren Leib, Leben oder Freiheit unerlässlich ist. Maßnahmen nach Satz 1 werden durch den Behördenleiter oder seinen Vertreter angeordnet.</p> <p>(2) Personenbezogene Daten, die durch den Einsatz technischer Mittel zur Eigensicherung erlangt werden, dürfen außer für den in Absatz 1 genannten Zweck nur zur Gefahrenabwehr verwendet werden. Wurden die personen-</p>	<p style="text-align: center;">§ 32 ZFdG Eigensicherung durch Einsatz technischer Mittel</p> <p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(2) Personenbezogene Daten, die durch den Einsatz technischer Mittel zur Eigensicherung erlangt werden, dürfen außer für den in Absatz 1 genannten Zweck nur zur Gefahrenabwehr verwendet werden. Wurden die personen-</p>

<b>Geltendes Recht</b>	<b>Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -</b>
<p>bezogenen Daten in oder aus einer Wohnung erlangt, so ist die Verwendung für die in Satz 1 genannten Zwecke nur zulässig nach Feststellung der Rechtmäßigkeit der Maßnahme durch das Amtsgericht, in dessen Bezirk das Zollfahndungsamt seinen Sitz hat; bei Gefahr im Verzug ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. Die Zulässigkeit der Verwendung dieser Daten für Zwecke der Strafverfolgung richtet sich nach § 161 Abs. 2 der Strafprozessordnung.</p> <p>(3) Nach Abschluss der Maßnahmen sind die nach Absatz 1 hergestellten Aufnahmen und Aufzeichnungen unverzüglich zu vernichten oder zu löschen, es sei denn, sie werden für die in Absatz 2 genannten Zwecke noch benötigt.</p> <p>(4) Über die getroffenen Maßnahmen nach Absatz 1 sind die Betroffenen zu unterrichten, sobald dies ohne Gefährdung des Untersuchungszweckes, der öffentlichen Sicherheit, von Leib oder Leben einer Person geschehen kann. Die Staatsanwaltschaft entscheidet, ob der Untersuchungszweck gefährdet ist.</p>	<p>bezogenen Daten in oder aus einer Wohnung erlangt, so ist die Verwendung für die in Satz 1 genannten Zwecke nur zulässig nach Feststellung der Rechtmäßigkeit der Maßnahme durch das Amtsgericht, in dessen Bezirk das Zollfahndungsamt seinen Sitz hat; bei Gefahr im Verzug ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. Die Zulässigkeit der Verwendung dieser Daten für Zwecke der Strafverfolgung richtet sich nach der Strafprozessordnung.</p> <p>(3) u n v e r ä n d e r t</p> <p>(4) u n v e r ä n d e r t</p>



Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p style="text-align: center;"><b>Telekommunikations-Überwachungsverordnung</b></p> <p style="text-align: center;">§ 1 Gegenstand der Verordnung</p> <p>Diese Verordnung regelt</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die grundlegenden Anforderungen an die Gestaltung der technischen Einrichtungen, die für die Umsetzung der             <ol style="list-style-type: none"> <li>a) in den §§ 100a und 100b der Strafprozessordnung,</li> <li>b) in den §§ 3, 5 und 8 des Artikel 10-Gesetzes,</li> <li>c) in den §§ 23a bis 23c und 23e des Zollfahndungsdienstgesetzes sowie</li> <li>d) im Landesrecht</li> </ol> vorgesehenen Maßnahmen zur Überwachung der Telekommunikation erforderlich sind, sowie organisatorische Eckpunkte für die Umsetzung derartiger Maßnahmen mittels dieser Einrichtungen,           </li> <li>2. den Rahmen für die Technische Richtlinie nach § 110 Abs. 3 des Telekommunikationsgesetzes,</li> <li>3. das Verfahren für den Nachweis nach § 110 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 des Telekommunikationsgesetzes,</li> <li>4. die Ausgestaltung der Verpflichtungen zur Duldung der Aufstellung von technischen Einrichtungen für Maßnahmen der strategischen Kontrolle nach § 5 oder § 8 des Artikel 10-Gesetzes sowie des Zugangs zu diesen Einrichtungen,</li> <li>5. bei welchen Telekommunikationsanlagen dauerhaft oder vorübergehend keine technischen Einrichtungen zur Umsetzung von Anordnungen zur Überwachung der Telekommunikation vorgehalten oder keine organisatorischen Vorkehrungen getroffen werden müssen,</li> <li>6. welche Ausnahmen von der Erfüllung einzelner technischer Anforderungen die Bundesnetzagentur zulassen kann,</li> <li>7. die Anforderungen an die Aufzeichnungsanschlüsse, an die die Aufzeichnungseinrichtungen der berechtigten Stellen angeschlossen werden, <i>sowie</i></li> <li>8. <i>die Ausgestaltung der Statistik nach § 110 Abs. 8 des Telekommunikationsgesetzes.</i></li> </ol>	<p style="text-align: center;"><b>Artikel 12</b> <b>Änderung der Telekommunikations-Überwachungsverordnung</b></p> <p style="text-align: center;">§ 1 Gegenstand der Verordnung</p> <p>Diese Verordnung regelt</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die grundlegenden Anforderungen an die Gestaltung der technischen Einrichtungen, die für die Umsetzung der             <ol style="list-style-type: none"> <li>a) in den §§ 100a und 100b der Strafprozessordnung,</li> <li>b) in den §§ 3, 5 und 8 des Artikel 10-Gesetzes,</li> <li>c) in den §§ 23a bis 23c und 23e des Zollfahndungsdienstgesetzes sowie</li> <li>d) im Landesrecht</li> </ol> vorgesehenen Maßnahmen zur Überwachung der Telekommunikation erforderlich sind, sowie organisatorische Eckpunkte für die Umsetzung derartiger Maßnahmen mittels dieser Einrichtungen,           </li> <li>2. den Rahmen für die Technische Richtlinie nach § 110 Abs. 3 des Telekommunikationsgesetzes,</li> <li>3. das Verfahren für den Nachweis nach § 110 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 des Telekommunikationsgesetzes,</li> <li>4. die Ausgestaltung der Verpflichtungen zur Duldung der Aufstellung von technischen Einrichtungen für Maßnahmen der strategischen Kontrolle nach § 5 oder § 8 des Artikel 10-Gesetzes sowie des Zugangs zu diesen Einrichtungen,</li> <li>5. bei welchen Telekommunikationsanlagen dauerhaft oder vorübergehend keine technischen Einrichtungen zur Umsetzung von Anordnungen zur Überwachung der Telekommunikation vorgehalten oder keine organisatorischen Vorkehrungen getroffen werden müssen,</li> <li>6. welche Ausnahmen von der Erfüllung einzelner technischer Anforderungen die Bundesnetzagentur zulassen kann <b>sowie</b></li> <li>7. die Anforderungen an die Aufzeichnungsanschlüsse, an die die Aufzeichnungseinrichtungen der berechtigten Stellen angeschlossen werden.</li> </ol>
<p style="text-align: center;">§ 3 Kreis der Verpflichteten</p> <p>(1) Die Vorschriften dieses Teils gelten für die Betreiber von Telekommunikationsanlagen, mit denen Telekommunikationsdienste für die Öffentlichkeit erbracht werden. Werden mit einer Telekommunikationsanlage sowohl Telekommunikationsdienste für die Öffentlichkeit als auch andere Telekommunikationsdienste erbracht, gilt dies nur für den Teil der Telekommunikationsanlage, der der Erbringung von Telekommunikationsdiensten für die Öffentlichkeit dient.</p> <p>(2) Für Telekommunikationsanlagen im Sinne von Absatz 1 müssen keine Vorkehrungen getroffen werden, soweit</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. es sich um ein Telekommunikationsnetz handelt, das Teilnehmernetze miteinander verbindet und keine Telekommunikationsanschlüsse aufweist,</li> <li>2. sie Netzknoten sind, die der Zusammenschaltung mit dem Internet dienen,</li> <li>3. sie aus Übertragungswegen gebildet werden, es sei denn, dass diese dem unmittelbaren teilnehmerbezogenen Zugang zum Internet dienen,</li> </ol>	<p style="text-align: center;">§ 3 Kreis der Verpflichteten</p> <p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p> <p>(2) Für Telekommunikationsanlagen im Sinne von Absatz 1 müssen keine Vorkehrungen getroffen werden, soweit</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. es sich um ein Telekommunikationsnetz handelt, das Teilnehmernetze miteinander verbindet und keine Telekommunikationsanschlüsse aufweist,</li> <li>2. sie Netzknoten sind, die der Zusammenschaltung mit dem Internet dienen,</li> <li>3. sie aus Übertragungswegen gebildet werden, es sei denn, dass diese dem unmittelbaren teilnehmerbezogenen Zugang zum Internet dienen,</li> </ol>

Geltendes Recht	Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -
<p>4. sie ausschließlich der Verteilung von Rundfunk oder anderen für die Öffentlichkeit bestimmten Diensten, dem Abruf von allgemein zugänglichen Informationen oder der Übermittlung von Messwerten, nicht individualisierten Daten, Notrufen oder Informationen für die Sicherheit und Leichtigkeit des See- oder Luftverkehrs dienen, oder</p> <p>5. an sie nicht mehr als 1.000 Teilnehmer oder sonstige Nutzungsberechtigte angeschlossen sind.</p> <p>Satz 1 Nr. 1 und 5 gilt nicht für Netzknoten, die der Vermittlung eines öffentlich zugänglichen Telefondienstes ins Ausland dienen. § 100b Abs. 3 Satz 1 der Strafprozessordnung, § 2 Abs. 1 Satz 3 des Artikel 10-Gesetzes, § 23a Abs. 8 des Zollfahndungsdienstgesetzes sowie die Vorschriften des Landesrechts über Maßnahmen zur Überwachung der Telekommunikation bleiben unberührt.</p>	<p>4. sie ausschließlich der Verteilung von Rundfunk oder anderen für die Öffentlichkeit bestimmten Diensten, dem Abruf von allgemein zugänglichen Informationen oder der Übermittlung von Messwerten, nicht individualisierten Daten, Notrufen oder Informationen für die Sicherheit und Leichtigkeit des See- oder Luftverkehrs dienen, oder</p> <p>5. an sie nicht mehr als <b>20.000</b> Teilnehmer oder sonstige Nutzungsberechtigte angeschlossen sind.</p> <p>Satz 1 Nr. 1 und 5 gilt nicht für Netzknoten, die der Vermittlung eines öffentlich zugänglichen Telefondienstes ins Ausland dienen. § 100b Abs. 3 Satz 1 der Strafprozessordnung, § 2 Abs. 1 Satz 3 des Artikel 10-Gesetzes, § 23a Abs. 8 des Zollfahndungsdienstgesetzes sowie die Vorschriften des Landesrechts über Maßnahmen zur Überwachung der Telekommunikation bleiben unberührt.</p>
<p style="text-align: center;">§ 25 Statistik</p> <p><i>Die nach § 110 Abs. 8 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes zu erstellende Jahresstatistik ist nach dem Muster der Anlage zu dieser Verordnung zu führen. Der Berichtszeitraum entspricht dem Kalenderjahr. Die Statistik ist der Bundesnetzagentur spätestens zum 14. Februar des Folgejahres zu übermitteln. Abweichend davon können die von der Vorhalteverpflichtung ausgenommenen Betreiber der in § 3 Abs. 2 Satz 1 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Satz 2 genannten Telekommunikationsanlagen ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Erstellung der Jahresstatistik dadurch nachkommen, dass sie die erforderlichen Angaben bereits zum Abschluss der jeweiligen Überwachungsmaßnahme der Bundesnetzagentur übermitteln.</i></p>	<p style="text-align: center;">§ 25</p> <p style="text-align: center;"><b>wird aufgehoben</b></p>
<p style="text-align: center;">Anlage (zu § 25) TKÜV</p> <p style="text-align: center;">...</p>	<p style="text-align: center;">Anlage zu § 25</p> <p style="text-align: center;"><b>wird aufgehoben</b></p>

<b>Geltendes Recht</b>	<b>Gesetzentwurf - Stand 27. November 2006 -</b>
<p>Gesetz zur Änderung der Strafprozessordnung vom 20. Dezember 2001</p> <p style="text-align: center;"><i>Artikel 2</i> <i>Weitere Änderung der Strafprozessordnung</i></p> <p><i>Die Strafprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), zuletzt geändert durch Artikel 1 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:</i></p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Die §§ 100g und 100h werden aufgehoben.</li><li>2. In § 101 Abs. 1 wird die Angabe „§§ 100gh und 100h“ gestrichen.</li></ol> <p style="text-align: center;">Artikel 4 Inkrafttreten</p> <p>Dieses Gesetz tritt <i>vorbehaltlich des Satzes 2</i> am 1. Januar 2002 in Kraft. <i>Artikel 2 tritt am 1. Januar 2008 in Kraft</i>.</p>	<p style="text-align: center;"><b>Artikel 13</b> <b>Änderung des Gesetzes zur Änderung der Strafprozessordnung vom 20. Dezember 2001</b></p> <p style="text-align: center;">Artikel 2 Weitere Änderung der Strafprozessordnung</p> <p style="text-align: center;">--- <b>(wird aufgehoben)</b></p> <p style="text-align: center;">Artikel 4 Inkrafttreten</p> <p>Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2002 in Kraft.</p>
	<p style="text-align: center;"><b>Artikel 14</b> <b>Zitiergebot</b></p> <p>Durch die Artikel 1 und 2 dieses Gesetzes wird das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10 des Grundgesetzes) eingeschränkt.</p>
	<p style="text-align: center;"><b>Artikel 15</b> <b>Inkrafttreten</b></p> <p>(1) Dieses Gesetz tritt <i>vorbehaltlich der Absätze 2 und 3</i> am 15. September 2007 in Kraft.</p> <p>(2) Artikel 2 Nr. 4 und Artikel 12 treten am 1. Januar 2009 in Kraft.</p> <p>(3) Artikel 13 tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.</p> <p>(4) § 13 des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung tritt am 1. Januar 2010 außer Kraft.</p>